



PROTOKOLL

über die 48. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag,
16. Oktober 2014, 14 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

Anwesende:	SPÖ	Wolfgang Kühn	
Vorsitzender:	ÖVP	Mag. ^a Veronika Leibetseder	
SPÖ	Bürgermeister Klaus Luger	SPÖ	Franz Leidenmühler
Die VizebürgermeisterInnen:	GRÜNE	Gerda Lenger	
ÖVP	Mag. Bernhard Baier	SPÖ	Thomas Lettner
SPÖ	Christian Forsterleitner	ÖVP	LAbg. Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Elisabeth Manhal
SPÖ	Karin Hörzing	SPÖ	Ana Martincevic
Die StadträtInnen:	ÖVP	Maria Mayr	
SPÖ	Stefan Giegler	GRÜNE	Severin Mayr
GRÜNE	Mag. ^a Eva Schobesberger	ÖVP	Ernst Murauer
ÖVP	KommR ⁱⁿ Susanne Wegscheider	FPÖ	Anita Neubauer
FPÖ	Detlef Wimmer	FPÖ	Werner Pfeffer
Die GemeinderätInnen:	ÖVP	Cornelia Polli, BEd	
SPÖ	Markus Benedik	FPÖ	Manfred Pühringer
ÖVP	Ing. Peter Casny	GRÜNE	Mag. Markus Pühringer
SPÖ	Johannes Eichinger-Wimmer	FPÖ	Michael Raml
SPÖ	Helga Eilmsteiner	SPÖ	Reinhard Reiman, MBA
SPÖ	Manfred Fadl	SPÖ	Karl Reisinger
SPÖ	Regina Fechter-Richtinger	SPÖ	Erika Rockenschaub
ÖVP	Thomas Fediuk	GRÜNE	Ursula Roschger
SPÖ	Johannes Greul	SPÖ	Karl Schedlberger
KPÖ	Mag. ^a Gerlinde Grünn	GRÜNE	Edith Schmied, M.A.
ÖVP	Josef Hackl	ÖVP	Mag. Martin Sonntag
SPÖ	Claudia Hahn	ÖVP	Markus Spannring
GRÜNE	Mag. ^a Marie Edwige Hartig	SPÖ	Josef Stadler
ÖVP	Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer	GRÜNE	Michael Svoboda
ÖVP	Karl Anton Haydtner	SPÖ	Regina Traunmüller
FPÖ	Markus Hein	FPÖ	Horst Rudolf Übelacker
SPÖ	Jakob Huber	FPÖ	Susanne Walcher
ÖVP	Dipl.-Ing. Stefan Hutter	SPÖ	Helmut Weibel
ÖVP	Ing. Mag. Christoph Jungwirth	SPÖ	Gerhard Weixelbaumer
SPÖ	Erich Kaiser	SPÖ	Erika Wundsam
ÖVP	Waltraud Kaltenhuber		
FPÖ	Ute Klitsch	Die Magistratsdirektorin:	
SPÖ	Miriam Köck	Dr. ⁱⁿ Martina Steininger	
FPÖ	Markus Krazl	Der Präsidialdirektor:	
		Dr. Ernst Inquart	

Tagesordnung

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

C ANTRAG DES STADTSENATES

C 1. Weitergabe von Bedarfszuweisungen seitens des Landes Oberösterreich an die LIVA Linzer Veranstaltungsgesellschaft mbH, Untere Donaulände 7 (Projekt „Ent arte opera“) in Höhe von 280.000 Euro; Genehmigung einer Kreditüberschreitung

D ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTSAUSSCHUSSES

D 1. Änderungsplan Nr. 23 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, KG Posch (Auhirschgasse)

D 2. Bebauungsplanänderung 04-042-01-01, KG Katzbach (Linzer Straße 10 - 16) und Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 423

D 3. Änderungspläne Nr. 25 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Kleinmünchen (Salzburger Straße 337 - Hofermarkt)

D 4. Neuerfassung (Stammplan) des Bebauungsplanes 11-023-01-00, KG Waldegg (Muldenstraße)

E ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

E 1. Grunderwerb für die Revitalisierung des Magerbaches bzw. für die Sanierung des Hochwasserschutzdammes Linz-Kleinmünchen; 169.651 Euro sowie 7803,95 Euro Nebenkosten

E 2. Abschluss eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Linz und der GWG – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH, im Zusammenhang mit dem Kindergarten solarCity, Weikerlseestraße 37-39

E 3. Abschluss eines Theater- und Orchesterübereinkommens sowie Abschluss eines Sideletters mit dem das Musiktheater Linz-Übereinkommen abgeändert wird

F ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR JUGEND, FAMILIE, SOZIALES UND INTEGRATION

F 1. Gewährung einer zusätzlichen Subvention an das Autonome Frauenzentrum; 7580 Euro, insgesamt 59.580 Euro

G ANTRAG UND BERICHT DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

G 1. Linzer Umweltschutzpreis der Stadt Linz (Linzer IRIS); Neufassung der Richtlinien für die Vergabe

G 2. Stellungnahme des Ausschusses für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung zum Bericht der Linz Kultur „Für eine Symmetrie der Geschlechter 2013“

H ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT, MÄRKTE UND GRÜNLAND

H 1. Montage, Demontage sowie Reparaturarbeiten an der Linzer Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015; Grundsatzgenehmigung; maximal 300.000 Euro

I ANTRAG DES SICHERHEITS- UND ORDNUNGS-AUSSCHUSSES

I 1. Oö. Polizeistrafgesetz-Novelle 2014 - Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs sowie Verwendung personenbezogener Daten; Übertragung von Aufgaben an den Ordnungsdienst der Stadt Linz (OSL GmbH)

J FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ (STL) 1992

J 1. STATUSBERICHT UND ZUKUNFTSKONZEPT E-MOBILITÄT

J 2. BARRIEREFREIHEIT BEI LINZER WAHLLOKALEN

J 3. ZEITPLAN EISENBAHNBRÜCKE PLUS KOORDINATION BEZÜGLICH SANIERUNG VOEST-BRÜCKE

J 4. STRESSTEST-SZENARIEN FÜR DIE LINZER ZINSENLAST BEI STEIGENDEN ZINSSÄTZEN

J 5. AUSVERHANDELTE „EINSPARUNGEN“ OFFENLEGEN

J 6. QUICK RESPONSE-CODES (QR-CODES) ZUR INFORMATIONSMITTLUNG NUTZEN

J 7. LINZER COMPLIANCE-KATALOG

J 8. LEGASTHENIE FRÜHERKENNUNG

J 9. STRATEGISCHES KONZEPT FÜR STÄDTEPARTNERSCHAFTEN ENTWICKELN

J 10. VERÖFFENTLICHUNG VON GEMEINDERATSMATERIALIEN IM INTERNET

J 11. WOHNUNGSLEERSTAND IN LINZ - ERSTELLUNG EINE STUDIE

J 12. AUSWEISUNG DES SCHILTENBERGWALDES IN LINZ EBELSBERG ALS LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET ODER ALS GESCHÜTZTER LANDSCHAFTSTEIL - RESOLUTION

Beginn der Sitzung: 14.02 Uhr

Bürgermeister Luger eröffnet die 48. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Weiters begrüßt Bürgermeister Luger insbesondere eine Gruppe von AbsolventInnen eines Kurses des Arbeitsmarktservices, die im Fach ‚Politische Bildung‘ heute hier die Möglichkeit haben, zuzusehen und zuzuhören. (Beifall)

Entschuldigt für die heutige Sitzung ist Gemeinderat Strigl, SPÖ.
Stadtrat Wimmer wird in wenigen Minuten in die Sitzung kommen.

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bürgermeister Luger teilt mit, dass zwei Dringlichkeitsanträge eingebracht wurden.

1. Dringlichkeitsantrag der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** betreffend **Sicherheitskonzept für lokale Brennpunkte in Linz**
2. Dringlichkeitsantrag der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** betreffend **Sanierung des Radweges über die Eisenbahnbrücke**

Bürgermeister Luger schlägt vor, den Anträgen die Dringlichkeit zuzuerkennen und sie am Ende der Tagesordnung zu behandeln.

Der Vorschlag des Bürgermeisters wird vom Gemeinderat **einstimmig angenommen**.

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

Bürgermeister Luger bringt zur Kenntnis, dass eine Anfrage in die heutige Sitzung eingebracht wurde; diese ist an Vizebürgermeister Forsterleitner gerichtet.

Bürgermeister Luger übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Forsterleitner.

1. Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grün** an Bürgermeister Luger von der September-Gemeinderatssitzung:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, laut Medienberichten haben Sie als Vertreter der Stadt Linz mit Landeshauptmann Pühringer im Juli 2014 Verhandlungen über die Finanzströme zwischen Stadt und Land geführt. Wie man lesen konnte, waren die Med-Uni, das AKh, der Theatervertrag, die LISA Junior, die zweite Straßenbahnachse, der Ausbau der Eishalle, das Ars Electronica Center (AEC) und das ehemalige HOSI-Gebäude Gegenstände dieser Verhandlungen. Als Ergebnis dieser Verhandlungen sprachen sie gegenüber den Oö. Nachrichten von einer Entlastung von 25 Millionen Euro für die Stadt Linz. Eine offizielle Information über diese Verhandlungen und deren Ergebnisse an den Linzer Gemeinderat erfolgte bis dato nicht.

Ich stelle daher laut Statut Linz gemäß § 12 nachstehende Anfrage:

1. Herr Bürgermeister, welche die Stadt Linz betreffenden Finanzabkommen und Verträge waren Gegenstände der Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich?
2. Welche Ergebnisse wurden diesbezüglich erzielt und auch festgeschrieben?
3. Gab es auch Verhandlungspunkte, wobei es zu keiner Einigung kam?
4. Wann werden die Ergebnisse dem Gemeinderat zur Diskussion und Abstimmung vorgelegt?

5. Von besonderem Interesse sind die Verhandlungsergebnisse bezüglich der Errichtung der LISA Junior, da die Standortwahl ‚Mengerschule‘ auf berechnigte Einwände trifft. Was können Sie uns dazu mitteilen?“

Dazu **Bürgermeister Luger**:

„Zu 1: Von expliziten rechtlichen und jetzt existierenden Vereinbarungen sind folgende betroffen gewesen. Die erste Vereinbarung ist das so genannte Theaterübereinkommen vom 12. Jänner 2007, die zweite Vereinbarung das Orchesterübereinkommen vom selben Tag, die dritte Vereinbarung ist das Musiktheater Linz-Übereinkommen, dieses wurde in der ursprünglichen Version am 27. Oktober 2009 beschlossen und eine vierte Vereinbarung zwischen dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz betreffend Bau und Betrieb von Kultureinrichtungen 2005 bis 2012. Das waren die Vereinbarungen, die von den Gesprächen zwischen dem Herrn Landeshauptmann und mir betroffen waren.

Zu 2: Ich möchte hier anmerken, dass sämtliche Ergebnisse dem Stadtsenat und der Öffentlichkeit präsentiert worden sind. Der Öffentlichkeit habe ich gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann und dem Stadtsenat in der erstfolgenden Sitzung berichtet. Aber nachdem die KPÖ nicht im Stadtsenat ist, ist diese Information in diesem Gremium nicht direkt an dich ergangen. Deswegen werde ich sehr kurz die entsprechenden Punkte noch einmal zusammenfassen:

Der Hauptpunkt des Übereinkommens zwischen Stadt Linz und Land Oberösterreich hat das Kepler Universitätsklinikum betroffen, also die Auswirkungen der Gründung der Medizinfakultät auf die Oberösterreichische Spitalslandschaft und auf das Allgemeine öffentliche Krankenhaus der Stadt Linz. Es ist selbstverständlich, dass alle daraus resultierenden Beschlüsse, die von diesem politischen Übereinkommen zwischen zwei Politikern getroffen wurden, in den entsprechenden Gremien sowohl des Landes, als auch der Stadt erst beschlossen werden müssen. Das möchte ich nochmals vorausschickend unterstreichen.

Bei der Kepler Universitätsklinikum GmbH haben wir uns bekanntlich darauf verständigt, dass die Stadt Linz mit einem Anteil von 25,1 Prozent beteiligt ist, dass der Träger-Selbstbehalt gemäß diesem Beteiligungsausmaß, also diesem Viertel ab dem Jahr 2016 zu bedecken ist, dass die bis dahin entstehenden so genannten Vorlaufkosten ebenfalls gemäß dem Beteiligungsausmaß, jetzt gerundet 75 zu 25 Prozent getragen werden.

Wir haben uns in der Gesellschafterversammlung darauf geeinigt, dass es Minderheitenrechte der Stadt Linz gibt. Das wesentlichste Minderheitenrecht besteht hier darin, dass bei Budgetüberschreitungen das Prinzip der Einstimmigkeit gegeben ist, also hier der Mehrheitseigentümer nicht über den Minderheitseigentümer entscheiden kann. Und es würden Einstimmigkeitssachverhalte, die die ökonomische Entwicklung, aber auch beispielsweise die Aufnahme oder die Abgabe von neuen Feldern, die dieses Universitätsklinikum betreffen, ebenfalls der Einstimmigkeit bedürfen. Ganz konkret gesagt, z.B. die Leistungen, die derzeit auf der gynäkologischen Abteilung erbracht werden, bedürfen bei Änderungen des Einstimmigkeitsprinzips.

Punkt 2, den größeren Punkt dieser Ergebnisse mit dem Herrn Landeshauptmann betraf die Theaterfinanzierung. Da würde ich, aufgrund der Zeitökonomie in dieser Sitzung auf den Punkt E 3 verweisen, wo der gesamte Vertrag und all diese Auswirkungen heute dem Gemeinderat vorliegen. Ich gehe davon aus, dass wir sie diskutieren und hoffentlich beschließen werden,

sodass ich hier die Details - sie sind allen GemeinderätInnen mit der Tagesordnung zugestellt worden - nicht aufzulisten brauche.

Der dritte Punkt betraf die zweite Straßenbahnachse. Hier haben wir erstmals vereinbart, dass sich das Land Oberösterreich grundsätzlich zur Mitfinanzierung bekennt, und zwar in einem Ausmaß von 45 Prozent. Das heißt, 55 Prozent bleiben dann nach Adam Riese bei der Stadt Linz. Sollte eine Mitfinanzierung des Bundes erwirkt werden, würde dieser Bundesbeitrag den städtischen Anteil minimieren. Das heißt, beispielsweise würde der Bund fünf Prozent mitzahlen, würde der Anteil der Stadt von 55 Prozent auf 50 Prozent reduziert werden. Ich muss hier aber der Korrektheit halber dazusagen, was inzwischen der Öffentlichkeit seit 9. Juli bekannt ist, von der Finanzierungszusage der zweiten Schienenachse ist die Donauquerung, sprich die Eisenbahnbrücke neu nicht inkludiert.

Punkt 4 betraf den Zuschuss an das Ars Electronica Center bzw. an die Linzer VeranstaltungsGmbH (LIVA) für das Brucknerfest. Hier gab es im letzten Jahr unterschiedliche Auffassungen zwischen der Mehrheit in der Stadt und der Mehrheit auf Landesebene. Wir haben hier vereinbart, dass die Zahlungen, so wie sie bis 2012 stattgefunden haben, weiter verlängert werden. Das heißt, ab dem Jahr 2014 um fünf Jahre und das dabei offenbleibende Jahr 2013 vom Land Oberösterreich refundiert wird.

Das ist eine analoge Lösung zum Theatervertrag, wo wir einem fünfjährigen Kündigungsverzicht zugestimmt haben oder heute im Gemeinderat zustimmen werden, wenn sie eine Mehrheit findet. Ähnliches ist in Analogie beim Ars Electronica Center und bei der Linzer VeranstaltungsGmbH der Fall.

Dann wurde ebenfalls beschlossen, dass am Standort der Mengerschule die LISA Junior errichtet werden soll. Hier haben wir öffentlich diskutiert. Hier hat es Anfang dieser Woche eine Änderung gegeben. Wir sind in einem Kompromiss übereingekommen, dass der Standort nicht an der Mengerschule sein muss. Ich habe das im Übereinkommen mit dem Herrn Landeshauptmann so fixiert. Das Land sucht – das wissen Sie aus den Medienberichten – nach einem Grundstück und die Stadt Linz wird, wenn alles feststeht, einen Antrag an den Gemeinderat stellen, wo wir von sieben Millionen Euro maximal ein Drittel der Errichtungskosten zu bezahlen haben. Das ist wieder einer dieser Punkte, die politisch vereinbart wurden, der aber natürlich erst dann in Kraft treten kann, wenn der Gemeinderat einer solchen Vorgangsweise zustimmt. Dafür bedarf es jetzt eines fertigen Projektes, eines Standortes. Hier haben wir vereinbart, dass sich darum das Land Oberösterreich zu kümmern hat.

Es gab noch einen letzten inhaltlichen Punkt, bei dem wir das Einvernehmen hergestellt haben und zwar bei der Eishalle. Ich darf übrigens der Linz AG, der Linz Service gratulieren, die so hervorragend agiert hat, dass diese Tribüne früher fertiggestellt werden kann, als ursprünglich geplant. Für die Erweiterung der Eishalle gibt es bekanntlich einen Zuschuss vom Land, das ist jetzt vereinbart worden, von 25 Prozent von den knapp 4,9 Millionen Euro Gesamtkosten. Und es ist ebenfalls vereinbart worden, dass der Zuschuss zum Betrieb der Eishalle, den das Land Oberösterreich nur bis Ende Dezember 2012 geleistet und dann einseitig eingestellt hat, ab dem Jahr 2014 wieder um weitere fünf Jahre verlängert wird. Also auch hier wurde eine aus meiner Sicht für die Finanzen unserer Stadt positive Regelung erzielt.

Zu 3: Im Wesentlichen gab es keine. Dass man in Verhandlungen und in Gesprächen andere Themen anspricht, ist klar. Und es war klar, dass diese anderen Themen, nachdem sie zu keinen Konsequenzen geführt haben, nicht Gegenstand öffentlicher Berichterstattungen meinerseits sein werden.

Zu 4: Ich darf hier wiederholen, heute ist ein Tagesordnungspunkt resultierend aus diesem Übereinkommen an den Gemeinderat gerichtet. Sämtliche andere notwendige vertragliche Regelungen werden zum gegebenen Zeitpunkt dem Gemeinderat vorgelegt und je nach Mehrheit beschlossen oder verworfen. Dasselbe gilt natürlich bei so einem politischen Übereinkommen auch für mein politisches vis-à-vis, für den Herrn Landeshauptmann und den Landtag. Auch er muss sich zum Beispiel für das Kepler Uni-Klinikum und mit den Vertragsänderungen natürlich um eine Mehrheit in seinen demokratisch legitimierten Gremien bemühen.

Zu 5: Ich habe hier schon bei einer der vorherigen Fragen gesagt, ich glaube Frage 2, dass es hier zu einem Revirement gekommen ist und eine andere Lösung dem Gemeinderat zur Beschlusslegung vorgelegt werden muss.“

2. Die Anfrage von **Gemeinderat Fediuk** an Vizebürgermeister Forsterleitner betreffend **Schulden und Zinsen** wird schriftlich beantwortet.

3. Die Anfrage von der September-Gemeinderatssitzung von **Gemeinderätin Mag.^a Grün** an Vizebürgermeister Forsterleitner betreffend **Leerstand von Traditionsgasthäusern** wird schriftlich beantwortet.

4. Die Anfrage von der September-Gemeinderatssitzung von **Gemeinderat Dr. Hattmannsdorfer** an Vizebürgermeisterin Hörzing betreffend **Anschlussstelle Auhof – Übernahme der Altenberger Straße durch die Stadt Linz** wird schriftlich beantwortet.

5. Die Anfrage von der September-Gemeinderatssitzung von **Gemeinderätin Walcher** an Vizebürgermeisterin Hörzing betreffend **Beschädigung der Eisenbahnbrücke durch unsachgemäße Reinigung** wird schriftlich beantwortet.

Stadtrat Wimmer kommt um 14.12 Uhr in die Sitzung.

Bürgermeister Luger übernimmt wieder den Vorsitz.

C ANTRAG DES STADTSENATES

Vizebürgermeister Forsterleitner berichtet über

C 1 Weitergabe von Bedarfszuweisungen seitens des Landes Oberösterreich an die LIVA Linzer Veranstaltungsgesellschaft mbH, Untere Donaulände 7 (Projekt „Ent arte opera“) in Höhe von 280.000 Euro; Genehmigung einer Kreditüberschreitung

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt Linz gibt im Jahr 2014 die Bedarfszuweisung in Höhe von 280.000 Euro, die das Land Oberösterreich für das LIVA – Projekt ‚Ent arte opera‘ gewährt, nach ihrem Einlangen bei der Stadt an die LIVA GmbH, Untere Donaulände 7, 4020 Linz, weiter.

Die Stadt Linz gibt die Bedarfszuweisungen mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien weiter.

2. Die Verrechnung der Weitergabe der Bedarfszuweisungen erfolgt auf der VAST 1.3291.755000, Laufende Transferzahlungen an Unternehmungen, LIVA GmbH. Gleichzeitig wird auf dieser Voranschlagsstelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von 280.000 Euro beantragt. Die Bedeckung erfolgt durch Mehreinnahmen auf der VAST 2.9400.861102, Bedarfszuweisungen, Durchläufer.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

D ANTRÄGE DES VERFASSUNGS-, RAUMPLANUNGS- UND BAURECHTSAUSSCHUSSES

Gemeinderat Lettner berichtet über

D 1 Änderungsplan Nr. 23 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, KG Posch (Auhirschgasse)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungsplan Nr. 23 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, Auhirschgasse, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 16. Oktober 2014 betreffend Änderungsplan Nr. 23 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, Auhirschgasse

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Änderungsplan Nr. 23 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Flächenwidmungsplan-Änderungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Norden: Auhirschgasse 70

Osten: Auhirschgasse

Süden: nördlich Traundorfer Straße

Westen: Grundstück Nr. 1092/6

Katastralgemeinde Posch

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung wird der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 im Wirkungsbereich des Änderungsplanes Nr. 23 aufgehoben.

§ 4

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderat Ing. Casny berichtet über

D 2 Bebauungsplanänderung 04-042-01-01, KG Katzbach (Linzer Straße 10 – 16) und Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 423

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend die Bebauungsplanänderung 04-042-01-01, Linzer Straße 10 - 16, mit Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 423 wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 16. Oktober 2014 betreffend die Bebauungsplanänderung 04-042-01-01, Linzer Str. 10 - 16, mit Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 423

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Bebauungsplanänderung 04-042-01-01 und die Aufhebung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes Nr. 423 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wie folgt begrenzt:

Norden: Linzer Straße 18

Osten: Pulvermühlstraße 19 - 23

Süden: Grenze zum Grünland

Westen: Linzer Straße

Katastralgemeinde Katzbach

Der Plan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Bebauungsplanänderung 04-042-01-01 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksame Bebauungspläne und der Bebauungsplan Nr. 423 im gekennzeichneten Bereich aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Pfeffer berichtet über

D 3 Änderungspläne Nr. 25 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Kleinmünchen (Salzburger Straße 337 - Hofermarkt)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungspläne Nr. 25 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Salzburger Straße 337 - Hofermarkt, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 16. Oktober 2014 betreffend Änderungspläne Nr. 25 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Salzburger Straße 337 - Hofermarkt

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Änderungspläne Nr. 25 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Salzburger Straße

Osten: Löwenzahnweg

Süden: Grundstück Nr. 1517/8

Westen: Salzburger Straße 339

Katastralgemeinde Kleinmünchen

Die Pläne liegen vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung wird der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und das Örtliche Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 im Wirkungsbereich der Änderungspläne Nr. 25 aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Die Pläne werden überdies während 14 Tagen nach ihrer Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Wortmeldung **Gemeinderätin Mag.^a Grün:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen, in der letzten Zeit sind sehr viele Anträge dieser Art auf der Tagesordnung gestanden, wo es darum gegangen ist, dass große Supermärkte um Verkaufsflächenerhöhung und mehr Parkplätze angesucht haben.

Ich finde diese Tendenz bedenklich, dass sich diese großen Filialen der Handelskonzerne immer mehr ausbreiten. Dadurch kommt es zu einem Verdrängungsprozess für kleinere Nahversorger, die aber für die Stadtteile sehr wichtig waren, in denen Menschen fußläufig unterwegs sind und oft nicht so mobil sind und kein Auto zur Verfügung haben. Ich denke, es wäre einmal an der Zeit, dass sich die Politik darum kümmert, wie man die Nahversorgung gegen diese Tendenz besser aufstellen kann. Ich werde daher nicht zustimmen. Danke.“

Bürgermeister Luger:

„Ich möchte zu dem letzten Argument von dir sagen, Frau Kollegin Grün, dass die vielen einzelnen 600, 700, 800 und auch bis zu 1000 Quadratmeter großen Einkaufsmärkte, die wir über die gesamte Stadt verteilt haben, heutzutage die Nahversorgung sichern und viele davon fußläufig und auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. Sicherlich nicht alle, aber diese Märkte sind nicht mit den Mega-Einkaufszentren, wie es eine Uno-City war oder eine Plus City ist, zu vergleichen. Ich habe eine völlig andere Sichtweise. Das sind in Wirklichkeit die Nahversorger der Bevölkerung, weil man beinahe in jedem Stadtteil so einen Markt hat. Mit Ausnahme ganz weniger, das sind die Stadtteile, die eine sehr geringe Bevölkerungsdichte aufweisen. Wir leisten aus meiner Sicht damit einen Beitrag zur Nahversorgung.“

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Mag. Pühringer berichtet über

D 4 Neuerfassung (Stammpfan) des Bebauungsplanes 11-023-01-00, KG Waldegg (Muldenstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan 11-023-01-00, Muldenstraße, Neuerfassung (Stammpfan), wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 16. Oktober 2014 betreffend Bebauungsplan 11-023-01-00, Muldenstraße, Neuerfassung (Stammpfan)

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 11-023-01-00 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Norden: Muldenstraße

Osten: Wankmüllerhofstraße

Süden: Glimpfingerstraße

Westen: Muldenstraße 5

Katastralgemeinde Waldegg

Der Bebauungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an im Anlagen- und Bauamt des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Anlagen- und Bauservice-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Der Bebauungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel des Anlagen- und Bauamtes, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

E ANTRÄGE DES FINANZ- UND HOCHBAUAUSSCHUSSES

Gemeinderätin Fechter-Richtinger berichtet über

E 1 Grunderwerb für die Revitalisierung des Magerbaches bzw. für die Sanierung des Hochwasserschutzdammes Linz-Kleinmünchen; 169.651 Euro sowie 7803,95 Euro Nebenkosten

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Der Kauf der in der Grundteilung des Magistrats Linz, Stadtplanung Linz/Abt. Stadtvermessung vom 28. Juli 2014, GZ 36/2014, ausgewiesenen Grundstücke Nr. 633/4, KG Kleinmünchen, im neuen Ausmaß von 8201 Quadratmetern und 623/4, KG Kleinmünchen, im Ausmaß von 140 Quadratmetern, der Teilfläche 1 des Grundstücks Nr. 637/2, KG Kleinmünchen, im Ausmaß von 66 Quadratmetern sowie des Grundstücks Nr. 2130/1, KG Kleinmünchen, im Ausmaß von 522 Quadratmetern, somit von Grundflächen im Ausmaß von insgesamt 8929 Quadratmetern, zum Preis von 19 Euro pro Quadratmeter, sohin zum Gesamtkaufpreis von 169.651 Euro wird genehmigt.

Der Abschluss des gegenständlichen Rechtsgeschäfts erfolgt zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgelegten Vereinbarungen und Bedingungen.

2. Die Verrechnung des Kaufpreises in Höhe von 169.651 Euro und der Nebenkosten von insgesamt 7803,95 Euro (Grunderwerbsteuer, Eintragungsgebühr) für das Rechnungsjahr 2014 erfolgt auf der VAS 5.8400.001000, Unbebaute Grundstücke.

3. Soweit eine anderweitige Bedeckung fehlt, erfolgt die Finanzierung des Rückkaufs durch Fremdmittel. Die konkrete Beschaffung von Fremdmitteln im Rahmen des städtischen Finanzmanagements bedarf der Zustimmung des zuständigen Kollegialorgans. Die Verrechnung erfolgt auf den jeweiligen Voranschlagsstellen in den entsprechenden Teilabschnitten.

Rechtsgeschäfte über die Aufnahme von Fremdmitteln bedürfen (im Falle der Überschreitung der relevanten Wertgrenzen und der Erfüllung der sonstigen relevanten Kriterien des § 58 StL 1992), bei sonstiger Unwirksamkeit, der vorherigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.“

Wortmeldung **Stadträtin Mag.^a Schobesberger:**

„Ich muss jetzt meiner Freude Ausdruck verleihen, dass wir mit dem Grundstückskauf bei dieser wichtigen Maßnahme der Revitalisierung des Magerbaches, die wir einstimmig in diesem Gemeinderat beschlossen haben, wieder einen Schritt weiter sind. Es ist schön, wenn wir dann endlich so weit sind, dass wir das umsetzen können. Das ist ein wichtiger Schritt. Ich freue mich darüber und bedanke mich bei allen, die dem zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderätin Hahn berichtet über

E 2 Abschluss eines Bestandvertrages zwischen der Stadt Linz und der GWG – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH im Zusammenhang mit dem Kindergarten solarCity, Weikerlseestraße 37-39

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt Linz nimmt den von der GWG – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH errichteten Kindergarten solarCity, Weikerlseestraße 37-39, zum Zwecke des Betriebes einer Kinderbetreuungsstätte ab erfolgter Übergabe entsprechend dem vorliegenden Bestandvertrag in Bestand. Der vereinbarte Bestandzins von derzeit ca. 19.466 Euro monatlich (inkl. Einrichtung) zuzüglich Bewirtschaftungs- und Betriebskosten sowie USt wird genehmigt. Die Festlegung des Bestandzinses erfolgt nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitengesetz (WGG), wobei der Bestandzins zumindest immer kostendeckend im Sinne des WGG sein muss. Die sonstigen Bestimmungen des vorliegenden Bestandvertrages werden genehmigt.

Die mit der Errichtung und Vergebührung dieses Vertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben trägt die Stadt Linz. Der Abschluss des beiliegenden Bestandvertrages wird genehmigt.

2. Die Verrechnung des monatlichen Bestandzinses für den Kindergarten solarCity in Höhe von derzeit zirka 15.948 Euro (exklusive Einrichtung) zuzüglich Betriebs- und Bewirtschaftungskosten sowie USt erfolgt ab 1. März 2012 je zur Hälfte auf der VASt 1.4300.700100, Mietzinse Krabbelstuben, und der VASt 1.2400.700100, Mietzinse Kindergärten.

Die Darlehensgebühren in Höhe von zirka 50.000 Euro und die Zwischenfinanzierungskosten werden von der GWG gesondert mit der Aufrollung der Endabrechnung angelastet und ebenfalls auf den oben angeführten Voranschlagsstellen verrechnet.

Die Verrechnung des monatlichen Bestandzinses für die mobile Einrichtung des Kindergartens in Höhe von derzeit zirka 3518 Euro zuzüglich USt erfolgt in den ersten fünf Jahren ab 1. März 2012 je zur Hälfte auf der VAS 1.4300.700100, Mietzinse Krabbelstuben, und der VAS 1.2400.700100, Mietzinse Kindergärten.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Pfeffer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich den Bestandvertrag und die Miethöhe ansieht, beträgt die Miete laut Vertrag 15.948 Euro. Diese 15.948 Euro bedeuten pro Quadratmeter Nutzfläche eine Miete von 15,80 Euro.

Zusätzlich ist dazu zu sagen, dass der Eigentümer die GWG seinerzeit ein Darlehen in der Höhe von 2,63 Prozent aufgenommen hat, wobei die Darlehensrückzahlung einen Betrag von 14.611 Euro pro Monat ausmacht. Diese Differenz, die man als Instandhaltungskosten nehmen könnte, macht in etwa 15,90 Euro pro Quadratmeter pro Jahr aus. Das ist sicherlich gerechtfertigt, auch wenn die Instandhaltungskosten in dieser Höhe leicht übertrieben sind. Zurzeit beträgt die Rückzahlung dieses Kredites bei einer Verzinsung von etwas mehr als einem Prozent 12.260 Euro pro Monat. Das heißt, diese Differenz ist für mich etwas hoch, sodass man hergehen müsste und einen flexibleren Pachtvertrag vereinbaren müsste, der, wenn die Zinsen günstiger werden, die Pacht bzw. die Miete für Linz günstiger macht.

Zusätzlich möchte ich noch anschließen, dass im Hort Edelbacherstraße die Miete laut Vertrag 12.366 Euro ausmacht, das sind 8,79 Euro pro Quadratmeter. Die Errichtungskosten - da kommen wir noch dazu - betragen in der Edelbacherstraße pro Quadratmeter 1835 Euro und in der solarCity 3170 Euro pro Quadratmeter. Vergleichswerte in Karlsruhe, Osnabrück und Oldenburg sehen für Kindergärten verschiedener Größen Errichtungskosten in der Größenordnung zwischen 1949 Euro und 2181 Euro vor. Das sind abgerechnete Kosten, das kann man sich aus der Literatur herausuchen.

Wir sind dafür, dass dieser Vertrag so abgeschlossen wird. Wir ersuchen aber ganz ernsthaft darum, sich diese Dinge in Zukunft etwas besser anzusehen und vor allem sind die exorbitanten Errichtungskosten wirklich zu hinterfragen.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Vielen Dank für die Anregungen. Wir werden uns das gerne anschauen. Es ist ein bisschen schwierig, diesem Wulst an Zahlen zu folgen, wenn man sie nicht vor sich hat. Ich glaube aber verstanden zu haben, worum es dir geht.

Ich weise nur jetzt schon darauf hin, dass es sehr unterschiedliche Regelungen in Deutschland und Österreich gibt. Ich bin mir nicht sicher, ohne das im Detail sofort überprüfen zu können, ob das vergleichbar ist, ob man hier Äpfel mit Äpfel und Birnen mit Birnen vergleicht. Ansonsten kann ich nur sagen, dass wir sehr bemüht sind, die Kosten sehr niedrig zu halten.

Wir haben in diesem Gemeinderat vor knapp einem dreiviertel Jahr ein Kostendämpfungsprogramm Hoch- und Tiefbau beschlossen. Wenn es aber hier weitere Anregungen gibt, wo man etwas verbessern kann, würde ich sagen, dass wir das gerne diskutieren können. Vielleicht kannst du mir deine Berechnungen zukommen lassen, dann werde ich die an das Gebäudemanagement für die Gestaltung zukünftiger Verträge gerne weiterleiten.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Huber berichtet über

E 3 Abschluss eines Theater- und Orchesterübereinkommen sowie Abschluss eines Sideletters, mit dem das Musiktheater Linz – Übereinkommen abgeändert wird

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Dem Abschluss des beiliegenden Theater- und Orchesterübereinkommens wird zugestimmt.

2. Dem Abschluss des beiliegenden Sideletter, mit dem das Musiktheater Linz-Übereinkommen, abgeschlossen zwischen Land Oberösterreich und Stadt Linz am 27. Oktober 2009, abgeändert wird, wird zugestimmt.

3. Die Verrechnung der Beiträge für den laufenden Betrieb erfolgt auf der VASSt 1.3290.751100, Laufende Transferzahlungen an Land.

4. Die Verrechnung der Investitionsraten bis zum Jahr 2024 erfolgt auf der VASSt 5.3290.771000, Kapitaltransfers an Land, Musiktheater. Die Stadtkämmerei hat für die entsprechende Bedeckung in den einzelnen Voranschlägen Sorge zu tragen.

Soweit eine andere Bedeckung fehlt, erfolgt die Finanzierung durch Fremdmittel. Die erforderlichen Darlehensaufnahmen bis zu einem Höchstmaß von 10,384.500 Euro werden genehmigt. Die konkrete Beschaffung von Fremdmitteln im Rahmen des städtischen Finanzmanagements bedarf der Zustimmung des zuständigen Kollegialorgans. Die Verrechnung erfolgt auf den jeweiligen Voranschlagsstellen in den entsprechenden Teilabschnitten. Rechtsgeschäfte über die Aufnahme von Fremdmitteln bedürfen (im Falle der Überschreitung der relevanten Wertgrenzen und der Erfüllung der sonstigen relevanten Kriterien des § 58 StL 1992), bei sonstiger Unwirksamkeit, der vorherigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

5. Die vom Gemeinderat am 22. Mai 2014 genehmigte Kreditübertragung in der Höhe von 7,111.900 Euro von der VASSt 1.3290.751100, Laufende Transferzahlungen an Land, Linzer Landestheater, auf die VASSt 1.3291.755000, Laufende Transferzahlungen an Unternehmungen, LIVA, als finanzieller Ausgleich der LIVA bis zur Klärung des Theatervertrages wird um den noch nicht an die LIVA ausbezahlten Betrag rückgängig gemacht.

6. Die Einnahmenverrechnung aus der Rückzahlung der städtischen Vorleistungen durch die LIVA erfolgt auf der VASSt 2.3291.865000, Laufende Transferzahlung von Unternehmungen.“

Wortmeldung **Gemeinderat Hein:**

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Freiheitlichen werden bei diesem Antrag dagegen stimmen und zwar aus drei Gründen: Aus unserer Sicht wurden durch dieses Verhandlungsergebnis keine wirklichen Einsparungen erzielt, denn der Vertrag wird nach wie vor fünf Jahre so weitergeführt, wie er ist. Bei der Stundung der Investitionskosten kann man nicht von einer Einsparung reden und auch nicht von einer

Entlastung des Haushaltes, zumindest nicht auf lange Frist. Im Prinzip muss man Schulden, die man heute nicht zahlen muss, morgen zahlen und entlastet somit den Haushalt gar nicht. Im Gegenteil, durch die höheren Zinszahlungen wird dieser offene Betrag natürlich höher.

Und der dritte Punkt, warum wir diesem Antrag unsere Zustimmung nicht geben werden ist, dass wir im April einen einstimmigen Beschluss im Gemeinderat gefasst haben, dass bei Zahlungsvereinbarungen zukünftig Prüfrechte für das Kontrollamt und für die Stadtkämmerei einzuräumen sind. Auch das ist verabsäumt worden. Hier hätte man die Chance gehabt, es endlich zumindest zu versuchen, dem Kontrollamt Prüfrechte einzuräumen, denn genau dieses Übereinkommen war im Rechnungsabschluss 2003 der Kritikpunkt des Kontrollamtes. Die Empfehlung des Kontrollamtes war es, diese Rechte zu verankern. Wir werden daher dagegen stimmen.“ (Beifall FPÖ)

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (9) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

F ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR JUGEND, FAMILIE, SOZIALES UND INTEGRATION

Gemeinderätin Mag.^a Hartig berichtet über

F 1 Gewährung einer zusätzlichen Subvention an das Autonome Frauenzentrum; 7580 Euro, insgesamt 59.580 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Dem Autonomen Frauenzentrum wird für das Jahr 2014 einmalig eine Förderung von 6830 Euro für die Kofinanzierung der Abfertigung von Mitarbeiterinnen und von 750 Euro für den Austausch von zwei EDV-Geräten gewährt.

2. Die Förderung wird unter der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien der Stadt Linz gewährt.

3. Die Auszahlung erfolgt von der VASSt 1.0610.757200, Sozial- und Jugendförderungen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Neubauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Politik versucht, allgemein Frauen sichtbar zu machen und Maßnahmen, wie ein Sozialprogramm und ein Frauenprogramm setzt und Frauenförderung betreibt - und einen Antrag hinsichtlich einer Fraueneinrichtung stellt, bei dem sich die Frauenanliegen dann wieder bei den Fällen für Soziales finden -, müssen eigentlich bei jedem, der Frauenpolitik für Frauen macht und nicht nur für die Ideologie, die Alarmglocken schrillen.

Worum geht es bei diesem Antrag. Es geht um Änderungskündigungen. Was sind Änderungskündigungen? Das sind Änderungen bestehender Dienstverträge, die aus Sicht des Arbeitnehmers eine Verschlechterung bedeuten können. Die sind rechtlich legitim abgesichert, keine Frage und der Betriebsrat ist eingebunden. Das ist eine sehr eigenartige Sache.

Wenn ich mich erinnere, haben wir jetzt vor nicht einmal einer Woche, am 10. Oktober den Equal Pay Day gehabt. Dann sollen wir eine Woche später einen Antrag beschließen, wo wörtlich drinnensteht, dass in den Folgejahren Gehaltskosten reduziert werden und Gehaltssteigerungen geringer ausfallen. Ich verstehe, dass man das im Frauenausschuss nicht beraten und beschließen kann, weil das wäre eigentlich ein sehr formativer Widerspruch. Das geht gar nicht, das passt nicht zusammen. Ich will das jetzt noch gar nicht werten, weil man könnte wenn man böse wäre, sagen, okay, die haben vorher so fürstliche Gehälter gehabt, man muss da jetzt einsparen. Es wäre dann eigentlich durch nichts zu rechtfertigen, dass man die Abfertigungen noch aus öffentlichen Mitteln mitfinanziert.

Wenn man sich anschaut, was das für Kollektivverträge sind - für Gesundheits- und Sozialberufe -, wird das wohl eher das Gegenteil sein. Diese betroffenen Mitarbeiterinnen haben wahrscheinlich vorher nicht so viel mehr verdient, dass es nicht gerechtfertigt wäre und sie kommen jetzt auf ein leider Gottes doch sehr niedriges Niveau der Kollektivverträge im Sozialbereich. Das ist ein Widerspruch dazu, dass man eine Angleichung der Gehälter erreichen möchte.

Es ist leider einmal so - es gibt dazu eindeutige Daten, sonst kann man sich auch den Equal Pay Day nicht errechnen -, wenn 17,5 Prozent aller 25- bis 34-jährigen Frauen einen Hochschulabschluss haben, gegenüber 12,6 Prozent der Männer und sich das trotzdem am Arbeitsmarkt nicht rentiert, werden wir in der Frauenpolitik nicht weiterkommen. Deswegen werden wir diesem Antrag die Zustimmung nicht erteilen.“ (Beifall FPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Zwei Dinge sind aus meiner Sicht anzumerken: Selbstverständlich haben wir das im Frauenausschuss nicht beraten und beschlossen, wenn das aufgrund der Förderstelle, nämlich der Kernsubvention im Ausschuss für Jugend, Familie, Soziales und Integration vorberaten wird. Es macht keinen Sinn, wenn die zuständige Dienststelle diesem Ausschuss zugeordnet ist, das noch einmal in einem anderen Ausschuss vorzubereiten.“

Hintergrund der Maßnahme im Autonomen Frauenzentrum ist, dass die öffentlichen Fördermittel, von denen das Autonome Frauenzentrum natürlich als Verein abhängig ist, auf allen Ebenen nicht erhöht wurden. Sie wurden teilweise sogar verringert, die Gehälter haben sich aber, wie überall anders auch, nach Indexanpassungen usw. jährlich erhöht. Das ist sich dann irgendwann einmal nicht mehr ausgegangen. Es war ein Akt der Solidarität der Frauen, dass sie sich gemeinsam zu diesem Schritt - den ich auf der einen Seite sehr bewundere, auf der anderen Seite finde ich es höchst bedauerlich und katastrophal, dass er notwendig war - entschlossen haben, damit sie keine Kollegin kündigen müssen und das Beratungsangebot für Frauen in Notlage im selben Umfang aufrechterhalten können. Aus meiner Sicht ist dieser Schritt etwas, was man tief anerkennen muss und dem man in Wahrheit Ehrfurcht gebieten muss. Wenn man jetzt sagt, weil die das gemacht haben, stimmen wir einer weiteren Förderung nicht zu, ist das aus meiner Sicht ganz und gar nicht mehr nachvollziehbar. Diese Argumentation ist eine Katastrophe.

Ich ersuche Sie, denken Sie noch einmal darüber nach und unterstützen Sie im Sinne dessen, was Sie jetzt selbst gesagt haben, diesen Antrag.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, da ist unserer Frauenstadträtin in ihrer Argumentation Recht zu geben. Ich möchte aber schon kritisch dazu anmerken, dass es natürlich bedenklich ist, wenn kleine Vereine, die eine so wichtige Leistung erbringen, wie das Autonome Frauenzentrum, auf Grund der öffentlichen Sparpolitik in solche Bredouillen geraten und

zu solchen Schritten greifen und die Mitarbeiterinnen Solidarität üben müssen. Man muss schon einmal kritisch sagen, dass es eine große Schande ist, wenn die Stadt, das Land, der Bund oder alle Fördergeber die Fraueneinrichtungen in so eine Notsituation bringen, wenn man zehn Jahre lang die Förderungen nicht erhöht. Es ist ganz klar, da werden ganz, ganz wichtige Leistungen für Frauen erbracht, die eigentlich Aufgabe der öffentlichen Hand sind und die sehr viel dazu beitragen, die Gleichstellung für die Frauen in Österreich zu erreichen. Man putzt sich da einfach ab.

Aber keine Frage, natürlich hat die Frauenstadträtin Recht. Dem Antrag ist unbedingt zuzustimmen, weil was bleibt dann übrig, wenn sie nicht einmal das jetzt bekommen. Danke.“
(Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Schlusswort **Gemeinderätin Mag.^a Hartig:**

„Ich bedanke mich bei meinen Vorrednerinnen Mag.^a Grönn und Schobesberger und ersuche um Zustimmung.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (9) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

G ANTRAG UND BERICHT DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

Stadträtin **Mag.^a Schobesberger** berichtet über

G 1 Linzer Umweltschutzpreis der Stadt Linz (Linzer IRIS); Neufassung der Richtlinien für die Vergabe

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegenden geänderten Richtlinien für die Vergabe des Umweltschutzpreises der Stadt Linz (Linzer IRIS) werden genehmigt.

Richtlinien für die Vergabe des Umweltschutzpreises der Stadt Linz (Linzer IRIS) - Beschluss des Gemeinderates vom 16. Oktober 2014

§ 1

Allgemeines

Die Landeshauptstadt Linz vergibt alle zwei Jahre für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes die ‚Linzer IRIS‘.

Im Fokus der Linzer IRIS stehen dabei folgende Themenfelder:

**Gewässerschutz und Wasserwirtschaft,
Luftreinhaltung,
Lärmschutz,**

**Verwertung, Vermeidung, und Beseitigung von Abfall,
Naturschutz,
allgemeine Umweltvorsorge und Umwelterziehung
Energiegewinnung und Energieeinsparung**

Die Linzer IRIS ist mit Geldpreisen bis insgesamt 7000 Euro dotiert.

§ 2

Voraussetzungen für die Vergabe

Der Umweltschutzpreis wird in drei Kategorien vergeben:

**Betriebe,
Einzelpersonen, Vereine, Organisationen,
SchülerInnen und Jugendliche.**

§ 3

Einreichungen

Bewerbungen für den Umweltschutzpreis sind mit allfälligen Bewerbungsunterlagen beim Umwelt- und Technik-Center zur Vorbegutachtung und Stellungnahme einzureichen.

§ 4

Begutachtung durch Jury

Die Beratung von Vorschlägen und Bewerbungen für die Vergabe von Umweltschutzpreisen erfolgt durch eine unabhängige Jury. Diese entscheidet über die Preiswürdigkeit der Einreichungen und über die Höhe der Geldpreise.

**Die administrative Betreuung obliegt dem Umwelt- und Technik-Center.
Über das Ergebnis der Jury-Beratungen ist im Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung (FUNBA) zu berichten.**

§ 5

Vergabe der Preise

Die Umweltschutzpreise der Stadt Linz werden vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 3 Z. 7 des Statutes für die Landeshauptstadt Linz 1992 unter Bedachtnahme auf die Vorschläge der Jury vergeben.

Die Vergabe der Preise erfolgt nach Bedarf bei Vorliegen preiswürdiger Einreichungen.

§ 6

Verleihungsurkunde, Geldpreise und Linzer IRIS

Die Verleihung von Umweltschutzpreisen ist mit der Ausstellung von Verleihungsurkunden in einfacher Ausführung verbunden. Diese haben den Tag der Beschlussfassung, den Titel, Vor- und Zuname des bzw. der Betreffenden und den Grund oder den Anlass der Preisverleihung zu enthalten. Sie sind vom Bürgermeister/von der Bürgermeisterin zu unterschreiben und mit dem Stadtsiegel zu versehen.

In der Kategorie ‚Betriebe‘ und in der Kategorie ‚Einzelpersonen, Vereine, Organisationen‘ erhalten die HauptpreisträgerInnen die Skulptur ‚Linzer IRIS‘.

In der Kategorie ‚Einzelpersonen, Vereine, Organisationen‘ und in der Kategorie ‚SchülerInnen, Jugendliche‘ werden zudem Geldpreise bis insgesamt 7000 Euro vergeben.

§ 7

Überreichung der Preise und Veröffentlichung

Die Überreichung der Umweltschutzpreise samt Urkunden erfolgt durch den Bürgermeister/ die Bürgermeisterin oder das von ihm beauftragte Stadtsenatsmitglied.

Die Namen der PreisträgerInnen werden im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz verlautbart.

Die PreisträgerInnen und die Beschreibung der damit verbundenen Einreichungen werden im Internet auf der Homepage der Stadt Linz veröffentlicht.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderätin Wundsam berichtet über

G 2 Stellungnahme des Ausschusses für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung zum Bericht der Linz Kultur „Für eine Symmetrie der Geschlechter 2013“

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrtes Publikum auf der Galerie, im Bericht ‚Symmetrie der Geschlechter‘ geht es um die jährliche Evaluierung für eine Gleichstellung von Frauen und Männern, die im Kulturentwicklungsplan festgehalten ist. Der Bericht 2013 wurde vom Büro Linz Kultur erstellt und im Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung am 4. September 2014 behandelt und diskutiert. Im Namen des Frauenausschusses darf ich mich herzlich bei Kulturdirektor Dr. Stieber und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken. Ihr Engagement hat es ermöglicht, diesen Bericht durch Erhebungen und Analysen übersichtlich zu erstellen.

Symmetrie heißt Ausgewogenheit, Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Lange Zeit waren Frauen im Kunst- und Kulturbereich benachteiligt. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass anhand der Berichte von 2005 bis 2013 eine positive Entwicklung zu mehr Geschlechtergerechtigkeit festzustellen ist. Bei der Besetzung der Jurys und Beiräte ist sogar ein höherer Frauenanteil erkennbar. Im Gegensatz dazu entschieden 2013 zehn Männer und fünf Frauen über Kunstwürdigungspreise und Kunstförderstipendien. Die optimale Besetzung bietet der Stadtkulturbeirat mit zwölf weiblichen und zwölf männlichen Mitgliedern. Auch bei den Kunstankäufen ist eine Ausgewogenheit festzustellen.

Während bei den Ankäufen durch Linz Kultur und den Kulturbeirat die Frauen im Vorteil waren, wurde durch die Ankäufe des Kulturreferenten mit drei Werken von drei Frauen und sieben Werken von sieben Männern der Vorsprung wieder aufgehoben.

Auch bei den Sonderförderprogrammen, Auftragswerken und Projektaufträgen ist eine positive Entwicklung festzustellen. Zu erwähnen ist das Ergebnis des Literarischen Jahrbuches der Stadt Linz – Facetten. Bedauerlicherweise wurden 2013 weniger Texteinreichungen vorgenommen. Das Ergebnis ist aber umso erfreulicher.

Zu betonen ist, dass die Einreichungen und die Auswahl anonym vorgenommen wurden. Von Männern wurden 39 Texte eingereicht und 21 veröffentlicht, das heißt, 54 Prozent; von Frauen wurden 20 Texte eingereicht und 15 veröffentlicht, das sind 75 Prozent und ist ein schöner

Erfolg für die Frauen. Bei den Aktivitäten der Friedensstadt Linz ist festzustellen, dass zwar mehr Frauen aktive Mitglieder sind, aber Männer die Oberhand bei den Vortragenden haben.

Zuletzt möchte ich noch die Museen erwähnen, zum Beispiel die Sammlungspräsentation im Lentos. Gegenüber 2012 fand zwar eine Verbesserung statt, jedoch mit dem Ergebnis 20 Prozent Frauen und 80 Prozent Männern ist nach wie vor eine starke Benachteiligung von Frauen festzustellen. Eine bessere Verteilung kann man bei den Einzelausstellungen mit 40 Prozent Frauen und 60 Prozent Männern erkennen. Bei genauer Durchsicht der Unterlagen ist trotzdem eine Ausgewogenheit und Gerechtigkeit zu erkennen.

Der Dank gilt nochmals der Dienststelle Linz Kultur. Ich ersuche den Bericht so zur Kenntnis zu nehmen. Danke für die Aufmerksamkeit.“ (Beifall SPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mayr:

„Sehr geehrte Damen und Herren, diejenigen, die sich den Bericht über die ‚Symmetrie der Geschlechter‘ durchgelesen haben, wissen es: Die Linz Kultur ist beim Thema Geschlechtergerechtigkeit ein absolutes Vorbild. Als Folge des Anfang 2013 beschlossenen Kulturentwicklungsplans, der sich unter anderem stark mit dem Thema Chancengleichheit beschäftigt, wurde der Bericht in der vorliegenden Version nochmals erweitert. So wird nun die Arbeit der Museen der Stadt Linz, der Linzer Stadtbibliothek und der Volkshochschule auf die Geschlechtergleichberechtigung hin untersucht und dokumentiert. Ich bedanke mich bei der Abteilung Kultur für die geleistete Arbeit, sodass dieser wirklich positive Bericht Realität werden konnte. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Neubauer:

„Danke, Herr Bürgermeister, ich kann mich durchaus dem Dank, dem Lob und dem Engagement an die Bediensteten in der Kulturabteilung anschließen. Das fällt mir gar nicht schwer. Ich weiß, es ist leicht ironisch gemeint, die Verwaltung erfüllt die Aufträge, die Verantwortung dafür trägt dennoch die Politik. Ich möchte - auch wenn es für mich gar kein Problem ist, den im Frauenausschuss in demokratischer Mehrheit beschlossenen Beschluss zur Kenntnis zu nehmen - trotzdem die Gelegenheit nützen, unsere freiheitliche Position darzulegen. Natürlich haben wir hier in manchen Punkten einen anderen Zugang.

Es gibt da offenbar überhaupt scheinbar andere Annahmen, was Symmetrie angeht. Wenn es heißt, Zielvorgaben sind die Gleichstellung von Frauen und Männern, und das ganz sachlich betrachtet, muss man sich einmal die Definition von Symmetrie in anderen Bereichen anschauen. Das heißt in der Physik: Die Eigenschaft eines Systems, sich durch eine bestimmte Transformation nicht zu ändern. Und in der Geometrie beschreibt es die Eigenschaft eines Objektes durch Umwandlungen auf sich selbst abgebildet werden zu können.

Da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn man sich den Bericht anschaut, habe ich beim ersten Punkt ein Problem. Bei den Jurys und Beiräten kann ich diese Symmetrie nämlich nicht erkennen, beim besten Willen nicht. Wenn wir in der Periode 2005 bis 2008 zwölf Männer und zwölf Frauen gehabt haben, entspricht das genau der Definition, das ist deckungsgleich. Wenn aber für die Periode 2013 bis 2016 zehn Männer drinnen sind und 15 Frauen, kann das keine Symmetrie und keine Gleichstellung mehr sein.

Im Bericht findet sich bei der geschichtlichen Entwicklung das Argument, dass die Frauen jahrzehntelang benachteiligt werden. Und trotzdem kann es jetzt nicht Ziel sein, genau in dieses gleiche Verhaltensmuster hineinzufallen und zu sagen, dass jetzt jahrzehntelang die

Männer benachteiligt werden und momentan nur Frauen zum Zug kommen. Also das ist nicht unsere Vorstellung von Gleichstellung und Gleichbehandlung.

Auch bei den Förderpreisen sehe ich keine Symmetrie, wenn Projektleitungen ausschließlich weiblich besetzt sind. Wenn in einem Fall vier Frauen und ein Mann die Preise bekommen, ist für mich keine Symmetrie erkennbar. Das mag zwar aus Sicht der Frauen positiv sein, aber es ist keine Gleichbehandlung und keine Gleichstellung, sondern es ist eine extreme Förderung der Frauen zu erkennen. Ich weiß nicht, ob das wirklich unser Ziel sein kann.

Es gibt manche Bereiche, wo die Quote nicht das Zielführende sein kann. Gerade bei der Kunst muss es wohl schon noch so sein, dass die Qualität der Werke die Unterstützungswürdigkeit bestimmt und nicht das Geschlecht. Alles andere wäre eine Abwertung.

Wenn ich mir die Jurys anschau, habe ich zehn Männer und fünfzehn Frauen. Wenn fünfzehn Frauen gleich gewertet werden wie zehn Männer, ist das für mich ein negativer Trend. Das zieht sich in vielen Projekten durch.

Ein ganz interessanter Aspekt - es ist lobenswert erwähnt worden - ist, dass seitens der Kulturdirektion die Untersuchungsgebiete ausgeweitet wurden. Die Stadtbibliothek und das Leseringangebot ist aufgenommen worden. Wir haben wesentlich mehr als doppelt so viele weibliche Nutzer der Bibliothek als männliche. Wir haben geschlechterspezifische Projekte und Angebote in der Genderbibliothek. Dieser Bestand umfasst 390 Medien und 29 Medien in der digitalen Bibliothek. Dann haben wir ganz schön aufgelistet: Die Entlehnungen betragen im Jahr 2011 noch 1,87mal pro Medium, im Jahr 2012 1,55mal pro Medium und im Jahr 2013 wurden die Gendermedien 1,4mal verliehen, obwohl wir doppelt so viele Frauen als Männer als Nutzer der Stadtbibliothek haben. Also offensichtlich fühlen sich nicht alle Frauen von diesen Genderambitionen so vertreten.

Wir haben vorhin gesehen, Gehaltskürzungen sind offenbar in Ordnung. Dafür haben wir dann ein großes Binnen-I, von dem kann man dann runterbeißen. (Heiterkeit, Beifall FPÖ)
Die Damen interessieren sich offenbar nicht dafür.

Und das ist der Grund, warum ich mich für die freiheitliche Fraktion im Ausschuss dieser Stellungnahme nicht angeschlossen habe und wir werden das auch hier im Gemeinderat so beibehalten. Ich danke.“ (Beifall FPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Jetzt habe ich das Problem, dass es für mich nicht nachvollziehbar war, was da jetzt so geballt dahergekommen ist, dass ich mir richtig schwer tue, was ich jetzt darauf sagen soll.

Ich versuche es chronologisch. Frau Gemeinderätin Neubauer, Sie haben vorher aus meiner Sicht zu Recht mit dem Equal Pay Day argumentiert. Der ist Ausdruck dessen, dass wir nach wie vor in einer Gesellschaft leben, die durch ein massives Geschlechterungleichverhältnis geprägt ist.

Grundsätzlich heißt das, Frauen - also nicht Symmetrie, sondern schiefe Waage oder wie auch immer - sind grundsätzlich überall dort unterrepräsentiert, wo es um Macht und Geld geht. Und das macht natürlich vor dem Kulturbereich nicht Halt. Sie haben jetzt selbst in Ihrer Wortmeldung ein Beispiel genannt, dass oft Werke von Künstlerinnen pekuniär niedriger bewertet werden, als Werke von Künstlern.

Eines möchte ich in diesem Zusammenhang aber mit aller Deutlichkeit zurückweisen, Sie haben das jetzt nämlich so gebracht, dass die Qualität eines Werkes ausschlaggebend sein muss und nicht das Geschlecht. (Unruhe) Und im Zusammenhang mit Ihrer Wortmeldung bedeutet das aber, dass die Arbeit der Künstlerinnen weniger wert ist und die Qualität schlechter wäre, als die der Künstler. Ansonsten gäbe es für Sie keinen Grund sich darüber zu beschweren, dass mehr Künstlerinnen zum Zug gekommen sind, als Künstler. (Beifall Die Grünen)

Sie haben es selbst festgehalten, dass in unserer Gesellschaft die Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen gegeben ist. Also noch einmal zurück zum Beispiel Equal Pay Day. Frauen verdienen in Österreich je nach Berechnungsmethode um die Hälfte oder 25 Prozent weniger, als Männer. Und wir wissen mittlerweile, dass zwei Drittel dieses Einkommensunterschieds ausschließlich auf Diskriminierung zurückzuführen ist. Da gibt es kein sachliches Argument, dass Frauen weniger arbeiten oder längere Ausfallzeiten hätten. Ausfallzeiten gibt es auf der einen Seite schon - das macht ungefähr ein Drittel dieser Diskrepanz aus -, aber zwei Drittel dieses Einkommensunterschiedes sind ausschließlich Diskriminierung. Frauen verdienen ausschließlich deshalb weniger, weil sie Frauen sind.

Und selbstverständlich ist es, solange wir in einer Gesellschaft leben, die von einem derartigen Missverhältnis geprägt ist, notwendig, Frauenförderung zu betreiben. Das heißt, Ihre Frage, ob unser Ziel die Förderung von Frauen sein kann, ist aus meiner Sicht ganz klar mit einem ‚Ja, selbstverständlich!‘ zu beantworten. (Beifall Die Grünen)

Und dieses Missverhältnis haben wir, wie Sie selbst festgestellt haben, nicht seit vorgestern, kurzfristig ein Jahr lang oder in einem kurzen Zeitraum gehabt, das zieht sich seit Jahrzehnten durch. Und nur durch Ausgleichsmaßnahmen und durch Maßnahmen der Frauenförderung wird das schön langsam besser. Wenn man darauf wartet, dass sich das von selbst erledigt, weil sich Qualität durchsetzt, wird das noch sehr lange dauern. Mir persönlich dauert das zu lange. Deshalb noch einmal, Frauenförderung ist selbstverständlich notwendig.

So wie Sie im Bereich der Linz Kultur festgestellt haben, schließe ich mich selbstverständlich dem Dank an, namentlich ganz besonders bei Gerda Forstner, die nicht nur diesen Bericht erstellt und ihn ausgeweitet hat, sondern sie sich in der tagtäglichen Arbeit verdient macht, was aus meiner Sicht, wie gesagt, sehr wichtig ist.

Und wenn man das in einer Symmetrie - das haben Sie uns mit Beispielen erklärt, die ich nicht ganz verstanden habe, aber das macht nichts - über einen gewissen Zeitraum hin betrachtet und das zum Ziel setzt und man die Benachteiligungen der letzten Jahre und Jahrzehnte berücksichtigt, müssten über eine gewisse Dauer die Frauen viele Jahre und sehr deutlich bevorzugt werden, wenn man einen Ausgleich der Geschlechter erreichen will. Was das Binnen-I jetzt da drinnen verloren hat, erschließt sich mir im Zusammenhang ganz und gar nicht. (Zwischenruf)

Ich begrüße an dieser Stelle Herrn Stadtrat Wimmer. Hallo, schön, dass Sie da sind.

Zwischenruf **Stadtrat Wimmer:**

„Ich bin extra gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass es in der deutschen Rechtschreibung keine Großbuchstaben in der Wortmitte gibt!“

Stadträtin Mag.^a Schobesberger weiter:

Ich bedanke mich für Ihre Belehrung, Herr Kollege. (Unruhe)

Noch einmal zum Thema Gehaltskürzungen, Frau Neubauer. Frau Gemeinderätin Grün hat es aus meiner Sicht noch einmal ganz deutlich auf den Punkt gebracht, worum es da eigentlich geht. Es ist eine Katastrophe, dass sich die Frauen im Autonomen Frauenzentrum dazu entschließen haben müssen, um ihre Arbeit fortführen zu können, ohne eine Kollegin kündigen zu müssen. Es ist schlimm, dass das so ist.

Der Hintergrund ist der, dass die für diese wichtige Arbeit notwendigen Fördermittel nicht ausreichend sind, teilweise gekürzt bzw. nicht erhöht wurden und es de facto über die Jahre zu Kürzungen kommt. Dass man dann gegen eine solche Förderung für so einen Verein stimmt, ist der Gipfel des Zynismus in der Argumentation.

Also noch einmal, danke für die Erstellung des Berichts und danke für die Arbeit der Linz Kultur, die wirklich vorbildlich ist. Ich würde mir tatsächlich wünschen, dass nicht nur die Linz Kultur in diese Richtung arbeitet, sondern sich der restliche Magistrat die Linz Kultur zum Vorbild nimmt und in der täglichen Arbeit sowie in der Berichterstattung und in der Darlegung der Arbeit den Bericht ‚Für eine Symmetrie der Geschlechter‘ der Linz Kultur entsprechend übernimmt.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Neubauer:

„Frau Stadträtin Schobesberger, Sie haben jetzt alles bestätigt, was ich ganz am Anfang gesagt habe. Es macht schon Sinn, Frauenpolitik und Politik anderer Bereiche zu trennen. Alles, was Sie jetzt gesagt haben, mit Gehältern und Einkommen, ist richtig. Es ist auch richtig, dass das Autonome Frauenzentrum vielleicht mehr Geld braucht, aber über diesen Antrag haben wir jetzt nicht abzustimmen gehabt, sondern über die Gehaltskürzungen und für die sind wir nicht zu haben. Da geht es aber jetzt konkret um diesen Bericht der Linz Kultur und nicht darum, Leistungen von Frauen irgendwie minder zu machen. Es gibt großartige Künstlerinnen und ich bin die Erste, die sagt, wenn es großartige Künstlerinnen gibt, dann sollen die genauso unterstützt werden. Nicht umsonst gibt es in vielen Architektenwettbewerben oder Ähnlichem Projekte, die für das Projekt selbst beurteilt werden und nicht auf Grund des Geschlechtes, denn das zeigt genau auf, welche fatale Situationen mit solchen notwendigen Quoten bewirkt werden.

Wenn die Frauen gute Leistung und gute künstlerische Projekte bieten, gehe ich selbstverständlich davon aus, dass sie auf dem Markt die entsprechenden Werte erzielen können. Wir würden sonst allen anderen unterstellen, dass das nicht entsprechend honoriert würde.

Was für mich in diesem Punkt eine ganz wichtige Aussage ist - und darum habe ich mich jetzt ein zweites Mal zu Wort gemeldet -, ich kann nicht nur, weil Frauen jetzt lange Zeit benachteiligt waren, ins extreme Gegenteil verfallen, das wäre ein Revanchismus und den lehnen wir ab.“ (Beifall FPÖ)

Bürgermeister Luger:

„Großes Wort zu früher Stunde.“

Vizebürgermeister Mag. Baier:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich versuche einen Vermittlungsversuch zwischen den beiden Gruppen. Ich darf zum Bericht ‚Symmetrie der Geschlechter‘ Folgendes festhalten: Selbstverständlich ist das nur ein Zahlenwerk, eine

Darstellung, ein Mengengerüst, das zeigen soll, dass versucht wird, hier ausgewogen zwischen den Geschlechtern, was Projektaufträge und Förderungen anlangt, vorzugehen. Ich bitte um Verständnis, dass nicht immer und jedes Jahr gleiche Berichte vorgelegt werden können, das ist auch jetzt so. Einmal gibt es dort einen leichten Überhang, dann gibt es da einen leichten Überhang, so ist das.

Frau Kollegin Neubauer, Sie haben jetzt nur den Überhang bei den Frauen herausgegriffen. Genauso gut könnte man jetzt auf die Idee kommen, man nimmt jene Bereiche heraus, wo es einen Überhang bei den Männern gibt. Ich hoffe, das wird heute niemand mehr machen, weil wir sonst nicht mehr fertig werden, glaube ich.

Ich kann nur sagen, selbstverständlich steht immer die Qualität des Projektes im Vordergrund. Selbstverständlich wird hier ganz objektiv und ausgewogen darüber entschieden, wer gefördert wird und wer nicht. Das zeigt sich auch dann, wenn man hinter den Zahlen konkret die Projekte betrachtet.

Das heißt, ich könnte den Freiheitlichen so wie letztes Jahr empfehlen, dass sie diesem Bericht zustimmen, denn er soll nur ein Zeichen dafür sein, dass man die vom Gemeinderat beschlossenen Richtlinien im Kulturentwicklungsplan, nämlich ‚Chancengleichheit erhöhen‘, ernst nimmt und das in der Förderpolitik und in der Kulturpolitik umsetzt. Darum geht es bei dem Bericht, nicht mehr und nicht weniger. Er ist eine große Aufgabe und ein großer Verwaltungsaufwand.

Ich bedanke mich daher bei der Dienststelle der Linz Kultur für diese gewissenhafte Aufbereitung, die nicht darauf abstellt, dass es um Zahlen geht, sondern dass es um den Inhalt geht.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatteerin das Schlusswort.

Gemeinderätin Wundsam:

„Zur Kollegin Neubauer, wir haben unterschiedliche Sichtweisen und so wurde dieser Bericht anscheinend gelesen. Ich sehe hier in keinster Weise eine Art von Revanche, hier wurde keine Revanche betrieben.

Wenn man sich den Bericht genau durchliest, merkt man an den Zahlen sehr wohl, dass es Bereiche gibt, wo die Männer die Nase vorne haben und es gibt Bereiche, wo die Frauen die Nase vorne haben. Und wenn ich mir den Schnitt anschau, der eine Ausgewogenheit darstellt - und für mich stellt er eine Ausgewogenheit dar -, bin ich zufrieden mit dem Bericht und freue mich. Aber unterschiedliche Sichtweisen sind nun einmal gegeben und wir werden da wahrscheinlich in diesem Bereich keine Symmetrie herstellen können. Ich danke für die Zustimmung und die Kenntnisnahme des Berichtes.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über die Stellungnahme abstimmen.

Die Stellungnahme wird bei **Stimmenthaltung der FPÖ-Fraktion (9) mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen.**

H ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR WIRTSCHAFT, MÄRKTE UND GRÜNANLAGEN

Stadträtin Wegscheider berichtet über

H 1 Montage, Demontage sowie Reparaturarbeiten an der Linzer Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015; Grundsatzgenehmigung; maximal 300.000 Euro

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben zwar heute erst den 16. Oktober, aber im Gemeinderat weihnachtet es heute bereits, denn vom 28. November bis zum 6. Jänner soll es wieder die beliebte Linzer Weihnachtsbeleuchtung in unserer Stadt geben.

Die Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt und in den Stadtteilen soll die Bevölkerung, die Besucher und die Touristen unserer Stadt erfreuen. Diese Weihnachtsbeleuchtung gibt uns Licht und erzeugt Stimmung und hat einen enormen Wohlgefühlcharakter in der Vorweihnachtszeit, in der finsternen Zeit, wo es schon um vier Uhr nachmittags dunkel wird. Diese Weihnachtsbeleuchtung gibt es schon lange. Wir sind heuer im 21. Jahr.

1994 hat das Mozarteum diese Weihnachtsbeleuchtung, die ein Alleinstellungsmerkmal hat, kreiert. Wir werden für diese Weihnachtsbeleuchtung bewundert und sie ist eine Marke für unseren Tourismus. Denken Sie an Stille, Stall und Sterne. Viele kommen wegen der Marke Advent und wegen unserer schönen Weihnachtsbeleuchtung nach Linz und die Bevölkerung schätzt sie.

Die Stadt hat in den letzten beiden Jahrzehnten sehr viel in die Neugestaltung und in den Ausbau dieser Weihnachtsbeleuchtung investiert. Es wurde schon sehr viel auf LED-Lampen umgerüstet. Die Stromkosten betragen vier- bis fünftausend Euro, das sind nicht einmal zwei Prozent der Gesamtkosten. Das Teure an der Weihnachtsbeleuchtung ist die Montage und die Demontage. Sie muss bei den Oberleitungen der Straßenbahn montiert werden. Da braucht es Fachleute, die manchmal auch sehr kostenaufwändig in den Nachtstunden arbeiten müssen.

Die Weihnachtsbeleuchtung wird von der Abteilung öffentliche Beleuchtung des Tiefbauamtes betreut und war in der Vergangenheit ein Teil der öffentlichen Beleuchtung der Stadt. Dann wurde die Vergabe von der Abteilung öffentliche Beleuchtung ins Wirtschaftsservice übertragen. Das hat einen steuerlichen Hintergrund. Der Linzer Handel finanziert die Weihnachtsbeleuchtung mit 45.000 Euro mit. Das ist ein Vorteil, weil wir dadurch den Vorsteuerabzug lukrieren können.

Wer behauptet, dass die Linzer Kaufmannschaft zu wenig zum Stadtmarketing beiträgt, ignoriert die Tatsache, dass der Linzer City Ring 700.000 Euro zum Stadtmarketing beiträgt. Ich weiß, jede größere Stadt, jede Landeshauptstadt hat hier ein anderes Modell. Man kann nicht immer Vergleiche anstellen und Bruchstücke aus einem Stadtmarketingteil herausnehmen. Ich möchte mich heute beim Linzer City Ring für diese viele Ehrenamtlichkeit und die Finanzierung von 700.000 Euro bedanken. Man muss einmal sagen, dass da sehr kräftig mitgezahlt wird. (Beifall ÖVP)

Im Jahr 2012 hat man die Weihnachtsbeleuchtung neu ausgeschrieben, das war ein riesiges Buch mit 196 Seiten und der günstigste Anbieter mit 390.650 Euro wurde eruiert. Das ist der Betrag, den die Vollaufhängung der Weihnachtsbeleuchtung ausmacht.

Angesichts der Finanzprobleme der Stadt war mir als Wirtschaftsstadträtin klar, dass es notwendig sein wird, auch bei der Weihnachtsbeleuchtung zu sparen. Wir haben 2012 einen sehr radikalen Schnitt bei der Weihnachtsbeleuchtung gemacht und das Budget von 390.000 auf 300.000 Euro gekürzt. Das ist eine Kürzung von 90.000 Euro bzw. 23 Prozent.

Diese massive Kürzung haben wir gemeinsam mit dem damaligen Bürgermeister und dem damaligen Finanzreferenten vereinbart und gemeinsam im Gemeinderat beschlossen.

Wie in den letzten Jahren habe ich mich zu dem um 23 Prozent gekürzten Budget für die Weihnachtsbeleuchtung bekannt und habe den Antrag wieder mit 300.000 Euro eingebracht. Dieser Antrag war in zwei Ausschüssen. Im Finanzausschuss hat die SPÖ einen Abänderungsantrag gestellt, dass eine Kürzung um 30.000 Euro auf 270.000 Euro vorgenommen werden soll. Auf Grund der Abwesenheit eines Finanzausschussmitgliedes hat der SPÖ-Antrag mit vier zu drei Stimmen eine Mehrheit gefunden. Im Wirtschaftsausschuss gab es dann für keinen der beiden Anträge eine Mehrheit.

Dem Gemeinderat liegt nun ein Amtsbericht mit beiden Varianten zur Auswahl vor. Die Variante A ist der Amtsantrag mit 300.000 Euro und die Variante B ist der SPÖ-Abänderungsantrag mit 270.000 Euro. Ich finde, dass diese Darstellung im nun vorliegenden Antrag demokratisch sehr korrekt ist, denn wir können hier im Gemeinderat beide Varianten diskutieren und entscheiden, wie wir die Sache sehen und wer diesen Antrag mitträgt und wer nicht. Das ist heute eine demokratiepolitische Premiere und wir können das jetzt entscheiden und diskutieren.

Die Variante A 300.000 Euro und damit die gleiche Einsparung von 90.000 Euro so wie 2012 und 2013. Bei dieser Variante bleiben 23 Prozent der Weihnachtsbeleuchtung im Lager. Die Variante B mit einer weiteren Kürzung um 30.000 Euro. Damit würden die Kürzungen bei der Weihnachtsbeleuchtung 120.000 Euro betragen und es müssten 31 Prozent, also ein knappes Drittel der Weihnachtsbeleuchtung im Lager bleiben und könnte nicht aufgehängt werden.

Die Position der ÖVP und meine Position ist, dass wir mit der Kürzung von 23 Prozent eine vertretbare Einsparung absolviert haben. Für mich ist jetzt das Ende der Fahnenstange und die Schmerzgrenze erreicht. Denn, sehr geehrter Herr Finanzreferent, ich habe 23 Prozent mit Maß und Ziel eingespart. Sie haben mir jetzt unterstellt, dass die Förderungen mit zehn Prozent gekürzt werden sollen. Ich möchte hier noch einmal festhalten, dass ich das bereits getan habe, sogar 23 Prozent. Das ist eine Unterstellung, dass ich nicht sparwillig bin. Im Gegenteil, ich habe das im Vorjahr mitgetragen und das ist nicht einfach. Ich kann hier wirklich nicht mehr mitgehen, denn es wird in einigen Straßenzügen finster werden. Es gibt Vorschläge vom Finanzressort, dass die Klosterstraße, der Graben, die Magazingasse, die Haffelstraße und die Marienstraße finster bleiben. Dann sind erst 13.000 Euro, also noch nicht einmal die Hälfte an Einsparungen getätigt. Das bedeutet, dass neben diesen Vorschlägen aus dem Finanzressort noch weitere Straßen ohne Weihnachtsbeleuchtung bleiben werden.

Bei der Position ‚Unvorhergesehene Arbeiten‘ sind vor allem die Reparaturarbeiten drinnen. Laut Auskunft der Firma Elin können wir 4500 Euro einsparen. Wir haben die so genannte Kandidatenliste, das sind die Marienstraße, Rathausgasse, Haffelstraße, Pfarrgasse, Magazingasse, Graben, Klosterstraße, Hauptstraße Urfahr, Eisenhandstraße mit der Lustenauerstraße und der Mozartstraße, Im Haidgattern, Am Bindermichl, Ebelsberg, solarCity, Bismarckstraße, Bischofstraße und Nibelungenbrücke. Es ist natürlich für alle Beteiligten traurig, wenn irgendwo die Weihnachtsbeleuchtung nicht aufgehängt wird. Bei mir sind alle Linzerinnen und Linzer gleich. Es wird immer nur die Innenstadt bevorzugt. Ich weiß, wie in den Stadtteilen die Weihnachtsbeleuchtung geschätzt wird. Die Nibelungenbrücke alleine kostet über 16.000 Euro und das wäre die Hälfte von dem von der SPÖ vorgeschlagenen zusätzlichen Einsparungsvolumens. Wer für die weitere Kürzung ist, sollte Vorschläge machen, welche Straßen zukünftig keine Weihnachtsbeleuchtung mehr bekommen sollen.

Der Gemeinderat beschließt:

„Punkt A:

1. Die Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015 umfasst denselben Umfang wie jene in den Jahren 2012/2013 und 2013/2014.

2. Die Verrechnung der Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015 in Höhe von maximal 300.000 Euro (exkl. USt) für das Rechnungsjahr 2015 erfolgt auf der VAS 1.7890.619001, Instandhaltung Weihnachtsbeleuchtung, und 1.7890.600001, Strom Weihnachtsbeleuchtung.

„Punkt B:

1. Die Kosten in Höhe von 300.000 Euro für die Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015 werden um zehn Prozent reduziert und betragen somit max. 270.000 Euro.

2. Die Verrechnung der Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung 2014/2015 in Höhe von max. 270.000 Euro (exkl. USt) für das Rechnungsjahr 2015 erfolgt auf der VAS 1.7890.619001, Instandhaltung Weihnachtsbeleuchtung, und 1.7890.600001, Strom Weihnachtsbeleuchtung.

Ich ersuche um Zustimmung zur Variante A.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Kaiser:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wir haben schon im Wirtschaftsausschuss den Antrag mit 270.000 Euro eingebracht.

Und liebe Frau Stadträtin, wenn man sich die Liste, die du jetzt aufgezählt hast, einmal durchschaut, sieht man unter der letzten Position eine Reserve von 27.000 Euro. Eine gewisse Kreativität wäre angebracht, nicht einfach nur die Straßennamen aufzuzählen, die so zwischen 1600 und 2000 Euro liegen. Die letzte Position dieser Aufzählung heißt Reserve. Bei der Reserve könnte man sich durchaus vorstellen, dass man das eventuell einsparen könnte. Wir bekennen uns auf jeden Fall zur Weihnachtsbeleuchtung.

Ich glaube, man muss einmal anführen, dass das eine Wirtschaftsförderung ist. Wenn du sagst, dass die Wirtschaft hier 45.000 Euro beiträgt, ist das natürlich sehr löblich, aber vom Gesamtvolumen her gerechnet, sind das gerade einmal 15 Prozent, den Rest bezahlt die Stadt. Das ist ein Unikum, in anderen Städten ist es durchaus üblich, dass die Wirtschaft das alleine trägt. Es ist so, dass wir hier die Wirtschaft fördern. Du hast gesagt, das ist immer schon so gewesen, seit es die Weihnachtsbeleuchtung gibt und das soll so sein.

Wir haben natürlich diesen Antrag eingebracht, der als Variante B auf dem Tisch liegt. Wir bitten natürlich unter Bedachtnahme auf die sonstigen Sparmaßnahmen, die angedacht sind, hier zuzustimmen. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Übelacker:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Position der Freiheitlichen muss kurz umrissen werden. Sie

beruht darauf, dass wir uns unverändert für die Erhaltung des Brauchtums in der bisherigen Form einsetzen. Sie beruht aber auch darauf, dass wir keine neuen Wirtschaftsbelastungen haben wollen. Es ist in einigen Beiträgen angeklungen, dass man die Wirtschaft hier stärker einbinden möchte.

Dazu wenige grundsätzliche Anmerkungen: Wenn man das vorhat, dann ist das ein mittelfristiges Programm, die Wirtschaft stärker einzubinden. In der jetzigen Zeit, wo die Konjunktur schwächelt, wo wir Konjunkturschwierigkeiten haben, wo es Verschuldungen gibt, die sich bremsend auf die Konjunktur auswirken und wir aktuelle Russland-Sanktionen haben, die uns schwerstens betreffen – ich erinnere an das Stichwort Steyr, 2000 Kurzarbeiter – etwas Derartiges zu überlegen, halte ich für mindestens verfrüht und jedenfalls derzeit nicht machbar.

Was den Originalantrag A betrifft, so müssen wir festhalten, dass eine Mehrheit dafür offenbar nicht zu haben ist. Sie war im Wirtschaftsausschuss nicht zu haben und sie wird auch heute, wenn ich es richtig einschätze, nicht zu haben sein. Worum es also geht ist, dass nicht die Lichter ausgehen, wie man in der Zeitung lesen konnte, sondern dass man bei moderaten Sparmaßnahmen die Weihnachtsbeleuchtung dennoch im Prinzip aufrechterhält.

Weiters ist noch anzumerken: Wir haben seitens der freiheitlichen Fraktion den Eindruck, dass gewisse Tendenzen bestehen, die Weihnachtsbeleuchtung in den nächsten Jahren womöglich schrittweise weiterzureduzieren und das sollte nicht sein. Daher haben wir einen **Zusatzantrag** zu Punkt B gestellt:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die angeführte Zehn-Prozent-Reduktion muss einmalig bleiben und darf die nächsten drei Jahre nicht verändert werden.“

Wir hätten da eine Bestandsgarantie und eine gewisse Sicherheit, dass das Ganze auf diesem reduzierten Niveau verbleiben kann. Wir werden uns also beim ÖVP-Originalantrag enthalten und dem SPÖ-Zusatzantrag zustimmen und laden Sie alle ein, dem FPÖ-Zusatzantrag – nämlich Bestandsgarantie für drei Jahre – Ihre Zustimmung zu erteilen. Vielen Dank.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Schmied, M.A.:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte KollegInnen und werte ZuhörerInnen auf der Galerie – das ist jetzt das Binnen-I, das Kollegin Gemeinderätin Neubauer erwähnt hat, allerdings beißen wir jetzt nicht herunter. Ein Auszug aus der Presse, wie sehr muss es ‚weihnachten‘: ‚X-Mas 16.000 Euro für Brückenbeleuchtung‘, ‚Stadt Linz dreht im Advent die Lichter ab‘, ‚Zehn Prozent-Einsparung‘ – das ist nur ein kleiner Teil daraus.

Ich könnte jetzt so beginnen, wie alle Jahre mit ‚kommt ihr Engel‘ und ‚leuchtet das Licht‘ oder ‚wer klopft an‘ – ein entweder/oder Antrag. Entweder sind wir für 300.000 Euro oder wenn wir das nicht bekommen können, sind wir für 200.000 Euro.

Frau Stadträtin Wegscheider, Ihre Ausführungen waren sehr ausführlich. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass Sie bei der Budgetsitzung für 2014 das Budget mit den Worten mitgetragen haben, ich zitiere wörtlich aus dem Protokoll: ‚Ich bin ein wirtschaftlich

denkender Mensch und sehe es als Notwendigkeit an, Budgetkürzungen zu diskutieren und trage sie in meinem Ressort mit'. Da geht es um die Summe von 280.000 Euro. Jetzt stellen Sie den Antrag auf 300.000 Euro. Irgendwie verstehe ich jetzt etwas nicht.

Ich möchte an dieser Stelle eines klarstellen, weil immer unterschwellig unterstellt wird, dass wir Grünen gegen die Weihnachtsbeleuchtung wären. Die Frau Stadträtin Wegscheider hat schon Recht, das ist ein Wohlfühlprojekt. Es wird um ca. 16 Uhr finster und es ist schön, wenn es leuchtet. Die neue Weihnachtsbeleuchtung, die seit 1991 oder 1993 hängt, ist ein bisschen ansprechender, als die ältere, die schon früher gehangen ist. Es geht aber darum, wer diesen Wohlfühleffekt bezahlt?

Jetzt sind wir bei der Mittelfristigkeit, die Gemeinderat Übelacker angesprochen hat. Mittelfristig hätten wir schon längst etwas ändern können, weil wir schon seit Jahren darauf hinweisen, dass die großen Handelsketten eingeladen werden sollen, einen Beitrag dazu zu leisten. Es ist schön, wenn der City Ring etwas leistet, wenn 45.000 Euro einbezahlt werden. Ich weiß die Arbeit des City Rings durchaus zu schätzen und möchte mich an dieser Stelle für die Arbeit bedanken, die er leistet. Allerdings wird der City Ring auch gefördert. Das ist schon okay, das ist gut so, den können wir gut fördern.

Das heißt, unsere Forderung ist seit Jahren gleich: Wir sind nicht gegen die Weihnachtsbeleuchtung, wir sind für eine Miteinbeziehung der großen Handelsketten. Wenn es an manchen Plätzen keine Weihnachtsbeleuchtung mehr gibt, wird die Schaufensterbeleuchtung nicht ausreichen, um einen Wohlfühleffekt zu erreichen.

Ich finde es schön, wenn andere bedenken, dass in anderen Städten – Gemeinderat Kaiser hat es erwähnt – die Weihnachtsbeleuchtung zur Gänze von der Wirtschaft bezahlt wird. Das muss man in Linz nicht so machen, aber man kann ein bisschen etwas anderes auf die Beine stellen und dafür plädieren wir. Das heißt, wir können weder dem Entweder, noch dem Oder zustimmen. Es gibt von uns ein Nein.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Mag. Sonntag:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf resümieren, ein Zwischenresultat bringen. Von den Grünen wissen wir schon, dass sie seit Jahren gegen die Wirtschaft und gegen die Weihnachtsbeleuchtung sind.

Zwischenruf **Gemeinderätin Schmied, M.A.:**

„Das stimmt nicht, das habe ich gerade gesagt!“

Gemeinderat Mag. Sonntag weiter:

Warum sie bei der Wirtschaftskammerwahl überhaupt kandidieren, wissen wir gar nicht. (Zwischenrufe, Unruhe)

Es ist so, dass in anderen Städten vielleicht das Stadtmarketing zur Gänze von der Stadt bezahlt wird, dann kann man darüber reden, dass auf der anderen Seite die Weihnachtsbeleuchtung von der Wirtschaft bezahlt wird. Das Stadtmarketing in Linz wird aber größtenteils vom City Ring finanziert und abgewickelt. Dafür bekommt er zwar eine Subvention, aber das meiste Geld stellt er selbst auf. Das muss man bedenken. Man kann nicht das Eine mit dem Anderen aufrechnen. Wir haben heute schon gehört, wir müssen Äpfel mit Äpfel und Birnen mit Birnen vergleichen, das sollten wir hier auch tun.

Bei der FPÖ kenne ich mich nicht ganz aus. Auf der einen Seite wollen wir die ganze Weihnachtsbeleuchtung und alles soll da sein und wir sind die Freunde der Wirtschaft, der Gastronomie und der LinzerInnen. Auf der anderen Seite könnte man natürlich sagen, wer sich als Erstes bewegt, hat verloren. Was wäre gewesen, wenn die FPÖ – wie sie im Finanzausschuss gestimmt hat - bei 300.000 Euro geblieben wäre. Dann hätten wir eine Patt-Situation und da hätte sich vielleicht die SPÖ ein bisschen bewegen müssen, und wir wären vielleicht bei fünf Prozent zusammengekommen. Aber wenn ich mich als Erster gleich auf den Boden werfe und sage, ich gebe auf, ich habe verloren, dann bin ich ein Verlierer und habe nichts erreicht. Ich habe geschafft, dass in einigen Straßen in Linz weniger Weihnachtsbeleuchtung oder manchmal vielleicht gar keine Weihnachtsbeleuchtung mehr aufgehängt wird.

Bei der SPÖ ist es klar, sie wollen sparen, sie bestrafen die Frau Wirtschaftsstadträtin dafür, dass sie vorher schon in weiser Voraussicht 23 Prozent eingespart hat und jetzt noch einmal zehn Prozent sparen soll. Das ist nicht nett, das ist nicht fair. Wenn man zu früh spart, hat man also auch verloren.

Wir nehmen es zur Kenntnis, sind aber sicher nicht dafür, diese Einsparungen hinzunehmen. Wir werden nächstes Jahr wieder versuchen, mit 300.000 Euro ganz Linz erstrahlen zu lassen. Vielen Dank.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Haltung zu dieser Frage ist bekannt. Die KPÖ hat sich in den letzten Jahren immer kritisch zur Weihnachtsbeleuchtung geäußert und sie abgelehnt. Die Hauptargumente sind ähnlich, wie Frau Schmied gesagt hat. Die Wirtschaft soll sich das selber zahlen, weil die profitiert in erster Linie aus den Einnahmen, die in dieser Zeit aus dem Konsum gemacht werden.

Und das zweite Argument sind natürlich die Energiespargründe. Einerseits blicken wir einer Klimakatastrophe entgegen und gleichzeitig wird in diesen fünf Wochen vor Weihnachten Energie verschwendet. Ich werde daher beiden Anträgen nicht zustimmen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, weil wir vom Gemeinderat Sonntag explizit angesprochen wurden und er der Meinung ist, dass man sich bei uns nicht auskennt, möchte ich schon etwas klarstellen. Wir haben niemals einem Antrag der ÖVP, der die 300.000 Euro umfasst, unsere Unterstützung gegeben. Das wird Vizebürgermeister Forsterleitner bestätigen können, denn im Finanzausschuss ist lediglich der abgeänderte Antrag zur Abstimmung gebracht worden. Da haben wir dagegen gestimmt. Eine Zustimmung zum ÖVP-Antrag ist das aber auf keinen Fall, denn wir haben nicht einmal die Möglichkeit gehabt.

Ich kann aber jetzt der ÖVP eine Nachhilfe in den Grundrechenarten geben und vielleicht auch in der Prozentrechnung. Es sollte allen bekannt sein, dass weder FPÖ, noch ÖVP die Mehrheit in diesem Gemeinderat haben. Das heißt, für die Mehrheit braucht man 50 Prozent und diese 50 Prozent erreichen wir nicht. Jetzt könnte man natürlich hergehen und sagen, gut, wenn wir das nicht erreichen, was wir unbedingt wollen, schmeißen wir mit der Konsequenz alles hin, dass es gar keine Weihnachtsbeleuchtung gibt. Das wollen wir nicht, wir wollen an dieser Tradition festhalten, wenn auch in einem reduzierten Umfang. Wir sind

hier nicht den destruktiven Weg gegangen, den die ÖVP gerne gehen will, wir sind den konstruktiven Weg gegangen. Wir haben dafür gesorgt, dass diese Reduktion für die nächsten drei Jahre eingefroren bleibt. Daher bitten wir um Unterstützung zu unserem Zusatzantrag. Danke schön.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Lenger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich melde mich in erster Linie, weil die Fraktion Die Grünen vom Herrn Kollegen Sonntag direkt angesprochen wurde.

Zuerst möchte ich einmal sagen, es scheint fast so, als ob es in Linz keine drängenderen Probleme gäbe, als die Weihnachtsbeleuchtung. Aber das ist einmal eingangs nur so ein Statement.

Herr Kollege Sonntag, ich glaube, du hörst nicht zu, wenn sich andere Leute zu Wort melden. Die Grünen sind nicht gegen eine Weihnachtsbeleuchtung, sondern Die Grünen fordern seit Jahren von der Wirtschaftsstadträtin kreativere Wege zu beschreiten und die Wirtschaft einzubeziehen. Es ist nicht nur eine Wirtschaftsförderung, aber es ist in erster Linie eine Wirtschaftsförderung und da könnte die Wirtschaft ruhig mehr an Beitrag leisten.

Ich darf der ÖVP vielleicht einen kleinen Tipp geben. Als die neue Weihnachtsbeleuchtung angeschafft wurde, war Herr Vizebürgermeister Blöchl für die ÖVP hier im Stadtsenat. Er hat sich vor seinem Geschäft - vielleicht für die, die es nicht wissen, er hat die Parfümerie XXXXXXXX...(Unruhe)

Zwischenruf **Bürgermeister Luger:**

„Das ist Werbung!“

Gemeinderätin Lenger weiter:

Entschuldigung, ich will keine Werbung machen. Jedenfalls hat er ein Landstraßengeschäft und er hätte sich da ein Engerl vor seinem Geschäft gewünscht. Aber natürlich werden alle gleich behandelt und auch ein Herr Vizebürgermeister kann sich bei der Stadt nicht einfach wünschen, dass er ein Engerl haben möchte. (Zwischenrufe, Heiterkeit) Jedenfalls hat er sich dieses gewünschte Engerl selbst finanziert. Vielleicht kann man einmal beim ehemaligen Herrn Vizebürgermeister nachfragen, wie man so ein Konzept erstellen könnte. Er hat selber ein gutes Beispiel geliefert. (Beifall Die Grünen)

Bitte nicht so phantasielos und nächstes Jahr einfach wieder die 300.000 Euro beantragen. Es ist einmal so, dass die Stadt sparen muss und da müssen alle einen Beitrag dazu leisten. Überall wird gekürzt, das ist einfach so. Wir fordern seit Jahren die Einbeziehung der Wirtschaft. Jetzt gibt es einen Tipp, jetzt gibt es die Möglichkeit, Frau Stadträtin. Vielleicht gibt es nächstes Jahr ein gutes Konzept, wie die Stadt nicht so viel Geld ausgeben muss und in Linz trotzdem eine schöne Weihnachtsbeleuchtung erstrahlt.“ (Beifall Die Grünen)

Bürgermeister Luger:

„Im Radio wäre jetzt zu hören: ‚Diese Wortmeldung enthielt Produktwerbung!‘“

Gemeinderätin Wundsam:

„Als Mitglied des Umweltausschusses möchte ich schon noch auf einen Punkt hinweisen. Wir alle kennen das Linzer Energieeffizienzprogramm, das so genannte LEEP, wo wir als Stadt Linz sehr sorgsam darauf bedacht sind, Energie einzusparen. Wir alle wissen, wir haben Energie nicht im Überfluss. Die Ressourcen stehen nicht auf fünf vor Zwölf, sie stehen auf fünf nach Zwölf. Hier zählt es sehr wohl, zehn Prozent Energie einzusparen. Das ist für

mich als Umweltschutzmitglied ein wesentlicher Punkt und dazu können wir hier beitragen.“
(Beifall SPÖ)

Gemeinderat Reiman, MBA:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat, wie Sie wissen, habe ich in den letzten Jahren immer wieder meine Kritik an der Weihnachtsbeleuchtung kundgetan, insbesondere was die Kosten anbelangt. Mein Wunsch war immer, eine entsprechende Kostenteilung zwischen Stadt Linz und den Wirtschaftstreibenden anzustreben. Dass man jetzt argumentiert, dass der Tourismusverband die Weihnachtsbeleuchtung mit 45.000 Euro mitfinanziert, halte ich nicht unbedingt für ein sehr gutes Argument, weil der Tourismusverband selbst subventioniert wird. Das Gleiche ist beim City Ring, der überhaupt keine Bereitschaft gezeigt hat, hier mitzufinanzieren.

Ich referiere hier für ein kooperatives Handeln zwischen der Stadt und den Wirtschaftstreibenden und würde mir tatsächlich eine entsprechende Kostenteilung wünschen. Aus diesem Grund werde ich mich auch heuer dem Antrag bzw. der Variante A und B und dem Zusatzantrag enthalten. Danke.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Stadträtin Wegscheider:

„Es freut mich, dass es am 16. Oktober weihnachtet. Ich habe sogar einen Spitznamen, ich bin die Weihnachtsstadträtin und setze mich immer wieder für diese Weihnachtszeit ein. Ich möchte schon feststellen, dass das nicht alleine eine Wirtschaftsförderung ist, sondern auch ein Wohlfühlfaktor. Wenn wir heute über 30.000 Euro diskutieren, mache ich das gerne, weil ich mich dafür einsetze und weil ich dazu stehe. Aber die Stadt Linz hat außer dem 16. Oktober in dieser Woche einen viel schlimmeren Tag erlebt, das war der 14. Oktober. Da hat ein Teil der Konvertierung der Frankenleihe der Stadt 11,9 Millionen Euro gekostet. Da können wir wirklich einmal bei 30.000 Euro mitgehen. Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt zuerst über den Punkt A des Antrages und dann über den Punkt B des Antrages und anschließend über den Zusatzantrag abstimmen.

Der Punkt A des Antrages wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und der FPÖ (9) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, und bei Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen (7) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Punkt B des Antrages wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderat Reiman, MBA, und bei Gegenstimmen der Fraktionen von ÖVP (17) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderat Reiman, MBA, und bei Gegenstimmen der Fraktionen von ÖVP (17) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Stadtrat Wimmer berichtet über

I ANTRAG DES SICHERHEITS- UND ORDNUNGS-AUSSCHUSSES

I 1 Oö. Polizeistrafgesetz-Novelle 2014 – Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs sowie Verwendung personenbezogener Daten; Übertragung von Aufgaben an den Ordnungsdienst der Stadt Linz (OSL GmbH)

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, die Grüne-Gemeinderatsfraktion hat soeben erfreut festgestellt, auf einer Linie mit der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zu sein und betont, dass sie grundsätzlich sehr wirtschaftsfreundlich sei, man dort aber besonders sorgsam vorgehen müsse, wo es zusätzliche Kosten verursacht. Daher kommt dieser Antrag regelrecht wie gerufen.

Es geht beim Antrag I 1 darum, ohne weitere Zusatzkosten die Effizienz diverser Kontrollen der Aufsichtsorgane, nämlich konkret des Linzer Ordnungsdienstes in der Linzer Innenstadt zu verbessern. Nach der kürzlich durchgeführten Novelle des neuen Polizeistrafgesetzes ist es möglich, auf der einen Seite personenbezogene Daten von Bettlerinnen und Bettler zu verwenden und somit organisierte Bettlerbanden leichter auszuforschen und mit der Polizei besser zusammenzuarbeiten. Man kann diversen Belästigungen entgegentreten, die insbesondere in der Innenstadt immer wieder auftreten und dort bei den Innenstadtkaufleuten, aber auch bei Bewohnerinnen und Bewohnern und bei Touristinnen und Touristen für Unmut sorgen. Hier hat man eine bessere Handhabe seitens der Aufsichtsorgane.

Diese beiden Punkte erlaubt das neue Polizeistrafgesetz, das der Oö. Landtag vor kurzem mit Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen hat. Es geht darum, die Kompetenzen, die das Land Oberösterreich unserer Stadt Linz in die Hand gibt, umzusetzen und diese Instrumente in die tägliche Arbeit zu übernehmen, sodass es ohne weitere und zusätzliche Ausgaben zu einer Verbesserung kommen kann. Ziel ist es, dass es in Linz, vor allem in der Innenstadt, ordentlich und sauber zugeht, die Lebensqualität steigt und der Wirtschaftskraft, wie speziell Die Grünen hier betont haben, positiv gegenübergestellt wird.

In diesem Sinne stelle ich den Antrag, dass das Aufgabengebiet des Linzer Ordnungsdienstes um diese beiden Punkte erweitert wird.

Der Gemeinderat beschließe:

„In Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. April 2010 zur Errichtung des Ordnungsdienstes der Stadt Linz (OSL GmbH) werden im Sinne der Antragsbegründung ab sofort folgende zusätzliche Aufgaben des Ordnungsdienstes festgelegt:

„Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs‘ im Sinne des § 2 Abs. 1 Oö. Polizeistrafgesetz-Novelle

„Verwendung personenbezogener Daten‘ von Personen die betteln im Sinne des § 9a Abs. 1 Oö. Polizeistrafgesetz.‘

Für die Erweiterung der Aufgaben des Ordnungsdienstes für mehr Effizienz und mehr Zweckmäßigkeit im Einsatz und eine bessere Wirksamkeit der Aufsichtsorgane, wenn es um Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in Linz geht, bitte ich um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Mag. Pühringer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir hatten die Diskussion rund um das Betteln in Linz schon einige Male in diesem Haus. Ich mag nur kurz meinen und den Standpunkt der Grünen in dieser Sache wiederholen.

Grundsätzlich gehe ich davon aus - wenn man sich mit dieser Angelegenheit näher auseinandersetzt -, dass es ein Faktum ist, dass die meisten Menschen, die hier in Linz, in Österreich,

in Deutschland oder in anderen reicheren Ländern Betteln Menschen sind, die von Armut betroffen sind und die aus Osteuropa kommen. Sie sind in aller Regel organisiert. Sie bilden im Familienverband oder mit anderen Menschen, die sie kennen, Fahrgemeinschaften und kommen zu uns. Sie machen das nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil sie überhaupt keine Möglichkeit haben, in ihren Ländern nur irgendwie zu einem Einkommen zu kommen. Das ist meines Erachtens ein Faktum. Man will sich mit der Lage nie auseinander setzen. Sie können Expertinnen und Experten fragen.

Es gibt Gott sei Dank seit Winter diesen Jahres eine Einrichtung der Caritas, die sich genau um diese Menschen annimmt und eine Stelle für Armutsmigration geschaffen hat. Es ist meines Erachtens ein Faktum, dass das so ist.

Das, was in Linz und leider auch in anderen Städten sukzessive passiert, ist, dass das Grundrecht - mit Hilfe des Oö. Landtags und des Verfassungsgerichtshofes hat man festgehalten, dass es das Grundrecht auf Betteln gibt - sukzessive beschnitten wird. Der nächste Schritt ist, dass es im Landtag die Möglichkeit gibt, gewerbsmäßiges Betteln unter Strafe zu stellen, was die Grünen kritisiert haben. Wenn man weiß, wer die Menschen sind, die grundsätzlich Betteln kommen, ist das meines Erachtens ein Witz. Die kommen nicht, damit sie einmal Betteln und sind dann wieder weg und fahren wieder fort, sondern das sind Menschen, die längere Zeit da sein wollen und aus ihrer Armut und ihrem Leid herauskommen wollen. Es ist ganz sicher keine lustige Situation, dass man auf der Straße sitzt und stundenlang Betteln muss.

Die Frage ist, wie unsere Gesellschaft damit umgeht. Ich stelle fest, dass sich vermutlich das Abstimmungsverhalten heute nicht weiter verändern wird. Ich glaube, wir wären sehr wohl beraten, dass sich die ÖVP an ihre christlich-sozialen Wurzeln erinnert und die SPÖ könnte sich an ihre internationalistische Haltung erinnern. Also nicht die Augen zu machen und sagen, wir wollen das Betteln immer weiter aus unserer Stadt verbannen, sondern im Gegenteil, wir nehmen uns mit sozialarbeiterischen Mitteln dieses Problems an. Aber nicht dadurch, dass man immer schärfere Gesetze erlässt und jetzt auch den Ordnungsdienst darauf ansetzt, dieses gewerbsmäßige Betteln zu verfolgen. So wird das Problem grundsätzlich nicht aus der Welt geschafft. Wir verdrängen es vielleicht und die Menschen müssen dann woanders hinfahren, aber das Problem an sich bleibt bestehen.

Aus diesem Grund werden Die Grünen dieser Ausweitung der Kompetenzen für den Ordnungsdienst nicht zustimmen. Wir werden natürlich auch der Ausweitung der Kompetenzen für die Abwehr von Belästigung und Sicherung des Gemeingebrauchs nicht zustimmen. Das ist meines Erachtens ein Witz, was da in diesem Gesetz festgeschrieben ist. Es ist vollkommen unscharf definiert, was es bedeutet, dass in unzumutbarer Weise Menschen belästigt werden. Wer soll definieren, was das ist.

In einer Erläuterung zum Gesetz ist das als Punk-Paragraph titulierte worden, also das weist schon in die Richtung hin. Man will Menschen, die einem nicht so gut zu Gesicht stehen, von der Straße und vom öffentlichen Raum weghaben. Der öffentliche Raum gehört uns grundsätzlich allen und daher werden wir uns dagegen aussprechen, dass der Ordnungsdienst zusätzliche Befugnisse bekommt und das durchsetzen kann. Von den Grünen gibt es in beiden Fällen eine Gegenstimme.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Leidenmühler:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Sicherheitsstadtrat als Antragsteller, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die SPÖ hat sich in diesem Haus für die Erweiterung des landesgesetzlichen Bettelverbotes und des gewerbsmäßigen Bettelns eingesetzt. Damit

diese neue Bestimmung jetzt ordentlich vollzogen werden kann, ist es wichtig, dass die Polizei und der Ordnungsdienst personenbezogene Daten verwenden können, daher findet dieser Teil unsere Zustimmung.

Es ist aber so, dass wir es nicht als zielführend erachten, den Ordnungsdienst zur Abwehr von Belästigungen und zur Sicherung des Gemeingebrauchs einzusetzen, weil das für uns eine ganz klare sicherheitspolizeiliche Aufgabe ist, die ausschließlich von der dazu ausgebildeten Polizei vollzogen werden soll. Da gibt es jetzt keinen Widerspruch zur Landes-SPÖ, weil der Entwurf, der vom ressortzuständigen Landeshauptmann-Stellvertreter Entholzer gemacht worden ist, ausschließlich die Polizei zum Vollzug dieses Gesetzes vorgesehen hat und das macht Sinn. Wir sind nicht gegen diesen Paragraphen an sich, aber wir sehen ihn, was die Vollziehung angeht, bei der Polizei besser aufgehoben.

Daher beantrage ich eine getrennte Abstimmung. Wir werden der Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs als neue Aufgabe des Ordnungsdienstes nicht zustimmen. Wir werden aber natürlich der Verwendung personenbezogener Daten von Personen die betteln, zustimmen, damit dieses gewerbsmäßige Betteln entsprechend verfolgt werden kann. Ich bitte um getrennte Abstimmung.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Spannring:

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte kurz noch einmal verdeutlichen, dass es in den letzten Monaten oft Diskussionen wegen der auf der Landstraße vorhandenen Bettler, Punks usw. gegeben hat. Es hat hier viele Bewegungen in die eine oder andere Richtung gegeben, sowohl von Geschäftsleuten, als auch von Interessensvertretern, aber auch von Passantinnen und Passanten, von Medien und der Exekutive usw.

Auf den Punkt gebracht, mindestens zwei Parteien da herinnen, nämlich die ÖVP und die FPÖ - wenn ich es richtig verstanden habe und da bin ich mir ganz sicher -, wollen dem städtischen Ordnungsdienst, der aus unser aller Steuergeldern finanziert wird, die Befugnis geben, die Punks wegzuweisen. Ich sage das ganz klar, weil das immer so in der Diskussion war. Mindestens zwei Parteien in diesem Haus, die SPÖ Linz mit Bürgermeister Luger an der Spitze und Die Grünen sind dagegen, dass der Ordnungsdienst diese Aufgabe wahrnehmen kann. Das möchte ich der Klarheit halber noch einmal so festhalten. (Zwischenruf)

Der Bürgermeister stimmt zu, das freut mich. (Zwischenruf) Danke vielmals, Herr Bürgermeister. Ich habe es nicht von Ihnen gelernt, ich habe es schon vorher gekonnt. Die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes müssen also aufgrund der Ablehnung der SPÖ und der Grünen weiterhin tatenlos an den Punks vorbeigehen. (Zwischenruf) Bitte melde dich nachher zu Wort, Gerda, ich habe dir auch zugehört. Es heißt immer, das würde zu einer Verdrängung oder Verlagerung des Problems führen. Ich sage Ihnen allen, ja, wir verdrängen lieber die Punks, als die Passanten und die Geschäfte von der Landstraße.“ (Beifall ÖVP, FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich fühle mich dem Grundsatz verpflichtet, nicht die Armen, sondern die Armut zu bekämpfen. Dazu braucht es meiner Ansicht nach sozialpolitische Instrumente und keinesfalls Kriminalisierung und teure Stadtwachen und dergleichen mehr.

Ich verfolge mit großer Sorge die zunehmende Entwicklung in der Gesellschaft, die zunehmende Intoleranz, die Tendenz zu kriminalisieren und die abnehmende Toleranz gegenüber

Menschen, die nicht so leben wollen, wie der Mainstream. Das ist etwas, was in mir Besorgnis erregt und was ich keinesfalls unterstützen möchte. Für mich gehört die Stadt allen Menschen und nicht alleine denjenigen, die die Taschen voller Geld haben. Dass wir die Stadtwache von Anfang an als Instrument der Law and Order-Politik abgelehnt haben, ist kein Geheimnis. Damit ist es klar, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden, weil wir nicht der Meinung sind, dass die Stadtwache noch zusätzliche Befugnisse braucht. Danke schön.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Eilmsteiner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich möchte zu dem einen Punkt vom Kollegen Spannring mitteilen, dass eine Wegweisung nur nach dem Sicherheitspolizeigesetz möglich ist und ein Sicherheitspolizeigesetz kann nur die Polizei vollziehen. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Spannring:

„Sehr geehrte Damen und Herren, ich zitiere § 2 des Oberösterreichischen Polizeistrafgesetzes, Abwehr von Belästigungen und Sicherung des Gemeingebrauchs: ‚Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und Aufsichtsorgane nach § 1 b können Personen anweisen, folgendes Verhalten einzustellen oder wenn das nicht zweckmäßig ist, den öffentlichen Ort unverzüglich zu verlassen.‘ Wir können uns jetzt gerne auf eine Diskussion einlassen. Wenn du das polizeiliche Wegweisen gemeint hast, mögest du Recht haben. Ich habe es im Allgemeinen in einem für die Bürger verständlichen Sprachgebrauch verwendet. Ob wegweisen oder verlassen ist für den Nichtexekutivbeamten relativ dasselbe. Danke schön.“ (Beifall ÖVP, FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Wimmer:

„Vielen Dank, ich beginne einmal mit dem Positiven. Dass die Verwendung personenbezogener Daten funktioniert, ist sicherlich eine gute Sache im Sinne der Effizienz des Abgleichs. Hier gibt es eine Fraktion, die gleich drei Parteien im Landtag unterstellt, ein Gesetz für die Luft gemacht zu haben, weil es angeblich keine organisierte Bettelei gäbe. In der gleichen Wortmeldung der Grünen-Fraktion wurden dann aber wieder Beispiele gerade für organisiertes Betteln gebracht. Das spricht für sich. Es ist umso positiver, dass mit diesem Beschluss heute eine Verbesserung der Handhabe getroffen wird.

Es ist weniger positiv, dass sich wieder einmal abzeichnet, dass Fortschritte zwar in die richtige Richtung gehen, aber das nur relativ langsam vonstattengeht, wie das bekanntlich schon des Öfteren beim Ordnungsdienst der Fall war. Ich freue mich zwar, wenn es da oder dort schon Entwicklungen in die richtige Richtung gegeben hat. Es war aber sehr mühsam und dauerte zum Teil über Jahre, bis im Sinne der Bettelei eine bessere und effizientere Vorgehensweise möglich ist. Vielleicht wird es hier ähnlich sein.

Wie es bereits die Wortmeldung von Gemeinderat Spannring aufgezeigt hat, kennen zumindest Teile der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die gesetzlichen Möglichkeiten offenbar noch nicht im Detail. Das lässt die Chance offen, dass man sich das Gesetz noch etwas genauer ansieht. Vielleicht ähnlich, wie bei der illegalen Bettelei mit einigen Monaten Bedenkzeit. Vielleicht wird dann im kommenden Jahr diesem Gesetz doch die Zustimmung erteilt, was die praktische Umsetzung betrifft. Denn Hand aufs Herz, was bringt es, in Gesetzen irgendwelche wunderbaren Möglichkeiten zu schaffen, die wichtig und effizient wären, die für das eingesetzte Geld einen guten Effekt bringen würden, wenn man dann in der praktischen Umsetzung nicht

den Mut hat, das zu machen und glaubt, aus ideologischen oder weltfremden Gründen Dinge ablehnen oder blockieren zu müssen. Hier hoffe ich noch auf eine Verbesserung.

Eine kleine Verbesserung sieht man auch bei den Grünen. Wenigstens kommt die innere Logik heute wieder einmal ans Licht. Was meine ich mit der inneren Logik. Ihre Wortmeldung hat zu meiner Überraschung einen logischen Punkt enthalten. Es ist nämlich aus Ihrer Sichtweise durchaus logisch, dem Ordnungsdienst nicht mehr Befugnisse zu geben, denn sie werden sonst nicht müde, den Ordnungsdienst für seine mutmaßlich wenigen Befugnisse zu kritisieren. Insofern das grüne Doppelspiel. Einerseits prangern sie an, dass hier zu wenig gemacht werden könne, andererseits verhindern sie - denn mit ihren Stimmen wäre eine Mehrheit da -, dass die Befugnisse mehr werden, damit sie dann nachher im Wahlkampf 2015 wieder fabulieren können, wie wenig Befugnisse der Ordnungsdienst hätte. Hier wird ein gewisser Teufelskreis aufgezeigt, aber keine Sorge.

Wenn die KPÖ abschließend im Majestätsplural davon spricht, dass wir, wer immer ‚wir‘ ist, die Armut bekämpfen wollen, dann sage ich eines: Zur Bekämpfung der Armut ist es sehr wichtig, dass die Gewerbetreibenden der Innenstadt Steuern zahlen und hiermit unser Stadtbudget auffetten, denn dieses Geld fließt dann in der Stadt Linz zu einem sehr, sehr großen Teil in Sozialleistungen. Deshalb sollten wir den Wirtschaftsstandort Linz gut fördern, damit es Einnahmen gibt, die man dann an echte Bedürftige verteilen kann. In diesem Sinne ersuche ich beiden Punkten des Antrags zuzustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag getrennt nach Punkt 1 und Punkt 2 abstimmen.

Der Punkt 1 des Antrages wird bei **Stimmenthaltung der SPÖ-Fraktion (25) sowie bei Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen (7) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Punkt 2 des Antrages wird bei **Gegenstimmen der Fraktion Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

J FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992

Gemeinderat Haydtner berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 1 Statusbericht und Zukunftskonzept E-Mobilität

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, beim vorliegenden Antrag geht es auch um eine Effizienzsteigerung der vorhandenen Ressourcen und Schonung der Ressourcen in anderen Bereichen.

In der Aussendung des Verkehrsclubs Österreich (VCÖ) mit dem Titel ‚Infrastrukturen für zukünftige Mobilität‘ wird Folgendes festgehalten: ‚E-Mobilität ist umfassend zu sehen. Vom öffentlichen Verkehr mit U-Bahnen, Straßenbahnen und elektrisch betriebene Personenzügen über E-Autos, E-Busse, E-Transporter bis zu E-Fahrrädern und E-Mopeds.‘ Darin wird insbesondere auf die ökologischen Vorzüge der Elektromobilität hingewiesen. Ich zitiere: ‚E-PKW emittieren lokal keine Schadstoffe und wenig oder kein Kohlendioxid, wenn Sie mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben werden. Elektroantriebe sind dreimal so

effizient, wie herkömmliche Verbrennungsmotoren. Die Kohlendioxidbilanz verbessert sich und die Abhängigkeit von Erdölimporten sinkt.'

Der VCÖ fordert zur Forcierung der Elektromobilität einen umfassenden und nachhaltigen Ansatz in Form der Einplanung von Infrastruktur für E-Mobilität in neuen Wohn- und Bürogebäuden. Der Aufbau eines Netzwerks an Ladestationen in Wohn- und Bürohäusern und der Aufbau eines Sicherheitsnetzes in Form von Schnell-Ladestationen sowie die Einrichtung sicherer Abstellanlagen für E-Bikes bei Haltestellen und Bahnhöfen wird gefordert. Radleihsysteme in Carsharingstationen bei Haltestellen und Bahnhöfen sollen eingerichtet werden und an der fortschreitenden Elektrifizierung des öffentlichen Verkehrs soll gearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, wie sieht die Situation in Linz aus? Zum Entwicklungsstand der E-Mobilität in Linz heißt es in einer Presseaussendung der Umweltreferentin vom 14. Jänner 2011 unter anderem: ‚Die ExpertInnen der Stadt Linz und der Linz AG erarbeiten gerade die Rahmenbedingungen für künftige Fördermodelle der E-Mobilität in der Stadt.‘ Inzwischen sind fast vier Jahre vergangen.

Ich habe durch meine Tätigkeit im Gemeinderat und im Ausschuss die Experten kennengelernt, ich weiß, wo sie effizient und rasch arbeiten können. Also muss der Knopf irgendwoanders liegen, dass dieses Fördermodell noch nicht vorliegt. Man weiß, dass den Grünen die Mobilität an sich nicht geheuerlich ist, außer man fährt mit Fahrrädern. Es ist aber nicht einzusehen, dass im elektronischen Bereich immer neue Felder erschlossen werden, wie zum Beispiel WLAN in Badeanstalten und entlang der Straßenbahn und in der Stadt Linz die E-Mobilität ins Hintertreffen gerät. Es geht doch um die Linzer Luft, wie ich schon angeführt habe, und um die Gesundheit der Linzer Bevölkerung. Die unterzeichneten Gemeinderäte stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

‚Das für Umweltangelegenheiten und das für das Verkehrswesen zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenats werden ersucht, dem Gemeinderat ehestmöglich ein gemeinsames Konzept vorzulegen, das den derzeitigen Stand der Elektromobilität in der Stadt Linz genauso darlegt, wie die mittel- bis langfristigen Zielsetzungen und die beabsichtigten Maßnahmen, um diese Zielsetzungen zu erreichen. Dabei soll der Sektor Elektromobilität in den verschiedenen Segmenten bewertet und dargelegt werden - vom Fahrrad über Roller und vierspurige Kraftfahrzeuge bis hin zu den nicht schienengebundenen Fahrzeugen der Linz Linien.‘

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Vizebürgermeisterin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte KollegInnen, ich gebe dem Kollegen Haydtner Recht. Im Antragstext steht, E-Mobilität ist umfassend zu sehen. Es ist tatsächlich so, dass zum Thema E-Mobilität eine Fülle von Ideen, eine Fülle von Neuentwicklungen, Konzepten und Maßnahmen vorliegen, die regelmäßig diskutiert werden. Ich erspare Ihnen jetzt, weil dieses Thema tatsächlich ein kontinuierlicher Prozess ist, eine exemplarische Aufzählung von Maßnahmen, die schon festgelegt bzw. die schon umgesetzt worden sind.

Ich schlage vor, dieses Thema näher zu beraten und näher darüber zu informieren. Weisen wir dieses Thema dem Verkehrs- und dem Umweltausschuss zu, damit wir alle Themenstellungen, die wir schon in der Umsetzung und noch in Planung haben, tatsächlich beraten können. Ich ersuche daher um Zustimmung.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Walcher:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, auch wir sind der Meinung, dass man diesen Antrag am besten im Verkehrsausschuss berät.

Zum Inhaltlichen: Man hat das Gefühl, dass wir hier von der Infrastruktur in der Landeshauptstadt Linz ein bisschen hinterher hinken. Nur ein Beispiel: In einer Wohnanlage, die jetzt noch nicht einmal 15 Jahre alt ist, ist es in der Tiefgarage nicht erlaubt, mit Elektrofahrzeugen einzufahren. Es würde in der Tiefgarage keine Möglichkeit bestehen, ein Elektrofahrzeug zu laden. Hier ist der Bauträger gefragt, die Wohnbauförderungen neu zu überdenken, ob man hier nicht in Tiefgaragen Ladestationen für Elektrofahrzeuge einbauen sollte.

Wie gesagt, es schadet nicht, all diese Faktoren zu sammeln, zu überdenken, zu diskutieren und anschließend Maßnahmen zu setzen. Daher ja zu einer Diskussion im Ausschuss.“
(Beifall FPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Frau Gemeinderätin Walcher, es ist mir neu, dass es Tiefgaragen gibt, wo man mit Elektrofahrzeugen nicht einfahren kann. Was mich nicht verwundert ist, dass in einer 15 Jahre alten Tiefgarage keine Ladestation vorgesehen ist. Die Technologie der Elektromobilität war vor 15 Jahren noch in der Schublade. Ursprünglich war die Elektromobilität im Individualverkehr auf dem Markt und ist dann schubladisiert worden. Es gibt verschiedene Thesen, warum das so ist. Aber es ist klar, vor 15 Jahren war die Elektromobilität, was die Alltagstauglichkeit betrifft, noch nicht so weit. Das hat sich erst in den letzten, ich würde sagen, vier Jahren tatsächlich etwas weiterbewegt.

Mit heutigem Stand sind in Linz tatsächlich 29 E-Personenkraftwagen angemeldet - nicht 29.000 oder was auch immer. Das heißt, es ist aus meiner Sicht wahrscheinlich nicht ganz zielführend, dass man jetzt jede Tiefgarage nachrüstet. Dass es grundsätzlich möglich ist, zeigt das Beispiel Neues Rathaus, wo wir in der Tiefgarage eine Ladestation haben.

Herr Gemeinderat Haydtner, es ist richtig, dass ich 2011 gesagt habe, dass es diese Arbeitsgruppe gibt und geben wird. Mittlerweile kann ich sagen, es gibt diese Arbeitsgruppe und da ist sehr viel bewegt worden. Die Ladestationen sind beständig ausgebaut worden. Es hat eine Aktion mit der Linz AG gegeben, wo man Jugendliche motivieren wollte, gleichzeitig auf die Elektromobilität Straßenbahn und auf Roller einzusteigen. Das wurde auch sehr gut angenommen. Das sind jetzt nur zwei kleine Beispiele. Es wäre ein bisschen viel, alles vorzulesen, was da passiert ist.

Ich habe überhaupt nichts dagegen, es ist ihr demokratisches Recht, ich bin froh, dass wir die Gelegenheit haben, hier im Gemeinderat zu thematisieren, dass da sehr wohl sehr viel passiert. Sie wissen, dass ich immer gerne bereit bin, im Ausschuss einen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Da hat es schon viele Beispiele gegeben, da verwehre ich mich nie. Ich befürworte den Vorschlag der Kollegin Hörzing, das in beiden Ausschüssen zu diskutieren. Ich würde vorschlagen, das vielleicht in einer gemeinsamen Sitzung zu machen, damit die zuständigen Fachleute nicht alles doppelt erzählen müssen und wir uns gemeinsam überlegen, ob es noch Handlungsbedarf gibt. Ich habe nichts dagegen, dass wir da gemeinsam weiterdenken, ganz im Gegenteil, ich befürworte, dass wir das diskutieren.

Eine Illusion möchte ich gleich nehmen, was nämlich die Luftverbesserung betrifft. Wie gesagt, die Elektromobilität hat sich im Privaten noch nicht so durchgesetzt, dass man jetzt sagen kann, dass wäre irgendwie eine relevante Größe. Was gerade die Feinstaubwerte betrifft - das ist einer der Hauptschadstoffe in städtischen Ballungsräumen -, leistet die

Elektromobilität keinen wesentlichen Faktor zur Verbesserung. Mittlerweile produzieren auch Verbrennungsmotoren immer weniger Feinstaub, sodass der Hauptfeinstaub bzw. die Hauptfeinstaubproduktion im Individualverkehr mittlerweile der Reifenabrieb ist.

Ich bin der Elektromobilität, wie vielen anderen modernen Technologien, alles andere als abgeneigt. Daher versuchen wir ständig am Ball zu bleiben und Vorkehrungen zu treffen, dass wir langfristig nichts versäumen. Ich freue mich, wenn wir das in einer gemeinsamen Ausschusssitzung in aller Tiefe behandeln, erörtern und überlegen, ob es einen weiteren Handlungsbedarf gibt oder ob momentan die Ist-Situation angesichts der Tatsache, dass 29 E-Personenkraftfahrzeuge in Linz angemeldet sind, ausreicht, oder ob es notwendig ist, dass wir da etwas machen. Ich bin gerne bereit, das gemeinsam entsprechend zu erörtern.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Haydtner:

„Ich freue mich über die breite Zustimmung. Wir sind einverstanden, dass wir den Antrag den beiden Ausschüssen zuweisen, denn, ich glaube, eine breitere Basis an Fachleuten können wir uns gar nicht vorstellen. Die Beziehung von Fachleuten wäre im Gemeinderat gar nicht möglich. Somit ersuche ich um Annahme des Antrages. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung und dem Verkehrsausschuss zugewiesen.**

Gemeinderätin Kaltenhuber berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 2 Barrierefreiheit bei Linzer Wahllokalen

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, leider gibt es in Linz - trotz des in Artikel 7 Bundes-Verfassungsgesetz normierten Diskriminierungsverbotes - nach wie vor zahlreiche Wahllokale, die nicht behindertengerecht ausgestattet bzw. nicht barrierefrei erreichbar sind. Lediglich als Beispiel sollen in diesem Zusammenhang die in der Goetheschule bzw. zwei in der Pfarre St. Leopold untergebrachten Wahllokale hier genannt werden.

Die Wahlfreiheit, ob eine Briefwahl beantragt wird oder ob das Stimmrecht vor Ort in der Wahlzelle ausgeübt wird, soll für körperlich beeinträchtigte Menschen in Linz uneingeschränkt gelten. Daher stellen wir folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

,1. Der Bürgermeister wird ersucht, die zuständigen Dienststellen des Magistrates Linz zu beauftragen, umgehend einen Statusbericht zu erstellen, aus dem hervorgeht, welche Wahllokale in Linz bislang nicht barrierefrei zugänglich sind bzw. bislang nicht behindertengerecht ausgestattet werden konnten.

2. Darauf aufbauend soll ein Umsetzungskonzept erstellt werden, das darauf abzielt, dass alle Wahllokale in Linz bei der Gemeinderats-, Landtags- und Bürgermeisterwahl im Herbst nächsten Jahres barrierefrei zugänglich bzw. behindertengerecht ausgestattet sind.

Die Bedeckung diesbezüglich anfallender Kosten sind durch Umschichtungen im laufenden Budget bzw. durch Berücksichtigung im Voranschlag 2015 sicherzustellen.'

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Klitsch:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Waltraud, es ist richtig, es gibt speziell in der Linzer Innenstadt jede Menge Gebäude, die nicht behindertengerecht sind. Da nehmen wir die ganze Innenstadt dazu, also nicht nur die Goetheschule oder die Pfarre St. Leopold.

Man muss aber dazusagen, dass seitens der Stadt Linz in den letzten Jahren schon sehr, sehr viel passiert ist, was die Umgestaltung und die Zugänglichkeit der Lokale anbelangt. Die Stadt Linz überprüft das wirklich regelmäßig und konsequent und tut da sehr viel. Exemplarisch für die Goetheschule kann ich mich noch erinnern, dass es vor vielen, vielen Jahren bei der Goetheschule noch nicht einmal einen ordentlichen großen Eingang gegeben hat. Da ist man noch beim Seiteneingang hineingegangen. Es hat noch nicht einmal ein Stiegengeländer gegeben, wo man sich festhalten hätte können, und, und, und. Es ist wirklich sehr, sehr viel passiert, die Gebäude wurden adaptiert und für behinderte Menschen zugänglich gemacht. Teilweise ist es leider Gottes nicht immer möglich, weil es Altbauten sind, die man nicht irgendwie umbauen kann und es gibt viele Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen. Das heißt, da kann man nicht alles niederreißen, weil es teilweise baulich sehr, sehr schwierig ist.

Grundsätzlich sehen wir den Bedarf, dass man weiterhin überlegen und überprüfen muss, wie weit man das verbessern und evaluieren kann, wie man den Menschen den Zugang noch besser ermöglichen kann, damit die Linzerinnen und Linzer mit eingeschränkter Mobilität die Möglichkeit haben, zu wählen.

Auf der anderen Seite muss man sagen, dass sich die Stadt Linz hier im Gemeinderat sehr, sehr oft mit dem Thema Barrierefreiheit beschäftigt hat. Wir haben es nicht nur jetzt bei Wahllokalen und Schulen gehabt, sondern auch bei unzähligen Anträgen, bei Wohnbauten, bei Seniorenheimen und, und, und. Der Linzer Gemeinderat hat sich immer einstimmig für diese ganze Thematik ausgesprochen und sich damit auseinander gesetzt. Warum dieser Antrag jetzt so als Zuruf von der ÖVP kommt, verstehen wir nicht. Die Stadt Linz ist wirklich immer dahinter, dass die Gebäude toll umgebaut werden und dass man den Menschen die Möglichkeit des barrierefreien Zugangs bietet. Das heißt, wir sehen keine Notwendigkeit für diesen Antrag. Das ist eigentlich ein ‚No-na-ned-Antrag‘.

Nichtsdestotrotz liegt uns sehr am Herzen, dass wir allen Linzerinnen und Linzern den Zugang ermöglichen, darum werden wir dem Antrag zustimmen. Wir möchten aber noch einmal darauf hinweisen, dass der Staat Österreich aufgrund der Tatsache, dass manche Gebäude schwierig zu erreichen sind, eine Briefwahl eingeführt hat. Damit wird jedem Menschen die Teilnahme an der Wahl ermöglicht und so soll es bleiben. Das Wichtigste in der Demokratie ist, dass die Menschen überhaupt wählen können. Aber, wie gesagt, wir stimmen dem Antrag zu. Wir sind natürlich dafür, dass man sich weiterhin in dieser Richtung Gedanken macht.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Rockenschaub:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle, die in der Bezirkswahlbehörde sitzen, kennen dieses Problem aus jeder Sitzung dieser Wahlbehörde.

Das ist bei der großen Anzahl von Wahllokalen, die wir in Linz haben, nicht verwunderlich. Wir haben insgesamt 264 Wahlsprengel. Davon sind 244 so genannte normale Wahllokale, die anderen sind die mobilen Wahlbehörden. Und diese 244 sind in 143 Gebäuden untergebracht, wovon 93 weitgehend barrierefrei sind. Das heißt, das sind in etwa 67 Prozent.

Zum rechtlichen Hintergrund: In diesem Fall gilt die Nationalratswahlordnung und die sagt, dass es pro Gemeinde ein barrierefreies Lokal geben muss, in Wien pro Bezirk ein Lokal. Das heißt, dass wir Gott sei Dank sehr weit über dieser Zahl liegen. Linz hat insgesamt eine sehr hohe Dichte an Wahllokalen, was sehr bürgerfreundlich ist. Es kommt zu diesen Problemen, weil es sehr viele Objekte gibt, die sich nicht im Besitz der Stadt befinden und die Stadt keinen Einfluss darauf hat, dass sie barrierefrei adaptiert werden. Die Stadt macht dies bei ihren Objekten nach Möglichkeiten. Es geht nicht überall, das ist teilweise finanziell sehr schwierig. Wo es geht, wird die Adaptierung sukzessive gemacht. Leider gibt es nicht immer die Möglichkeit, in geeignete Lokale auszuweichen. Und wenn, dann ergeben sich dadurch oft längere Wege oder man muss in einem Stadtteil überhaupt auf ein Wahllokal verzichten, weil es diesen Anforderungen nicht entspricht.

Das Beispiel von der Pfarre St. Leopold ist so ein Wahllokal. Die Wahllokale, die jetzt im ersten Stock sind, waren in der Hagendiele, die wegen des Neubaus der Bruckneruniversität weg musste. Wer die Gegend kennt, weiß, dass es dort eigentlich keine Möglichkeit gibt. Es gibt dort keine öffentlichen Gebäude mehr, Lokale oder sonst etwas, wo man Wahllokale unterbringen kann. Das wird sich hoffentlich ändern, wenn die Universität fertig ist. Wir sind darüber natürlich auch nicht sehr glücklich. Alle ebenerdigen Räume der Pfarre sind bereits mit den anderen Wahllokalen voll, die vorher schon dort waren.

Die Stadt Linz bietet seit Längerem durch dementsprechende Beschlüsse in der Bezirkswahlbehörde seinen Bewohnerinnen und Bewohnern die Möglichkeit, mit Wahlkarten in jedem Wahllokal zu wählen. Das heißt, es gibt dann die Möglichkeit für Menschen, die Probleme in der Mobilität haben, in Lokale auszuweichen, wo sie ohne fremde Hilfe und wählen gehen können. Das ist natürlich kein Idealzustand. Unser Ziel ist das gleiche, wie das Ziel der AntragstellerInnen für diesen Antrag, in allen Wahllokalen Barrierefreiheit zu haben. Das ist noch nicht 100-prozentig. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag auch zustimmen.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Roschger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, die Kollegin Rockenschaub hat jetzt viel vorweggenommen. Ich denke, dass die, die in der Wahlbehörde sitzen, wie du gesagt hast, Erika, sehr genau wissen, dass vor allem die Leitung der Wahlbehörde und die MitarbeiterInnen extrem bemüht sind. Denen ist es tatsächlich ein Anliegen, diese Barrierefreiheit für die Wahllokale, so wie es irgendwie möglich ist, herzustellen. Das steht außer Frage.

Außer Frage steht für uns aber natürlich auch, dass es Ziel sein muss, die Wahllokale, die es gibt - kurzfristig wird es bei ganz vielen Gebäuden nicht gehen -, mittel- oder langfristig tatsächlich barrierefrei zu gestalten.

Ich habe mich eigentlich deswegen zu Wort gemeldet, weil die Kollegin Klitsch gesagt hat, die Stadt Linz baut alles so toll um. Da habe ich mir gedacht, ganz so stimmt das nicht. Es stimmt schon, dass wir uns da herinnen sehr oft mit Barrierefreiheit beschäftigen. Tatsache ist aber, dass das in der Praxis und auch bei neuen Gebäuden dann oft nicht so ist. Man darf das nicht nur schön reden.

Ich denke, es gibt schon das Bemühen, aber in der Praxis ist es oft so, dass das dann nicht funktioniert. Es gibt Lufte, wo man zwei Hände braucht, z.B. zum Schlüssel umdrehen

und drücken usw. Man muss immer daran denken, Barrierefreiheit ist etwas, was für die Lebensqualität aller hilfreich, gut, wünschenswert und erstrebenswert ist. Auch mit einem Kinderwagen ist man viel leichter und gemütlicher unterwegs, wenn die Wege und die Räume, die man braucht, barrierefrei zu erreichen sind. Es geht nicht nur um Beeinträchtigung. Ich glaube, wir müssen daran denken, dass für uns alle das Leben einfacher ist, wenn die Wege barrierefrei sind.

Im Antrag steht, dass man die Wahllokale bis zur Gemeinderatswahl barrierefrei zugänglich macht. Ich glaube nicht, dass das schaffbar ist, noch dazu, weil gut die Hälfte der Gebäude, in denen Wahllokale sind, nicht der Stadt gehören. Da haben wir gar nicht die Möglichkeit direkt zuzugreifen. Wir sind natürlich dafür, dass die Bemühungen fortgesetzt werden. Ich bin jetzt in dem Fall Realistin. Ich glaube nicht, dass wir das alles bis nächstes Jahr schaffen, aber die Bemühungen werden in diese Richtung gehen.

Und nun zu der Liste. Man findet eine Liste, welche Lokale barrierefrei sind. Vor Wahlen sind diese Lokale von der Stadt selbst auf der Internetseite der Stadt Linz angeführt. Momentan findet man sie über das Bundesministerium. Von der Europawahl ist diese Liste noch einsehbar. Es ist eine wunderbare Liste aller Wahllokale in Österreich, wo angekreuzt ist, barrierefrei ja oder nein und wie lange die Wahllokale offen haben. Also man kann das schon noch finden. Das ist für die Verwaltung kein zusätzlicher Aufwand, weil es diese Listen schon gibt, wir brauchen sie nur zur Verfügung zu stellen.

Zu den Bemühungen, dass man das bis nächstes Jahr schafft, ist aber ein bisschen eine Skepsis vorhanden. Aber vielleicht bringt uns das wieder ein paar Schritte näher, dass wir bei uns barrierefrei zugängliche Wahllokale haben. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Bürgermeister Luger:

„Ich darf aus meiner Sicht noch festhalten, dass ich alles tun werde, um die sich abzeichnende Annahme dieses Antrages möglichst gut umzusetzen. Es ist völlig klar, dass es schwierig ist, die Barrierefreiheit in allen Wahllokalen zu schaffen, aber das Ziel ist ein solches und das nehme ich gerne mit.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Kaltenhuber:

„Ein paar Worte dazu, warum wir gerade jetzt diesen Antrag stellen. Erstens einmal ist es Sache des Gemeinderates, sich mit diesen Themen auseinander zu setzen, wie du, Ute, das schon bemerkt hast. Es ist wichtig, das ist unsere Verpflichtung. Wir sagen, es ist ein Jahr vor der Wahl und wir wollen der Stadt noch diese Zeit geben, um handeln zu können. Es ist schon möglich, mit Kreativität, Einsatz und Ideenreichtum Alternativen zu suchen, denn jedes Hindernis, um zur Wahl gehen zu können, ist ein Hindernis zu viel.“

Frau Kollegin Rockenschaub, wenn es nur ein Wahllokal gibt, das barrierefrei vorgeschrieben ist, ist das ein Mindestanforderung. Mit dem brauchen wir uns, glaube ich, in Linz nicht zufriedengeben, das kommt für uns überhaupt nicht in Frage. Wir sind den Menschen, die beeinträchtigt sind, schuldig, dass wir uns darum kümmern. Ich höre, dass die Bemühungen einsetzen und wir freuen uns, wenn dieses Problem gelöst wird. Ich finde es gut, dass alle diesem Antrag zustimmen.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Bürgermeister Luger übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Forsterleitner.

Bürgermeister Luger verlässt die Sitzung um 16.27 Uhr.

Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Manhal berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 3 Zeitplan Eisenbahnbrücke und Koordination bezüglich Sanierung Voest-Brücke

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, vor wenigen Wochen wurde die Lösung für eine neue Donaubrücke präsentiert. Unsere Position als ÖVP ist seither nach wie vor die gleiche, wir stehen zur Eisenbrücke, wir stehen für den Erhalt. Und zwar deswegen, weil sie ein Wahrzeichen ist, weil sie ein Teil der Stadtidentität ist und weil sie zum historischen Erbe von Linz gehört, genauso wie die Dreifaltigkeitssäule, genauso wie die Pöstlingbergkirche, genauso wie die Bergbahn.

Wir stehen aber auch aus Kostengründen zur Eisenbahnbrücke, weil der Erhalt und die Errichtung einer Entlastungsbrücke kostengünstiger ist, als der Abriss und der Totalneubau. Es hat sich in den letzten Wochen eine vollkommen neue Dimension aufgetan, die unabhängig davon ist, wie man zur neuen Donaubrücke steht.

Es ist nämlich Tatsache, dass die Eisenbrücke offensichtlich bis zum Jahr 2016 abgerissen werden muss und die Verkehrsfreigabe für die neue Donaubrücke erst im Jahr 2020 realistisch ist. Die verschärfte Problematik, die dabei droht, nämlich ein vierjähriges Brückenvakuum zu haben, ist die Sanierung der Voest-Brücke.

Wir alle wissen, 2017 bis 2019 werden Bypass-Brücken errichtet, um dann in weiterer Folge die Voest-Brücke zu sanieren. Es ist also möglich und durchaus realistisch, dass auch noch die Voest-Brücke nur eingeschränkt befahrbar ist. Und man darf nicht vergessen, dass die Nibelungenbrücke verbreitert werden soll. In diesem Zusammenhang ist aufgrund der Bauarbeiten mit einer teilweisen Sperre zu rechnen. Es kann also möglich sein, dass es zwischen 2016 und 2020 Zeiträume gibt, wo wir in Linz keine einzige Brücke haben, die uneingeschränkt befahrbar ist.

In diesem Zusammenhang stellen sich für uns daher viele Fragen. Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, der wie folgt lautet:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die städtische Verkehrsreferentin, Frau Vizebürgermeisterin Karin Hörzing, wird beauftragt, umgehend

1. den von ihr definitiv angedachten Zeitplan zu den Behördenverfahren und der Errichtung der neuen Donaubrücke am Standort der jetzigen Eisenbahnbrücke vorzulegen. Dabei soll insbesondere hervorgehen, inwieweit eine zeitliche Abstimmung mit der ASFINAG in Bezug auf die Sanierung der Voest-Brücke bzw. die Errichtung der Bypass-Brücken erfolgt.

2. die Konzeption der sich während der Planungs- und Bauzeit der neuen Brücke(n) verändernden Verkehrsflüsse offenzulegen.‘

Ich bitte um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor.

Gemeinderat Fadl:

„Geschätzter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ein ganz kleines bisschen muss ich schmunzeln, nicht beim Antrag, sondern bei der Einleitung der Kollegin. Das Einzige, was mir noch gefehlt hat, ist der Westring. Er ist wahrscheinlich zu diesem Zeitpunkt - der beginnt auch mit dem Brückenbauwerk – auch noch eine Baustelle.

Aber Scherz beiseite. Ich rate, dass man den Antrag ordentlich im Verkehrsausschuss besprechen soll. Das ist selbstredend, das ist wichtig, weil es darum geht, dass es keine Informationsdefizite bei den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten geben sollen.

Was meine ich damit. Sie schreiben in Ihrer Pressearbeit 14.000, 15.000 PKW Individualverkehr. Es ist aber nicht nur der Individualverkehr, der über die desolaten Eisenbahnbrücke fährt, sondern auch der öffentliche Verkehr. Wir mussten leider, weil diese Brücke so defekt ist, diesen öffentlichen Verkehr schon öfters umleiten. Es hat schon des Öfteren Brückensperren gegeben. Dieser Bereich des öffentlichen Verkehrs wurde im Aufsichtsrat der Linz Linien, wo von euch auch Vertreter drinnen sind, schon mehrmals erläutert, weil das Herausforderungen sind. Das Entscheidende und das Wichtige wird sein - und das würde helfen -, wenn dahingehend alle gemeinsam an einem Strang ziehen, dass wir nicht verunsichern, sondern gemeinsam die Fristen erarbeiten.

Die Brücke muss jetzt einmal im Detail geplant werden und es braucht Genehmigungen. Meines Wissens sind die Genehmigungen der ASFINAG für die von Ihnen genannte Bypass-Brücke noch nicht weiter, wie unsere. Das Einzige, was schon relativ weit ist, aber das haben Sie nicht erwähnt, ist die Brücke, die zum Westring gehören wird. Wichtig wird sein, dass wir alle gemeinsam mit den Experten schauen, dass wir eine ordentliche Planung hinbekommen und dass wir verschiedene Szenarien berechnen, wie sich das auswirken könnte.

Vor vielen, vielen Jahren haben wir einen Baudirektor gehabt, der hieß XXXXXX. Der hat uns allen erklärt, es wäre eine riesen Katastrophe, wenn der Römerbergtunnel geschlossen werden würde. Wir hatten sechs dringliche Anfragen im Gemeinderat gehabt, welches Fiasko das werden würde. Gerda Lenger weiß es noch, er wollte alle Autos über den Hauptplatz fahren lassen. Das war damals der Stand der Verkehrsplanung. Man hat das nicht gemacht. Wenn man die Menschen rechtzeitig informiert, haben wir immer Lösungen mit den Beamten und mit den Verkehrsplanern gefunden. (Unruhe) In diesem Sinne freue ich mich sehr darauf, wenn wir im Verkehrsausschuss vertieft diskutieren können.

Eine Bitte hätte ich, dass auch ihr in dem Gremium, in dem eure Leute sitzen, schaut, dass ihr gemeinsam einen Erfahrungsaustausch macht. Wir hätten dann vielleicht eine Verkehrsausschusssitzung weniger. Das macht aber nichts, wir machen es gerne, weil diese Brücke nicht nur für den Individualverkehr wichtig ist, sondern auch für den öffentlichen Verkehr. Für die zweite Schienenachse ist diese Brücke unabdingbar.

Über die Kosten, die Sie da erläutert haben, werden wir im Verkehrsausschuss noch oft sprechen.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Walcher:

„Sehr geehrte Damen und Herren, rechtzeitig informieren. Kollege Fadl, du hast mir da ein Stichwort geliefert. Rechtzeitig informieren, genau darum geht es. Was wir hier nötig bräuchten, wäre zu erfahren, wie der Zeitplan aussieht. Unsere Verkehrsreferentin hält sich im Ausschuss meistens sehr bedeckt. Wenn man fragt, wie lange die Eisenbahnbrücke noch

halten soll, erntet man höchstens ein: Wir wissen es nicht. Und weiter dann: eine Totalsperre kann heute, morgen oder nächste Woche kommen. Es macht den Anschein, als hätte die Stadt Linz für den Tag X überhaupt keinen Plan. Für den Tag X, wenn es die Eisenbahnbrücke einmal tatsächlich nicht mehr gibt, wenn sie gesperrt werden sollte oder was auch immer.

Ursprünglich hat es geheißen, die Eisenbahnbrücke muss noch solange halten, bis eine neue Brücke steht. Davon hat man sich aber in den letzten eineinhalb, zwei Jahren klammheimlich verabschiedet. Ganz klar, denn der Bescheid des Denkmalamtes verlangt einen Abriss der Eisenbahnbrücke bis 2016 und hier ist die Stadt in einer Zwickmühle. Würde man nämlich einen Aufschub beantragen und die Brücke weiter ertüchtigen, würde man hiermit zugeben, dass sie gar nicht so marod ist, wie man der Bevölkerung immer weismachen möchte. Also hier geht es nur um eines, hier geht es um das Recht haben. Hier wird eine durchaus sanierbare Brücke abgerissen und dafür wird ein Verkehrschaos billigend in Kauf genommen.

Wie gesagt, wir wollen jetzt einmal wissen, welche Konzepte es für ein Linz ohne Eisenbahnbrücke bis zur Fertigstellung einer wie auch immer gearteten Ersatzdonaulösung gibt. Daher werden wir dem Antrag der ÖVP zustimmen. Danke.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Lenger:

„Auf so eine Verschwörungstheorie möchte ich jetzt einmal nicht eingehen. Konkret wurde die Nibelungenbrücke angesprochen und wie schrecklich das dann ist, wenn da womöglich eine Baustelle ist. Wie es jetzt aussieht, wurde über die Verbreiterung der Nibelungenbrücke verhandelt. Ich darf daran erinnern, dass die notwendig ist, um endlich für FußgängerInnen und RadfahrerInnen eine adäquate Lösung zu schaffen. Derzeit ist es unzumutbar und extrem gefährlich. Diese dringend notwendige Verbreiterung der Nibelungenbrücke wird seit Jahren immer wieder hinausgeschoben und verschoben.

Es ist Frau Vizebürgermeisterin Hörzing jetzt offensichtlich in Verhandlungen mit Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl gelungen, eine Bereitschaft zu erzielen, dass das Land sich an der Verbreiterung der Nibelungenbrücke beteiligt. Allerdings soll zuerst der Radweg Linz-Wilhering gebaut werden. Dann kommt erst die Brücke dran. Hätte man vorausschauend geplant und die Prioritäten so gesetzt, wie sie notwendig wären, wäre die Nibelungenbrücke längst schon verbreitert. Es gäbe das Problem gar nicht, das da jetzt herbeibeschworen wird, dass dann womöglich auch auf der Nibelungenbrücke eine Baustelle ist. Hätte man die Notwendigkeiten erkannt, wäre das schon längst durchgeführt worden und eine extreme Gefahrenstelle für RadfahrerInnen und FußgängerInnen wäre beseitigt.

Es fällt überhaupt auf, dass sich sämtliche Ängste immer nur darum drehen, dass der Individualverkehr nicht behindert wird und dass der Individualverkehr entsprechend fließen kann. Ja, es ist notwendig, dass Straßen da sind. Aber man darf nicht vergessen, es gibt noch einen öffentlichen Verkehr, der nicht behindert werden darf und der eine neue leistungsfähige Brücke braucht. Und es gibt auch einen Radverkehr und FußgängerInnen, das sind eigentlich die innovativen Mobilitätsformen.

Herr Kollege Fadl hat zuerst schon gesagt, es wurde der Verkehrsinfarkt herbeibeschworen, wenn der Römerbergtunnel gesperrt ist. Verkehrsinfarkt hat keiner stattgefunden. Das löst sich dann irgendwie. Was jetzt nicht heißen soll, dass wir keine Brücke haben sollen und keine Brücke bauen sollen. Aber Angst zu verbreiten, glaube ich, ist nicht gut.

Es wurde noch ein Argument geliefert, Stichwort: Westring, warum der Westring nicht gebaut werden darf. Ich möchte da herinnen wirklich davor warnen, wenn der Westring gebaut werden sollte, dann haben wir 15 Jahre lang im Donautal eine Baustelle mit tausenden LKW.

Es wird teilweise über Schiffe transportiert. (Unruhe) Da würde ich mir Gedanken machen, wie das Verkehrsproblem gelöst wird. (Beifall Die Grünen) Aber Sie glauben, die Brücke wird da so niedlich, wie in den Darstellungen hineingehängt und die hängt dann im Wald drinnen. Wir haben dann 15 Jahre lang und insgesamt mit der Waldeggstraße noch viel länger eine Baustelle und wirklich zigtausende LKW-Fahrten. Wer fordert denn da einmal ein Konzept, wie das vonstattengehen soll, meine Damen und Herren. Sie haben sich selber ein Argument geliefert, warum der Westring nicht gebaut werden sollte. (Beifall Die Grünen, Unruhe)

Abschließend, wir werden dem Antrag trotzdem die Zustimmung geben, weil es nicht schaden kann, sich anzuhören, was es für Vorschläge gibt.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeisterin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, auch die Sozialdemokratie wird diesen Antrag annehmen, weil es wichtig ist, dass wir uns konkret damit beschäftigen, wie es weitergeht. Es geht um eine zukunftsorientierte Lösung und wie man da eintakten kann, damit man rasch zu einer neuen Lösung kommt.

Weil immer so in den Raum gestellt wird, dass es keine Pläne gäbe, möchte ich eines klarlegen. Es war immer Fakt und Ausgangslage zu warten, welches Ergebnis aus dem Wettbewerb heraus kommt, um festzulegen, wo wir unsere Planungen anfangen. Das war der Grundsatz. Ich bin sehr froh und sehr glücklich über die Entscheidung der Jury. Ich denke, sie hat wirklich ein sehr würdiges Projekt ausgewählt, das zukunftsorientiert ist und das uns einen Horizont für viele Verkehrslösungen der Zukunft bietet. Insofern kann man da aufsetzen und weiterentwickeln. Vorher wäre es ein bisschen polemisch gewesen. Man hätte es sich zu einfach gemacht, weil man tatsächlich nicht gewusst hat, welche Bauzeiten zu betrachten sind und wie man mit den Themen umgehen kann.

Angst, meine Damen und Herren, ist immer der schlechteste Ratgeber. Ich setze auf Fakten auf. Ich betone es - ich weiß nicht, zum wievielten Mal - gerne wieder im Gemeinderat und auch gerne wieder im Verkehrsausschuss: Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, genauso wenig, wie der Denkmalschutz. Dass die Brücke aus dem Denkmalschutz entlassen wurde, hat mit den Sicherheitsgründen zu tun. Man hat im Vorfeld in vielen Beratungen, die ja viel, viel früher schon begonnen haben, immer damit gerechnet, dass man sie tatsächlich noch sanieren könnte. Das ist ein anderer Zugang als er sich heute darstellt. Wir müssen leider zur Kenntnis nehmen, dass die Brücke mit ihren 114 Jahren tatsächlich am Ende ihrer Lebensdauer angekommen ist. Und wie schwarz auf weiß im Bescheid des Denkmalamtes nachzulesen ist, gilt, dass selbst bei einer aufwändigen Sanierung ein Restrisiko für die Bestands- und Verkehrssicherheit bleibt. Das gilt für alle Verkehrsnutzungen, also auch für die FußgängerInnen, RadfahrerInnen und natürlich für PKW, Autobusse und natürlich alle anderen Elemente genauso.

Wir haben ein relatives Zeitkorsett aufstellen können. Ich sage ganz klar, die Stadt Linz ist auf den Tag X, wenn er uns früher trifft, als wir uns alle wünschen würden, gut vorbereitet. Wir haben in der Vergangenheit bereits Sperrungen auf der Eisenbahnbrücke gehabt, weil Reparaturmaßnahmen bzw. temporäre Maßnahmen durchgeführt wurden. Diese Problematiken kennen wir schon. Wir sind - und ich sage es noch einmal - auf den Tag X und besonders gut auf den Tag XY, wenn wir dann berechnen können, vorbereitet. Jetzt zu sagen, dass diese Verkehrssituation nicht bewältigbar sein wird, halte ich für völlig überzogen. Das ist nicht zu belegen. Klar ist, dass die Bypass-Brücken bei der Voest-Brücke so errichtet werden, dass die Voest-Brücke noch unter voller Last benutzt werden kann. Kollege Fadl hat es ohnedies schon erwähnt.

Wir haben natürlich die Thematik der Nibelungenbrücke - das ist immer so ein Wermutstropfen bei Kollegin Lenger -, dass wir da noch nicht weiter sind. Es gibt jetzt eine Vereinbarung mit dem Land Oberösterreich. Ich halte es aber trotzdem für sehr sinnvoll, dass wir die Einbindung des Radweges erst dann machen, wenn der Radweg Wilhering-Linz steht und nicht Linz-Wilhering angehen. Ich glaube, dass man da gut takten kann, wenn die Volllasten möglich sind, diese Erweiterungen dann durchzuführen. Wenn Einschränkungen sind, werden wir uns das ansehen, wie sich das im Prozess entwickelt. Dass Bauzeiten angenommen werden und die sich manchmal ein bisschen nach vorne und nach hinten verschieben können, ist, glaube ich, auch keine unbekannte Größe. Also insofern geht es wirklich nur darum, Fakten zu setzen, um eine Zukunftslösung und eine verkehrsfähige und tragfähige Brücke zu finden.

Es ist ein schönes Symbol, das auch die Architekten Mimram bei der Einreichung der Brücke geprägt haben. Man sieht im Vordergrund die neue Brücke, im Hintergrund die Voest-Brücke mit den Bypass-Brücken. Die haben sinngemäß gesagt, der Voest-Brücke gehört der Himmel, unserer Brücke gehört der Horizont. Ich glaube, es ist ein sehr toller Horizont, wenn wir sagen können, wir haben 2020 eine Brücke, die für alle VerkehrsteilnehmerInnen eine zukunftsorientierte Lösung ist, die man toll nutzen kann und die eine Verweilqualität für FußgängerInnen und für RadfahrerInnen bietet.

In diesem Sinne ersuche ich ganz intensiv alle Kräfte zu bündeln, damit wir möglichst gemeinsam dorthin kommen, wo wir hin wollen - in Richtung einer neuen Lösung, in eine Zukunftsorientierung, in einen Horizont für die Verkehrslösung der Stadt Linz. Vielen herzlichen Dank.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Manhal:

„Lieber Kollege Fadl, du hast mir offensichtlich in der Hitze des Gefechtes das Du-Wort entzogen, ich hoffe, du bist mir nicht irgendwie böse oder gram. Wir finden das Thema jedenfalls nicht zum Schmunzeln, wir nehmen es ernst, weil es ein Thema ist, dass die Menschen bewegt. Das beweist auch der gestrige Artikel zu dieser Causa in den Oberösterreichischen Nachrichten, der der meist gelesene Artikel des Tages war. Ich glaube, dass hier eine ‚Laissez-faire-Mentalität‘ nicht angebracht ist.

Wenn Kollegin Lenger von einer Verschwörungstheorie spricht, glaube ich, dass wir den realistischeren Zugang haben und wir momentan sehenden Auges auf ein Verkehrschaos zusteuern. Es geht immerhin, und das sind Fakten, um 15.000 Fahrzeuge, die momentan täglich die Eisenbahnbrücke passieren. Diese 15.000 Fahrzeuge müssen in den Jahren 2016 bis 2020 nämlich zu den anderen Brücken kommen, durch Wohngebiete fahren, um zu den Brücken zu kommen und da möchten wir ein Konzept sehen. Die Brücke sei am Ende ist ein Killerargument. Sie ist nur deswegen am Ende, weil ihr es gemeinsam mit den Grünen so entschieden habt. (Beifall ÖVP)

Wir wollen die Fakten auf den Tisch, wir wollen einen transparenten Umgang mit der Eisenbahnbrücke, das entspricht dem neuen Stil, den Bürgermeister Luger zu Beginn seines Amtsantrittes so lauthals proklamiert hat.“ (Beifall ÖVP).

Vizebürgermeisterin Hörzing zur tatsächlichen Berichtigung:

„Ich möchte schon noch einmal darauf hinweisen, dass das nicht Die Grünen und nicht die SPÖ entschieden haben, sondern das Bundesdenkmalamt hat die Brücke aus dem Denkmalschutz entlassen. Ich glaube, so weit haben wir uns schon verstanden. Danke.“ (Zwischenrufe, Unruhe)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Mag. Sonntag berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 4 Stresstest-Szenarien für die Linzer Zinsenlast bei steigenden Zinssätzen

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, 2010 hat die Stadt Linz für die Schulden 7,4 Millionen Euro an Zinsen bezahlt, 2014 werden es ungefähr 14,5 Millionen Euro sein und nach der Mittelfristigen Finanzplanung 2018 22,6 Millionen Euro – also innerhalb von acht Jahren eine Verdreifachung.

Wir haben im Moment ein weltwirtschaftlich sehr niedriges Zinsniveau, das begünstigt uns. Wir haben aber nebenbei noch Zinsen für außerbudgetäre Finanzierungen zu zahlen, für die Kassenkredite, die in den obigen Zahlen noch nicht drinnen sind. Wir haben auch noch Schulden in der Immobilien Linz GesmbH (ILG) und im AKh geparkt, sodass wir in Summe überschlagsmäßig auf derzeit 25 bis 30 Millionen Euro an Zinszahlungen kommen.

Wie schon erwähnt, ist der Euribor im Moment sehr niedrig. 2008 war er bei fünf Prozent und wenn wir noch etwas weiter zurückgehen, im Jahr 1990 war er bei zwölf Prozent. Wir dürfen uns jetzt gar nicht ausmalen, welche Zinszahlungen wir hätten, wenn wir solche Zahlen wie vor 24 Jahren hätten.

Es sind nicht nur die Zinszahlungen für variable Schulden bzw. für variable Verbindlichkeiten, die sich verändern, sondern irgendwann laufen unsere Fixzinsvereinbarungen aus. Die Franken-Anleihe, die umgeschuldet worden ist, geht auf 25 Jahre, andere Sachen werden vorher fällig. Alleine 2015 bis 2018 sind laut Mittelfristiger Finanzplanung Umschichtungen und Neuaufnahmen von ungefähr 182 Millionen Euro geplant. Da sieht man schon, dass die Fixzinsvereinbarungen irgendwann auslaufen und dann ein Bedrohungsszenario auf uns zukommt, wenn der Zinssatz steigt.

Der neue finanzpolitische Stil in Linz wurde mit offener und transparenter Darstellung der Finanzsituationen eingeläutet. Wir können uns nicht beklagen. Gegenüber dem alten Finanzreferenten ist eine deutliche Verbesserung da. Das muss man ehrlich sagen. Aber das Damoklesschwert dieser steigenden Zinsen, das nicht nur in den variablen, sondern auch in den fixen und außerbudgetären Finanzierungen über uns schwebt, sollte man genauer betrachten. Für das wäre unser Antrag. Für den Fall von stärkeren und höheren Zinsanstiegen, als es im derzeitigen Finanzmanagementbericht der Fall ist, sollen Handlungsalternativen aufgezeigt werden, um zu sehen, ob es uns hart treffen würde oder ob uns das, was wir schon jetzt mit langfristigen Umschuldungen machen, schon sehr gut hilft. Wir stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Finanzverwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat Berechnungen der jährlichen Zinsbelastung mit verschiedenen Szenarien von steigenden Zinssätzen vorzulegen. Dabei sind neben den Zinsen und Finanzierungskosten für im Schuldennachweis ausgewiesene Schulden auch sonstige Zinsen und Finanzierungskosten für Kassenkredite, Verwaltungsschulden (Leasing und außerbudgetäre Finanzierungen) und ausgelagerte Schulden darzustellen.“

Ich bitte um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Hein:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, im Zeitraum von 2009 bis 2013 waren 47 Millionen Euro an Zinsen zu zahlen und das bei einem sehr niedrigen Zinsniveau. Die neuen Schulden waren im gleichen Zeitraum dreimal so hoch wie die Schuldentilgung. Es wurden sozusagen 382,9 Millionen Euro neue Schulden aufgenommen und lediglich 114 Millionen Euro an Schulden zurückbezahlt.

Daher ist es ganz wichtig, dass wir uns dieses Risiko ganz genau anschauen und gewisse Simulationen und einen Stresstest machen. Dann wird uns ganz klar, dass diese Zahlungen explodieren können, wenn sich das Zinsniveau nur geringfügig ändert. Es wird uns dann noch bewusster, dass nicht nur Worte des Sparens fließen dürfen, sondern wirklich einmal Taten folgen müssen und dass hier nachhaltige Sparmaßnahmen umgesetzt werden. Wir schlagen vor, dass wir diesen Antrag im Finanzausschuss näher besprechen und dem Finanzausschuss zuweisen.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Ich darf mich auch zu Wort melden und mich zuerst einmal für das Kompliment bedanken. Ich darf aus meiner Sicht die Rückmeldung geben, dass die Diskussionen im Finanzausschuss mit allen Fraktionen sehr sachlich laufen und ich das sehr schätze. Ich glaube, dass wir das so weiterführen sollten.

Es gibt ein paar Argumente, warum sich das so entwickelt hat. Du weißt natürlich, Kollege Sonntag, dass in Zeiten, wo Zinsen steigen, normalerweise das Wachstum höher ist. Das heißt, wenn mehr Wirtschaftswachstum da ist, bedeutet das im Normalfall höhere Steuereinkommen oder –aufkommen, was wieder höhere Ertragsanteile bedeutet. Das soll das jetzt nicht relativieren, aber diesen Effekt muss man mit berücksichtigen.

Das Zweite ist, ja, es haben sich in der Zeit rund um den Beginn, in und während der Finanz- und Wirtschaftskrise die Schulden der Stadt erhöht. Wir haben gemeinsam in diesem Gemeinderat ein sehr großes Konjunkturpaket geschnürt. Das hat natürlich in der Finanzierung seine Spuren hinterlassen und damit entsprechende Kreditfinanzierungen verursacht.

Was dann noch dazukommt ist, dass wir vor allem im letzten Jahr verstärkt darauf gesetzt haben, in ein sicheres und ausgewogeneres Verhältnis von fixen und variablen Krediten zu gehen. Es hat vor einigen Jahren noch ganz andere Empfehlungen von Finanzexperten gegeben, die eher dazu tendiert haben, mehr Variable zu haben. Jetzt lautet die Empfehlung, ungefähr 50 zu 50 zu haben. Wir haben versucht, das anzupassen, haben von Variablen in fix umgeschichtet, was natürlich auf der einen Seite längerfristige Planbarkeit und damit eine gewisse Sicherheit bringt, auf der anderen Seite natürlich mit höheren Kosten bezahlt wird und zu bezahlen ist.

Und wir haben in diesem Haus gemeinsam zur Erhöhung der Sicherheit, zur Reduzierung des Risikos den ersten Teil der Schweizer Franken-Konvertierung durchgeführt, was ebenfalls zu erhöhten Zinszahlungen geführt hat. Bei dem, was alles einzurechnen ist – du kommst auf eine andere Zahl, als die, die ausgewiesen ist –, sollte man das wirklich diskutieren. Darum bin ich mit der Zuweisung zum Finanzausschuss einverstanden und schlage meiner Fraktion vor, dass wir das so machen und das dort diskutieren.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mag. Sonntag:

„Mit der Zuweisung kann ich leben. Vielen Dank.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Finanz- und Hochbauausschuss zugewiesen.**

Gemeinderat Hein berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 5 Ausverhandelte „Einsparungen“ offenlegen

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, konkret geht es hier um die kolportierten 25 Millionen Euro, die der Herr Bürgermeister durch die Geheimverhandlungen mit dem Landeshauptmann für die Stadt einsparen will. Als größtes Einsparungspotenzial hat er zum einen das AKh Linz und zum anderen das Musiktheater auserkoren. Beim Musiktheater können wir die Berechnung nicht wirklich verstehen. Wir haben heute diese erste Maßnahme mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Die Grünen beschlossen. Selbst mit den zu Grunde liegenden Dokumenten ist nach wie vor – für mich zumindest – kein Spareffekt begründet.

Aus dem Grund stellen die Freiheitlichen folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Bürgermeister wird aufgefordert, dem Gemeinderat in der kommenden Sitzung eine detaillierte Aufstellung aller Einsparungen, die er in den Geheimverhandlungen mit Landeshauptmann Pühringer ausgehandelt hat, vorzulegen. Diese Aufstellung muss folgende Punkte klar voneinander unterscheiden:

Beträge, die Linz zukünftig nicht mehr zahlen muss - tatsächliche Einsparungen.

Beträge, die lediglich für einen bestimmten Zeitraum (z. B. eine oder mehrere Wahlperioden) gestundet wurden und zu einem späteren Zeitpunkt bezahlt werden müssen.

Beträge, die nur für einen bestimmten Zeitraum (z. B. eine oder mehrere Wahlperioden) verringert wurden, aber zu einem späteren Zeitraum wieder angehoben werden.

Der zusätzliche Zinsaufwand, der auf Grund gestundeter Zahlungsverpflichtungen (z. B. Investitionszuschuss Theaterbau) entstand, unter der Annahme, dass die Zinssätze auf gleichem Niveau bleiben.

Eine Bedeckung anfallender Kosten kann beispielsweise durch Einsparung bei intransparenten Doppel- und Mehrfachförderungen sichergestellt werden.‘

Ich bitte um Annahme des Antrages.“ (Beifall FPÖ)

Wortmeldung **Vizebürgermeister Forsterleitner:**

„Ich darf für den Bürgermeister ergänzen: Er hat am Anfang schon bei der Anfrage eine Antwort gegeben. Für meine Fraktion kann ich damit sagen – nachdem er es schon eingangs gemacht hat -, dass wir dem zustimmen können.“

Schlusswort **Gemeinderat Hein:**

„Ich bedanke mich für die avisierte Zustimmung. Nurganzkurz, weil Sie die Anfragebeantwortung

angesprochen haben, ich stelle mir schon etwas Detaillierteres vor, das dieser Berechnung zu Grunde liegen sollte, damit wir uns wirklich ein Bild machen können, wie diese 25 Millionen Euro wirklich zustande kommen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderätin Neubauer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 6 Quick Response-Codes (QR-Codes) zur Informationsvermittlung nutzen

und führt aus:

„Wir kommen wieder zu einem kulturellen Thema und ich kann versprechen, es ist absolut geschlechtergerecht und geschlechtsneutral. Kultur und Kunst sind immer ein Zeichen der Zeit. Aus den gesellschaftlichen Entwicklungen entsteht innovative weitere kulturelle Entwicklung. So war es eigentlich zu erwarten, dass die neue moderne Informationstechnologie mit diesen QR-Codes relativ rasch einen Einzug in den kulturellen Bereich findet.

Das geschieht zweierlei: Einerseits, dass die Künstler diese Technologie für ihre Kunstwerke selbst aufgreifen. In den letzten Wochen gab es in Linz ein sehr augenscheinliches Beispiel aufgrund der Design- und Plakatserie des Brucknerfests. Andererseits wird diese Technologie in der Kunstvermittlung eingesetzt. Es gibt hier schon in verschiedenen Städten Projekte. Zum Beispiel indoor, wo die normale Kunstvermittlung anhand von Katalogen etc. digitalisiert wird. Es gibt aber auch sehr spannende Projekte, wo aufgrund dieser modernen Technologie die Kunst im öffentlichen Raum verbessert erschließbar wird. Das ist ein sehr einfacher effizienter Weg an neue Zielgruppen zu gelangen.

Zum Beispiel gab es in der Stadt Frankfurt ein Projekt, wo verschiedene Denkmäler, Kunstwerke und Brunnen mit solchen QR-Codes ausgestattet wurden. Jeder, der auf seinem Smartphone eine entsprechende App installiert hat, konnte sich Informationen zu den entsprechenden Bauwerken und Kunstwerken herunterladen. Man kann dort natürlich unterschiedlichste Auskünfte hinterlegen. Dadurch soll Freude gemacht werden.

Was mir daran besonders gefällt ist, dass man diese Technologie natürlich wieder einsetzen und nutzen kann, um damit sehbehinderten und blinden Personen den Zugang zu eröffnen. Sie können diese Codes nutzen. Es ist eine relativ kostengünstige und einfache Möglichkeit, Audiodateien zu hinterlegen, wo entsprechende Beschreibungen abgespielt werden können.

Die Stadt Linz gibt sich selber den Touch einer sehr modernen, innovativen Stadt. Wir haben mit dem Ars Electronica Center ein wegweisendes, richtungsweisendes Museum, das sich selber zum Ziel gesetzt hat, neue Technologien für alle Generationen erfahrbar zu machen. Wenn wir jetzt dieses Projekt umsetzen, wäre das für mich nur eine logische, konsequente Fortführung. Man kann das verbinden und den eigenen Anspruch, den wir uns selber gesetzt haben, damit noch verstärken.

Wir stellen in diesem Zusammenhang folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Das zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenats wird ersucht, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Magistrats Linz, der Kulturverwaltung und in eventu dem Ars Electronica Center jene kulturelevanten Objekte gemeinsam zu erheben, die mit einem QR-Code versehen werden sollen und dies in der Folge umzusetzen.

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung anfallender Kosten ist durch Umschichtungen im Voranschlag 2014 sowie durch Berücksichtigung in kommenden Voranschlägen sicherzustellen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Kaltenhuber:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es gibt im aktuellen Kulturentwicklungsplan eine Zielformulierung, die eine ganz ähnliche Grundintention hat, wie der vorliegende Gemeinderatsantrag. Ich zitiere auszugsweise: ‚Die bereits gestartete Zusammenarbeit von Archiven, Museen und Gedenkstätten mit dem Tourismusverband Linz soll zukünftig weiter ausgebaut werden. Linz wird so zum Zentrum der Vermittlung von Zeitgeschichte mit qualifizierten Angeboten. Weiters wird das Ziel verfolgt, stadtbezogene Ereignisse und anderes‘ das sage ich jetzt abkürzend ‚im öffentlichen Raum deutlich sichtbar zu machen.‘

Zu Ihnen, Frau Kollegin Neubauer, möchte ich sagen, Sie zitieren im Antrag die Stadt Frankfurt. Die wollte, das stimmt schon, 500 Denkmäler, Kunstwerke, Brunnen mit QR-Codes versehen, hat dieses Pilotprojekt dann gestartet, mit der Ausstattung von 23 Werken im Jahr 2011, 2012 haben sie dann noch 21 dazugenommen und jetzt haben sie 44. Bis jetzt ist nichts mehr geschehen, das ist nicht mehr erweitert worden.

Seit dem Jahr 2000 existiert übrigens auf www.linz.at unter der Menüleiste Stadtgeschichte eine umfassende Denkmaldatenbank, die mit einer umfassenden Suchfunktion nach Kategorien und Stadtteilen abrufbar ausgestattet ist. Die erfreut sich einer sehr hohen Zugriffszahl. Das Archiv der Stadt Linz erweitert diese Denkmaldatenbank laufend, die ist also immer aktuell. Zurzeit sind - das wurde aufgelistet, aber das lese ich Ihnen nicht alles vor - 18 Kategorien - von Bauernhöfen bis Wohnhäusern und Wohnsiedlungen - abrufbar.

Auch wenn durch eine QR-Codierung Zugang zu einer großen Datenmenge hergestellt werden kann und dadurch eine Verknüpfung mit der existierenden Denkmaldatenbank naheliegend wäre, ist der Mehrwert einer flächendeckenden QR-Codierung zu hinterfragen. Der Aufwand zur praktischen Umsetzung ist aus folgenden Gründen sehr hoch: Der Mehrwert von Tafeln mit QR-Codes ist im Vergleich zu einer konventionellen Beschilderung mit den zentralen Inhalten, wie Name, Ausstellungsjahr, KünstlerIn, Kategorie usw. und der Hinweis auf die Website-Denkmaldatenbank fraglich, wenn sich die relevanten Inhalte nicht verändern. Es entsteht noch zusätzlich ein hoher Aufwand und hohe Kosten durch die Gestaltung und durch die Produktion und natürlich durch die Anbringung von Tafeln, die diesen QR-Code tragen.

Man muss bedenken, dass es durch den Denkmalschutz wahrscheinlich zu Einschränkungen bei der Anbringung von diesen QR-Hinweistafeln kommt. Daher würde die Errichtung eines Trägers dieser Tafeln neben dem betreffenden Objekt notwendig werden, was wieder Geld kostet.

Auf den im Gemeinderatsantrag formulierten Hinweis eines Beitrages zur natürlich wichtigen Barrierefreiheit stellt sich die Frage, wie gewährleistet wird, dass Blinde und sehbehinderte Menschen den QR-Code am oder beim Objekt für eine Nutzung finden können. Zum Decodieren der QR-Codes muss zuerst ein QR-Code-Reader am Smartphone downgeloadet werden. (Zwischenrufe) Die Homepage der Stadt Linz, www.linz.at, ist noch nicht mobiloptimiert, meine Damen und Herren. Dadurch sind Inhalte via Smartphone nicht so ideal abrufbar. Soll das Angebot aber für Touristinnen und Touristen interessant sein, müssen die durch einen QR-Code abrufbaren Informationen mehrsprachig angeboten werden und sich die mit QR-Codes versehenen Objekte in der Nähe eines Hotspots befinden, damit man es kostenfrei nutzen kann. Auch darüber muss man also nachdenken.

QR-Codes werden vom Tourismusverband schon seit Jahren in Broschüren und bei Aufstellern in der Tourist Information verwendet. Die Downloadzahlen allerdings halten sich sehr in Grenzen, darum kommt der Tourismusverband immer mehr davon ab. Diese Codes werden offensichtlich schon wieder von neueren Technologien überholt, Technologien wie Virtual-Reality bzw. Augmented Reality-Applikationen, z.B. Wikitude im Bereich der Sehenswürdigkeiten, so wie Near Field Communication (NFC)-Technologien sind in diesem Bereich im Vormarsch. Außerdem hat TV-Linz in seiner Linz-App alle Sehenswürdigkeiten in Deutsch und Englisch dargestellt. Gäste, die diese App auf ihrem Smartphone haben, können alleine durch Zielen mit ihrer Kamera auf das jeweilige Gebäude, das sich an der Broschüre Linz verändert und Stadterlebnis orientiert, Informationen über die Sehenswürdigkeiten abrufen. Die Daten werden aus der so genannten TOURDATA - das ist die oberösterreichische Tourismusdatenbank, die laufend gewartet wird - gespeist. Ruft man die App Wikitude direkt auf, so sind die Sehenswürdigkeiten in der Linz-World sogar in sechs Sprachen hinterlegt.

Im Sinne einer Aufwand-/Nutzenprüfung sollten einerseits in Zusammenarbeit mit der Stadtkommunikation die Erfahrungen mit diesen QR-Codes von städtischen Dienststellen und Einrichtungen, die die QR-Codes nutzen, eingeholt werden und andererseits mit dem Tourismus Linz die Möglichkeiten einer Ausweitung der Funktion am Linz-App für Denkmäler, Kunstwerke und Brunnen im öffentlichen Raum abgestimmt werden.

Wir sagen, reden wir noch einmal darüber, und deswegen schlagen wir eine Zuweisung zum Kulturausschuss vor.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Fechter-Richtinger:

„Wir sind mit der Zuweisung einverstanden.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Neubauer:

„Nur zwei Anmerkungen: Frau Kollegin Kaltenhuber, Sie unterschätzen offenbar die Fähigkeit von blinden Personen, die sehr wohl problemlos in der Lage sind, alle diese technischen Einrichtungen zu nutzen. Da könnte sich mancher Sehende ein Beispiel nehmen, wie blinde Menschen mit solchen Hilfsmitteln umgehen.“

Was Frankfurt angeht, ist das deren Entscheidung, ob die das fortsetzen oder nicht. Sie haben nicht gesagt, aus welchen Gründen das nicht fortgesetzt wurde, ich kann es auch nicht sagen. Mir geht es nicht um das Frankfurter Projekt, sondern es geht mir darum, dass es etwas Beispielhaftes war, was man machen kann. Ich danke Ihnen sehr, dass Sie so augenscheinlich aufgezählt haben, was es schon alles an elektronischen Daten und Datenbanken gibt, denn alles, was es schon gibt, muss man nicht noch einmal neu erfinden. Das heißt, man bräuchte nur die Verknüpfung herstellen.

Die Frage des Aufwands und des Mehrwerts ist gerade im Kulturbereich generell eine sehr, sehr heikle, möchte ich sagen. Ich möchte jetzt nicht negativ herumkunten, aber vom Mehrwert des Musiktheaters hat Linz bis jetzt noch nicht so wahnsinnig viel bekommen, was versprochen wurde, für den doch finanziell sehr hohen Aufwand, den die Stadt Linz dazu noch zu leisten hat. Also diese Frage möchte ich einmal ausklammern, denn ich glaube nicht, dass man diese paar Tafeln möglicherweise auf einem Zusatzständer - wo wir schon sehr viele Denkmäler haben, wo eine Zusatztafel dabei ist, wo etwas erklärt wird und aus anderen Gründen – nicht anbringen kann. Das wäre eine Herumeierei, darum würde ich das nicht unbedingt zum zentralen Thema machen. Es gibt, wie man sieht, schon sehr viel Vorarbeit, die hier geleistet wurde.

Unabhängig davon, kann ich mir nicht vorstellen, dass zum Beispiel ein Tourist, wenn er die App am Handy hat, nicht weiß, wo er steht oder wie das heißt und in einer Datenbank zum Herumsuchen anfängt. Es wäre doch viel einfacher, das zu scannen. Ich habe die Informationen zu genau diesem Objekt, das ich benötige. Ein Sinn und ein Gedanke dieses Projekts wäre - nicht jenen das bequemer zu machen, die diese Objekte ohnehin schon interessiert besuchen -, es sollte natürlich die Neugierde bei jenen geweckt werden, die sich täglich im öffentlichen Raum bewegen und vielleicht dazu motiviert werden können, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Man sieht, es gibt viele, viele Varianten. Darum bin ich hoch erfreut, wenn wir im Kulturausschuss noch weiter darüber diskutieren können.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Ausschuss für Kultur, Tourismus und Wohnungswesen zugewiesen.**

Gemeinderat Reiman, MBA, ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Gemeinderat Raml berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 7 Linzer Compliance-Katalog

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, immer wieder wurden und werden in der Stadt Linz Entscheidungen getroffen, ohne dass dabei die demokratisch legitimierten Mandatare miteinbezogen werden und ohne dass wir darüber befinden dürfen. Alleine in der jüngeren Vergangenheit hat sich bereits mehrmals gezeigt, dass Entscheidungen von wenigen Akteuren leider im Hinterzimmer beschlossen wurden und dass diese Entscheidungen im Nachhinein, als sie bekannt wurden, emotionale Diskussionen sowohl bei den Linzerinnen und Linzern, als auch hier im Gemeinderat ausgelöst haben. Ohne, dass ich jetzt Öl ins Feuer gießen oder das aufwärmen möchte, nenne ich als Beispiel nur prominenterweise den Ankauf der Eisenbahnbrücke durch die Linz AG im Aufsichtsrat oder die von Rot und Schwarz vereinbarte Schließung der Mengerschule, die jetzt Gott sei Dank wieder vom Tisch ist, nach dem das aufgekommen ist.

Es kann nicht Ziel einer seriösen politischen Entwicklung sein, dass wir auf der einen Seite hier im Gemeinderat - und das finde ich sehr, sehr gut - ein Demokratiepaket beschließen und wir für mehr Transparenz eintreten und auf der anderen Seite wichtige Entscheidungen in Aufsichtsräten getroffen werden, wo man auf die Verschwiegenheitspflicht hinweist und dem Gemeinderat die Mitsprachemöglichkeit genommen wird.

Daher zurück zum Positiven. Es ist höchste Zeit, dass sich alle Fraktionen an einen Tisch setzen und gemeinsam Richtlinien vereinbaren, wie künftig in unserer Stadt mit wichtigen Entscheidungen und Willensbildungen in allen städtischen Belangen - und das ist mir ein großes Anliegen - umzugehen ist. Mir ist in diesem Zusammenhang durchaus bewusst, dass so ein Compliance-Katalog rechtlich gesehen nicht mehr als eine bloße Willenserklärung ist. Aber jeder, der sich dieser Willenserklärung unterwirft, zeigt zumindest demokratische Größe. Es lässt hoffen, dass zukünftig alle Fraktionen die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse respektieren, die den Wählerwillen widerspiegeln.

Wir hoffen, dass es künftig für alle selbstverständlich ist, dass im Bedarfsfall bei strittigen Entscheidungen nicht ausgewichen wird auf, ich nenne es einmal abstimmungstechnisch kluge oder angenehmere Gremien, wie zum Beispiel Aufsichtsräte, wo die Mehrheitsverhältnisse ein bisschen anders ausschauen.

Ich bin der Meinung, in einer Demokratie müssen wichtige Entscheidungen gemeinsam und nicht von Einzelnen getroffen werden. Auch wenn es manchmal schwierig ist, dass wir gemeinsam eine tragbare Lösung finden, so ist trotzdem jeder gefordert, dass wir gemeinsam daran arbeiten. Scheinbar festgefahrene Situationen können wir nicht einfach durch Hintertüren lösen. So ein Vorgehen stiftet nur Unfrieden und schadet wieder dem politischen Klima und das kann wohl wirklich niemand ernsthaft wollen. Wir stellen daher heute folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz spricht sich für die gemeinsame Ausarbeitung eines Compliance-Kataloges durch alle Fraktionen aus. Dieser soll jedenfalls noch in dieser Periode abschließend vereinbart werden und insbesondere regeln, wie künftig mit Entscheidungen und Willensbildungen in allen städtischen Belangen umzugehen ist. Hierbei ist vor allem darauf zu achten, dass die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse, die den Wählerwillen widerspiegeln, ausnahmslos ausschlaggebend sind.“

Bedeckungsvorschlag: Eine Bedeckung der anfallenden Kosten soll durch Umschichtung im Budget erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.‘

Ich darf vorwegschicken, nachdem es im Vorfeld schon avisiert worden ist, dass es mit diesem Antrag in Richtung Zuweisung zum Verfassungsausschuss gehen soll, dass ich mit diesem Vorschlag natürlich einverstanden bin. Denn wie gesagt, wir sollen gemeinsam diesen Compliance-Katalog ausarbeiten und ich denke, dass dort der richtige Ort dafür ist. Herzlichen Dank.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Manhal:

„Sehr geehrte Damen und Herren, Transparenz und Demokratie sind für uns als ÖVP ganz zentral. Für uns ist es wesentlich und selbstverständlich, dass demokratisch legitimierte Organe in Entscheidungen eingebunden werden. Hier gibt es in Linz Defizite.

Bürgermeister Luger hat vor knapp einem Jahr einen neuen Stil angekündigt. Er ist hier am Rednerpult gestanden und hat die Hände ausgestreckt. Leider ist es teilweise bei der Ankündigung und bei der Geste geblieben.

Zwei Beispiele, die mir besonders eindrucksvoll in Erinnerung geblieben sind, ist zum einen der Ankauf der Eisenbahnbrücke durch die Linz AG. Dieses für die Stadt so bedeutsame Thema ist am Gemeinderat vorbeigemogelt worden und man hat sich im Aufsichtsrat der Linz AG die notwendige Mehrheit für den Ankauf beschafft.

Und ein sehr junges Beispiel, der Runde Tisch zum Thema ‚Sicherheit in der Altstadt‘, wo Bürgermeister Luger seine Leidenschaft zum Thema Sicherheit entdeckt und ausgelebt hat. Ich hoffe, er wird diese Leidenschaft bei unserem später zu diskutierenden Dringlichkeitsantrag

ausleben. Bei diesem Runden Tisch waren weder der Tourismusreferent, noch die Wirtschaftsreferentin, die immerhin Gewerbebehörde in Zweiter Instanz ist, eingeladen. Nicht einmal der Sicherheitsreferent war dabei. Für uns ist diese Situation absolut unbefriedigend und inakzeptabel.

Der Antrag der FPÖ allerdings, so wie er vorliegt, ist mehr als unausgereift. Es ist einmal mehr eine populistische Showinszenierung von Kollegen Raml - so kennen wir ihn. Gerade als Jurist weißt du ganz genau, dass es zum Beispiel in gesellschaftsrechtlichen Gremien nicht möglich ist, dass die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse, die den Wählerwillen zum Linzer Gemeinderat widerspiegeln, dort Niederschlag finden. Ein Drittel der Vertreter in Aufsichtsräten zu Gesellschaften mit beschränkter Haftung bzw. Aktiengesellschaften müssen Arbeitnehmer sein, Arbeitnehmervertreter und die haben mit dem Gemeinderatswählerwillen rein gar nichts tun. Wie soll also ein derartiger Compliance-Katalog in der Praxis funktionieren?

Wir sagen kurz zusammengefasst, ein uneingeschränktes Ja zur Problemanalyse. Der Lösungsvorschlag wie er vorliegt, ist allerdings noch untauglich und unausgereift. Wir sind gewillt und daran interessiert, Instrumente zu entwickeln, die eine tatsächliche Wirkung zeigen. Wir sind deswegen mit einer Zuweisung zum Verfassungsausschuss einverstanden.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Leidenmühler:

„Lieber Herr Vizebürgermeister, liebe Kollegin Manhal, lieber Antragsteller Michael Raml, ich kommentiere jetzt nicht Mogeleyen, neu entdeckte Leidenschaften oder Showinszenierungen, sondern beschäftige mich nur ganz kurz mit dem Antrag.

In diesem Antrag kommt vom Antragsteller selbst vor, dass er findet, dass sich alle Fraktionen an einen Tisch setzen sollen. Der passende Ort dafür ist natürlich der Ausschuss, im gegebenen Fall der Verfassungsausschuss. Nachdem der Antragsteller schon erklärt hat, er wäre mit einer solchen Zuweisung einverstanden, beantragen auch wir jetzt die Zuweisung dieses Antrags zum Verfassungsausschuss.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Raml:

„Liebe Kollegin Manhal, ich muss schon ganz kurz auf dich eingehen. Bei diesem Antrag, den ich heute - nachdem ich ordentlich Kreide gefrühstückt habe, wie soll man sagen – sehr versöhnlich vorgetragen und versöhnlich geschrieben und gemeint habe, kann ich Populismus und eine Showinszenierung beim besten Willen nicht erkennen. Ich denke, du hast deine Rede wahrscheinlich schon gestern vorgeschrieben, hast sie nicht mehr rechtzeitig abändern können und bist daher auf irgendetwas eingegangen, was ich überhaupt nicht erkennen kann.

Ich hingegen sehe das wirklich so, dass wir uns gemeinsam zusammensetzen. Ich möchte, dass wir uns gemeinsam künftig einig sind, wie wir mit den Entscheidungen, die du richtigerweise erwähnt hast, umgehen. Es scheint doch einen Bedarf zu geben, dass wir uns zusammensetzen und gemeinsam Richtlinien vereinbaren. Ich freue mich auf die Diskussion. Ich hoffe, dass dabei etwas Vernünftiges herauskommt. Das Weitere wird sich zeigen. Ich bedanke mich für die avisierte Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss zugewiesen.**

Gemeinderat Reiman, MBA, ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Bürgermeister Luger kommt um 17.28 Uhr wieder in die Sitzung.

Gemeinderätin Walcher berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 8 Legasthenie Früherkennung

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, im Schnitt befinden sich in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder mit Legasthenie. Die Tendenz ist steigend. Die Ursache dieser Lese- und Rechtschreibschwäche von sonst ganz normal intelligenten Menschen liegt den Wissenschaftlern zufolge einerseits im Bereich einer gewissen genetischen Disposition, die verschärft wird durch das zunehmende Alter der Eltern. Andererseits hat das Problem Legasthenie eine gewisse soziale Komponente. Je später der Spracherwerb stattfindet und je weniger man sich mit dem Kind beschäftigt, desto eher wird das Auftreten einer Lese- und Rechtschreibschwäche begünstigt.

Experten sind sich einig, Legasthenie kann umso effektiver behandelt werden, je früher sie erkannt wird. Leider wird bei uns die Diagnose häufig erst per Zufall gestellt, nachdem das Kind bereits einige Schuljahre hinter sich hat und bereits einen langen Leidensweg mit Misserfolgen durchlebt hat. Die Therapie ist dann nur noch eingeschränkt möglich. Zudem sind aufgrund des ständigen schulischen Versagens bereits psychische Probleme entstanden. Das Kind ist ein Leistungsverweigerer und will sich dann gar nicht mehr mit dem Thema befassen. Zu diesem Zeitpunkt ist es fast nicht mehr möglich, dass man ein Kind noch animieren kann und es sich freiwillig mit Lesen befasst.

Idealerweise wird eine Disposition für Lese- und Rechtschreibschwäche bereits vor dem Schuleintritt erkannt. Eine Erfolg versprechende Therapie kann also einsetzen, bevor noch ein Schriftspracherwerb stattfindet bzw. im ersten Schuljahr.

In Graz Andritz wird jetzt gerade ein Test entwickelt, welcher im Kindergarten flächendeckend das Legasthenie-Risiko erfassen soll. Er wird vom Lese- und Rechtschreibinstitut in Graz Andritz entwickelt. Dabei wird die Kompetenz, Reime zu bilden oder Wörter in Silben zu gliedern, überprüft. Bei Kindern, die hier einen erhöhten Risikofaktor aufweisen, besteht eine größere Wahrscheinlichkeit– ich sage nur Wahrscheinlichkeit, das ist keineswegs eine Diagnose, sondern nur ein Abtesten des Risikos - später Legasthenie zu entwickeln. In diesem Zusammenhang stellt die FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die verantwortlichen Stellen im Magistrat Linz werden aufgefordert, für Linzer Kindergärten ein Maßnahmenpaket zur Legasthenie-Risikoerkennung und zur Bekämpfung von damit eng in Zusammenhang stehenden Defiziten im Spracherwerb zu entwickeln.

Bedeckungsvorschlag: Eine Bedeckung allfällig anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.'

Ich bitte um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Polli, BEd:

„Ich muss Frau Kollegin Walcher natürlich in vielen Punkten Recht geben. Es ist ganz wichtig, dass man die Kinder im Kindergarten schon sehr genau beobachtet. Es gibt Faktoren bzw. Zusammenhänge - Sie haben schon einige genannt - mit Sprachentwicklung, mit nicht deutscher Muttersprache, mit dem Wohnumfeld, mit Auffälligkeiten im Verhalten, also hyperaktive Kinder. Es kommt in verschiedenen Studien heraus, dass es bei den Kindergärtnerinnen schon Sensoren gibt, die darauf aufmerksam machen.

Es ist aber klar, dass dann, wenn man gezielt mit Programmen beginnt, mit diesen Risikokindern begonnen werden soll und nicht gleich mit der ganzen Kindergartengruppe. Meiner Meinung nach ist die Sprachförderung im Kindergarten, die bei uns umgesetzt wird, ganz wichtig. Wichtig auch für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache, weil sie Faktoren von zuhause her haben, die eine Lese- und Rechtschreibschwäche unter Umständen begünstigen. Soviel ich weiß, wird in den Linzer Kindergärten mit verschiedenen Programmen oder mit dem Bielefelder Screeningverfahren gearbeitet.

Was mir vielleicht noch abgeht, ist der Informationsfluss. Ich habe mit etlichen VolksschuldirektorInnen gesprochen, die nicht wissen, dass im Kindergarten schon darauf geachtet wird oder dass es gezielte Programme gibt. Es wäre meiner Meinung nach sehr wichtig, dass ein reger Austausch zwischen Kindergarten und Schule stattfindet. Ganz wichtig ist, dass man die Eltern vermehrt einbindet, weil sie natürlich eine ganz wichtige Rolle übernehmen sollten.

Da es diese Programme, die die FPÖ in ihrem Antrag fordert, bereits gibt - ich habe gesehen, der Herr Stadtrat hat sich nach mir gemeldet und wird sicher noch Näheres dazu sagen - ist dieser Antrag von Seiten der ÖVP eigentlich nicht mehr notwendig. Wir werden uns deshalb der Stimme enthalten.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Giegler:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich kann meinen VorrednerInnen in vielen Punkten Recht geben. Auch vieles, was in der Antragsbegründung von Kollegin Walcher gesagt wurde, stimmt natürlich, obwohl schon einige Irrtümer vorhanden sind.

Wenn in der Antragsbegründung steht, dass die Legasthenie idealerweise bereits vor dem Schulantritt erkannt wird, ist das grundsätzlich nicht möglich. (Zwischenruf) Es ist da so formuliert. Das ist nicht möglich, weil Legasthenie eine Lese- und Rechtschreibschwäche ist und man eine Lese- und Rechtschreibschwäche erst dann diagnostizieren kann, wenn der Lese- und Schreibprozess im Gang bzw. abgeschlossen ist. Das heißt, die tatsächliche verlässliche Diagnose ist Ende des zweiten Schuljahres, Anfang des dritten Schuljahres möglich. Aber es stimmt, es gibt Risikofaktoren, die schon im Kindergarten beobachtbar sind.

In den Linzer Kindergärten wird mit unterschiedlichen Testinstrumentarien gearbeitet, die die Gesamtentwicklung des Kindes entsprechend abbilden, ob das der Seldak-Test oder die Sismik-Überprüfung ist. Wenn Auffälligkeiten beobachtet werden, wird zusätzlich ein logopädisches Screening durchgeführt, wo das Sprachverständnis, die Grammatik, die Aussprache und die phonologische Bewusstheit - das ist angesprochen worden - überprüft wird. Ein spezielles Testverfahren, das Bielefelder-Screening wird auch angewendet, wobei man dazusagen muss, dass das maximal eine Risikoabschätzung ist und keine verlässliche Diagnose darstellt.

Weil das Lese- und Rechtschreibinstitut in Graz Andritz angesprochen wurde. Einer der Forscher in diesem Institut ist XX XXXX und der hat jetzt mit einigen Kollegen - das ist richtig

angemerkt - in Studien festgestellt, dass es durchaus weitere Risikofaktoren geben könnte. Das kann der Wortschatz sein, das kann die morphematische Bewusstheit sein. Da ist derzeit ein sehr intensiver Forschungsprozess im Gange. Es wurde in Graz bereits eine Testbatterie eingesetzt, aber laut Auskunft von XX XXXX, der diese Testbatterie entwickelt hat, steckt das Ganze noch in den Kinderschuhen. Bis das Ganze zu einer validen Testbatterie entsprechend weiterentwickelt wird und zum Einsatz kommen kann, wird es laut XX XXXX noch sehr lange dauern. Bestätigt hat XX XXXX in einem Gespräch, dass derzeit das Bielefelder-Screening, das in den Linzer Kindergärten angewendet wird, State of the Art ist. Es gibt derzeit nichts Besseres. Von daher ist die im Antrag geforderte Initiative, ein Maßnahmenpaket zur Legasthenie-Risikoerkennung zu entwickeln, eigentlich nicht machbar und nicht möglich, weil das, was derzeit möglich und machbar ist, wird bereits umgesetzt. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich bei diesem Antrag ebenfalls der Stimme enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Roschger:

„Ich habe mich zu Wort gemeldet, aber in Wirklichkeit sind die Argumente schon gefallen. Unsere Recherchen haben das Gleiche ergeben. Ich weiß auch von den umfassenden Testungen. Es geht um ein Beobachten der Kinder im Kindergarten. Ich halte nichts davon, dass man die kleinen Kinder irgendwie in eine Testungsreihe nach der anderen steckt. Also das passiert alles spielerisch. Die PädagogInnen sind geschult, die Kinder zu beobachten.

Und was, glaube ich, das wichtigste Argument der Legasthenie-Früherkennung ist, es kann maximal um die Früherkennung von Risikofaktoren gehen. Das ist alles bereits gesagt worden. Also wir sehen die Initiative, wie sie so formuliert ist, von den Freiheitlichen nicht als notwendig, weil in den Kindergärten bereits sehr umfassend auf die Sprachentwicklung und -förderung geachtet wird. Da gehört Legasthenie-Risikoerkennung dazu und deswegen enthalten wir uns bei diesem Antrag der Stimme.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Walcher:

„Sehr geehrte Damen und Herren, für die Unschärfe in dem Satz meines Antrages - bitte nicht im Antragstext selbst, sondern in der Einleitung -, der da lautet: ‚Idealerweise wird Legasthenie bereits vor dem Schuleintritt erkannt‘, möchte ich mich entschuldigen. Es ist logisch, wenn jemand nicht lesen und schreiben kann, kann er auch kein Legastheniker sein, zumindest noch kein ausgeprägter. Aber was teilweise in meinen Antrag wiederrum hineininterpretiert wird, da frage ich mich schon, vielleicht sollte man Legasthenie-Prävention – das ist schon zu spät – oder Legasthenie-Förderungsmaßnahmen hier im Gemeinderat einmal andenken. (Zwischenrufe, Unruhe)

Ich lese hier zum Beispiel in einem Pressedienst, der aus dem Büro von Stadtrat Giegler kommt: Demnach kann im Kindergartenalter nicht die von der FPÖ geforderte Legasthenie-Früherkennung, sondern die von städtischen Kindergärten bereits durchgeführte Legasthenie-Risikoerkennung umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, im Antragstext, der sich auf Seite 2 meines Antrages findet, steht ganz klar und deutlich: ‚Die verantwortlichen Stellen im Magistrat Linz werden aufgefordert, für Linzer Kindergärten ein Maßnahmenpaket zur Legasthenie-Risikoerkennung zu entwickeln.‘ Ich habe nirgends gefordert, dass man Kinder flächendeckend in irgendwelche Testreihen hineintreiben muss. Ich weiß nicht, wo Sie das herausgelesen haben, Frau Kollegin Roschger. Bei mir steht das jedenfalls nirgends drinnen.

Aber gut, ich sehe, es wird hier in diesem Gemeinderat keine Mehrheit für diesen Antrag geben. Ich sage nur, es gibt unterschiedliche Expertenansätze. Die einen sagen möglichst

früh, die anderen sagen erst nach zwei, drei Schuljahren. Wie dem auch sei, ich hätte es für notwendig gehalten. Wenn man meint, dass in der Stadt Linz kein Bedarf besteht, bitte dann eben nicht.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25), ÖVP (17) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Bürgermeister Luger übernimmt wieder den Vorsitz.

Stadtrat Wimmer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

J 9 Strategisches Konzept für Städtepartnerschaften entwickeln

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, wesentlich entspannter, so hoffe ich zumindest, kann das folgende Thema abgehandelt werden. Es gab zum Zeitpunkt der Antragsverfassung im Sommer noch 18 internationale Städtepartnerschaften, mittlerweile sind es bereits 19. Einige davon sind sehr jung, andere bestehen seit mehreren Jahrzehnten.

Ich glaube, es gibt - wie Gespräche mit dem einen oder anderen Politikerkollegen in Linz zeigen - das eine oder andere Betätigungsfeld, das man noch ausbauen könnte, wo noch Bedarf an einem Mehr an Koordination wäre. Andere Dinge wiederum funktionieren sehr gut. Wir glauben, es wäre sinnvoll, dass es hier im Bereich der internationalen Kontakte von Linz im Bereich der Städtepartnerschaften eine Art strategisches Gesamtkonzept gibt, das zunächst erarbeitet werden soll. Insbesondere sollen wir die Potenziale der einzelnen Partnerschaften abklären und forcieren, aber auch beim Abschluss neuer Partnerschaften darauf Bedacht nehmen, dass etwaige Lücken geschlossen werden und diese Partnerschaften dann nicht nur reine Papiertiger sind. Die gibt es zum Glück hoffentlich nur selten. Wir sollen ein Optimum aus den Dingen schöpfen und die Ressourcen bestmöglich verwerten können, sodass wir gemeinsam über die Grenzen des Staates hinaus mehr erreichen. Das gelingt oft und wird in Zukunft hoffentlich noch öfter oder noch besser gelingen.

Der Gemeinderat beschließt:

„Die bestehenden Städtepartnerschaften werden im Sinne der Begründung analysiert. Im Zuge dessen wird ein strategisches Gesamtkonzept für Städtepartnerschaften erstellt und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Bedeckungsvorschlag: Eine Bedeckung der anfallenden Kosten soll durch Einsparungen bei Doppel- und Mehrfachförderungen von Vereinen sichergestellt werden.

Ich ersuche um Zustimmung zu einem Mehr an Zusammenarbeit zu einem besseren strategischen Konzept und zu diesem Antrag. Danke dafür.“ (Beifall FPÖ)

Bürgermeister Luger:

„Ich schlage dem Gemeinderat die Annahme dieses Antrages vor. Ich darf darüber informieren, dass derzeit von sechs europäischen aber auch außereuropäischen Städten über deren Botschaften Schritte gesetzt werden, mit Linz in Gespräche bezüglich Städtepartnerschaften einzutreten. Es macht, glaube ich, Sinn, wenn wir strategische Ausrichtungen gemeinsam diskutieren, erarbeiten und dann umsetzen.“

Wortmeldung **Gemeinderat Fediuk:**

„Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben einmal einen Vergleich der Landeshauptstädte durchgeführt. Wien hat zum Beispiel zehn Städtepartnerschaften, Graz 13, Salzburg zehn, Innsbruck sieben, Klagenfurt 15, St. Pölten sechs, Eisenstadt fünf, Bregenz zwei und sehr erfreulich, Linz 19 Partnerstädte und vier Freundschaftsstädte.

Die Linzer Städtepartnerschaften gehen im Grunde auf vier Initiativgruppen zurück: Privatpersonen, Vereine, Unternehmen und politische EntscheidungsträgerInnen. Städtepartnerschaften haben in den letzten drei Jahren aber einen Wandel vollzogen.

Standen früher internationale Wochen, folkloristische Darbietungen, Beamtenaustausch und Besuche von politischen Vertretern im Vordergrund, so stehen heute Themen wie Wissenstransfer, der Eintritt in neue Märkte, die internationale Präsenz von Kulturschaffenden, aber auch - und das ist wichtig - humanitäre Hilfe im Mittelpunkt der Partnerschaften. Ob Linz jetzt seine bestehenden Städtepartnerschaften ausreichend pflegt oder ob diese Partnerschaften noch mehr intensiviert werden sollten, liegt fast immer in der subjektiven Meinung des Betrachters.

Da man die Häufigkeit der Kontakte zu den 23 Linzer Partnern- und Freundschaftsstädten durchaus von Zeit zu Zeit einer Evaluierung unterziehen und eine Strategie erarbeiten soll, werden wir dem Antrag aber unsere Zustimmung erteilen.“ (Beifall ÖVP)

Schlusswort **Stadtrat Wimmer:**

„Ich bedanke mich für die Zustimmung.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Mayr berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

J 10 Veröffentlichung von Gemeinderatsmaterialien im Internet

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte KollegInnen, stellen Sie sich vor, Sie säßen nicht im Linzer Gemeinderat, interessieren sich aber trotzdem dafür, was hier besprochen und was beschlossen wird. Es wäre Ihnen nicht zu verdenken, wenn es Ihnen bei der versuchten Vorbereitung Falten der Ratlosigkeit auf die Stirn zaubern würde. Immerhin gibt es auf der Webseite der Stadt Linz vor Gemeinderatssitzungen, außer der Überschrift der jeweiligen Anträge, kaum etwas bzw. gar nichts zu finden. Wenn man sich also in eine Person hineinversetzt, die nicht dem Gemeinderat angehört, wird die mit Überschriften konfrontiert, wie zum Beispiel aus der heutigen Sitzung ‚Ausverhandelte Einsparungen offenlegen‘, ‚QR-Codes zur Informationsvermittlung nutzen‘ oder ‚Veröffentlichungen von Gemeinderatsmaterialien im Internet‘. Bei letzterem Antrag kann ich verstehen, wenn sich jemand denkt, was will der Mayr hier jetzt genau.

Bei den Fraktionsanträgen ist es noch einfacher. Wirklich kompliziert wird es dann, wenn es um Anträge zum Beispiel aus dem Raumplanungs- Baurechtsausschuss geht – zum Beispiel heute Bebauungsplanänderung 04-042-01-01, KG Katzbach (Linzer Straße 10-16) usw. Da kann sich vermutlich kein Mensch etwas darunter vorstellen. Das lässt sich eigentlich relativ einfach beheben, in dem wir heute einen Beschluss fassen, in dem wir mehr Transparenz ermöglichen und damit die LinzerInnen mehr informieren und dadurch Mitbestimmung fördern.

Es gibt eine relativ einfache Möglichkeit, in dem wir dafür sorgen, dass bereits eine Woche vor der Gemeinderatssitzung zum Beispiel, wenn die Tagesordnung zugeht, alle Anträge vollständig im Internet veröffentlicht werden. Ich stelle daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Das für städtische Veröffentlichungen im Internet zuständige Mitglied des Stadtsenates wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass künftig sämtliche zu behandelnden Gemeinderatsanträge bereits vor der Sitzung online zur Verfügung stehen. Die veröffentlichten Dokumente sollen auch maschinenlesbar und in nicht proprietärer Form zugänglich gemacht werden.“

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir Freiheitlichen als Vorreiter für mehr Transparenz hier im Gemeinderat sagen natürlich dieser Grünen-Initiative unsere Unterstützung zu.

Im Formeltext des Antrages werden nur die Gemeinderatsanträge erwähnt. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, dass sämtliche Beilagen, zum Beispiel auch Vertragswerke, unter Berücksichtigung aller datenschutzrechtlichen Aspekte, mitveröffentlicht werden. Wir stellen dahingehend einen **Zusatzantrag**. Der Text wurde an alle Fraktionen verteilt.

Der Gemeinderat beschließe:

„Das für städtische Veröffentlichungen im Internet zuständige Mitglied des Stadtsenates wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass künftig sämtliche zu behandelnde Gemeinderatsanträge, sowie Beilagen (z.B. Vertragswerke) unter Berücksichtigung aller datenschutzrechtlichen Aspekte, bereits vor der Sitzung online zur Verfügung stehen. Die veröffentlichten Dokumente sollen auch maschinenlesbar und in nicht proprietärer Form zugänglich gemacht werden.“

Ich bitte um Annahme unseres Zusatzantrages.“ (Beifall FPO)

Gemeinderat Ing. Mag. Jungwirth:

„Sehr geehrte Damen und Herren, zusätzlich zu den Antragstexten gibt es auch anderes Material, Beilagen und Pläne etc. Diese sind auch online zu stellen, um sich ein gesamtheitliches Bild machen zu können, das hat Kollege Hein schon gesagt. Natürlich gibt es Bedenken bezüglich der Vertraulichkeit und der Amtsverschwiegenheit. Ich werde versuchen, hier einige Bedenken auszuräumen.

§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Magistrat besagt, dass vertrauliche Akten und Geschäftsstücke entsprechend zu kennzeichnen sind. Solche Schriftstücke stellt man natürlich nicht online. § 13 Abs. 4 StL beinhaltet einige Punkte, wo Amtsverschwiegenheit vorgesehen ist. Der Großteil dieser Punkte ist aber nicht einschlägig für die Stadt Linz. Jene Punkte, die einschlägig sind, sind ganz leicht geprüft und bleiben dann einfach offline. Ich stelle daher folgenden **Zusatzantrag**:

Der Gemeinderat beschließe:

„Zusätzlich sollen zu den Gemeinderatsanträgen auch die Amtsberichte und die dazugehörenden Beilagen und Pläne bereits vor der Sitzung online zur Verfügung stehen. Ausgenommen von

der Veröffentlichung im Internet sind Amtsberichte, die nach § 18 Abs. 2 GEOM als vertraulich gekennzeichnet sind bzw. die vom vorberatenden Gemeinderatsausschuss bzw. Stadtsenat als vertraulich im Sinne des § 13 Abs. 4 StL 1992 (Amtsverschwiegenheit) beurteilt werden.'

Danke.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Luger:

„Ich möchte den Vorschlag unterbreiten, dass wir den Ursprungsantrag und die Zusatzanträge dem Verfassungsausschuss zuweisen, weil das rechtlich nicht so einfach ist. Man muss erster Linie zwischen den Amtsanträgen und den Fraktionsanträgen differenzieren.

Für Fraktionsanträge scheint es völlig unproblematisch zu sein, diese im Vorfeld bereits im Internet zu publizieren. Bei den Amtsanträgen oder den Anträgen der Fachdienststellen ist genauer zu prüfen. Nach § 9 Abs. 5 unseres Statutes ist klar festgelegt, dass nur - also ausnahmslos - den Gemeinderatsmitgliedern im Vorfeld bis zur Behandlung im Gemeinderat Informationsrechte zustehen.

Ich möchte deswegen diese differenziertere Diskussion im Ausschuss machen. Ich glaube, dass niemand in diesem Gemeinderat einerseits einen Rechtsbruch begehen möchte, wir aber andererseits alle gemeinsam gerne für die nötige Transparenz sorgen möchten und wir mit Sicherheit bei den Anträgen, die ohnedies öffentlich sind, keine Geheimnistuerei haben wollen. Diese rechtliche Beurteilung ist nicht so einfach, wie der politische Anspruch, der uns vereint. Deswegen mein Vorschlag, der Zuweisung an den Verfassungsausschuss. Da können wir die rechtlichen Rahmen genauer ausloten und die entsprechenden Maßnahmen setzen.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mayr:

„Ich bin fast überwältigt ob der Konstruktivität, wie dieses Thema behandelt worden ist. Die Zusatzanträge von FPÖ und ÖVP können wir natürlich, wie den ursprünglichen Antrag der Grünen gemeinsam im Ausschuss diskutieren. Ich bin ohnehin nie davon ausgegangen, dass jemand vor hat, basierend auf diesem Antrag irgendwelche Gesetze zu verletzen. Wenn wir das im Ausschuss noch einmal so genau besprechen wollen, ist das natürlich in Ordnung. Meine Idee war es nicht, dass das jemand tun soll und ich wollte auch niemanden dazu auffordern.

Ich bedanke mich auf jeden Fall für die Zustimmung bzw. für die Zuweisung und hoffe, dass wir schaffen, dass dieser Antrag nach der Diskussion im Ausschuss relativ bald wieder aus diesem Ausschuss herauskommt. Wie Sie wissen, bin ich von meiner Mitgliedschaft im Kulturausschuss in der letzten Legislaturperiode ein bisschen geschädigt, da sind immer wieder Anträge verloren gegangen. Ich hoffe, dass wir vor der Wahl noch schaffen, dass es für die nächsten sechs Jahre eine gültige und gescheite Regelung gibt. Ich bedanke mich für die Zustimmung.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag und beide Zusatzanträge abstimmen.

Der Antrag inkl. der Zusatzanträge der FPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion wird **einstimmig dem Verfassungs-, Raumplanung- und Baurechtsausschuss zugewiesen.**

Gemeinderätin Schmied, M.A., berichtet über den von der **Gemeindefraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

J 11 Wohnungsleerstand in Linz – Erstellung einer Studie

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie, der neueste vorliegende Wohnungsbericht zeigt einen steigenden Bedarf an Wohnungen in Linz. In manchen Bezirken in Oberösterreich sinkt die Nachfrage. Das heißt, wir sind nach wie vor darauf angewiesen, in Linz günstigen Wohnraum zu haben.

Schön langsam geht uns aber das Bauland aus. Das heißt, wir können den Bedarf dieser steigenden Wohnungsanzahl über Neubauten kaum mehr decken. Daher wäre es wichtig zu schauen, welche Leerstände wir haben. Ich meine jetzt nicht die Leerstände bei den Genossenschaftswohnungen, da gibt es kaum welche. Wenn ja, dann nur während eines Umbaus oder wegen der Adaptierung einer Wohnung.

Hinweisen möchte ich, dass es bereits Leerstandsanalysen unter anderem in Wien im Jahr 2000 gegeben hat. Ich möchte jetzt aus einem Stadtentwicklungsatlas vorlesen: ‚Es wird mit einer Leerstandserfassung über Stromzähler eine Methode angewendet, die es erlaubt, den Wohnungsleerstand flächendeckend, kleinteilig, aktuell, kontinuierlich und mit vergleichsweise geringem Aufwand zu erfassen und in seiner Entwicklung zu beobachten.‘ Wenn wir den Leerstand wissen, egal ob mit der Methode des Stromzählers - datenrechtlich muss natürlich alles geschützt sein - oder mit einer anderen Methode, ist es wichtig, das Thema in Angriff zu nehmen und zu schauen, ob man auf politischer Ebene etwas tun muss oder nicht.

Wir stellen daher in diesem Wohnungsleerstands-zusammenhang einen Antrag. Bevor ich den Antrag stelle, möchte ich darauf hinweisen, dass sich die Medien dieses Themas sehr nachhaltig angenommen haben. Das heißt, es gibt nachweislich Bedarf. Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

‚Der Linzer Gemeinderat ersucht das für die Angelegenheiten des Wohnungswesens zuständige Mitglied im Stadtsenat eine Studie über den längerfristigen Wohnungsleerstand in Linz unter Wahrung des Datenschutzes in Auftrag zu geben. Diese Studie ist Grundlage für Maßnahmen zur Verminderung des Wohnungsmangels in Linz und wird unverzüglich nach Fertigstellung zur weiteren Diskussion den im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Verfügung gestellt.‘

Ich bedanke mich schon im Vorhinein für die Annahme.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Kühn:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Edith, du hast es gesagt. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, den tatsächlichen Stand an leerstehenden Wohnungen zu kennen - du hast es selber angesprochen. Dabei liegt im Datenschutz ein sehr großes Problem. Es scheitert wirklich an datenschutzrechtlichen Dingen, besonders die Sache mit den Stromzählern von der Linz AG. Ich habe mich genau erkundigt. Aus rechtlichen Gründen könnte man die Linz AG zum Beispiel nur über richterlichen Beschluss zwingen, eine Auskunft zu ermöglichen. Das ist sehr, sehr problematisch und schwierig. Ich glaube nicht, dass wir dadurch sehr viel in Erfahrung bringen könnten. Wie gesagt, eine Studie, die du verlangst, kostet nicht wenig Geld. Das Ergebnis wäre, dass wir mit diesen Daten nichts anfangen können.

Zusammenfassend kann man sagen, es ist vielleicht eine teure Studie, wo wir etwas erfahren, das wir gar nicht wissen dürfen und in weiterer Folge schon gar nicht verwenden dürfen. Das ist alles nicht sehr ausgegoren. Man muss dazu sagen, dass hier, wie im Juli 2012, von euch im Antrag wieder keine Bedeckung angegeben ist. Aus den vorgenannten Gründen wird sich die sozialdemokratische Fraktion bei diesem Antrag der Stimme enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderätin Neubauer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, es heißt, Wiederholung ist ein Starrkrampf der Seele. Ich wünsche diesem Haus, dass Die Grünen jetzt endlich aus diesem Starrkrampf wieder aufwachen. Es ist schön langsam eine Missachtung aller Mitglieder dieses Gemeinderates, wenn ein und dieselben Anträge immer wieder vorgelegt werden. In der Verwaltung gibt es wenigstens die Bestimmung, dass ein und dieselbe Sache nicht zweimal eingebracht werden darf, sofern nicht neue Erkenntnisse da sind. Das gilt für die Politik leider nicht.

Sie sind zu faul, die Anträge umzuformulieren. Sie haben gerade noch Erich Watzl herausgestrichen, das wäre noch die Peinlichkeit schlechthin gewesen. Man kann sich selber nicht plagieren, das sehe ich ein. Es ist für dieses Haus nicht angemessen, wie man mit den Mandatären umgeht, weil sich an der Situation seit 2012 nichts geändert hat.

Fragen Sie Ihre eigene grüne Stadträtin Vassilakou, die hat nicht nur eine Studie im Jahre 2000 gemacht, es gibt schon mehrere Studien in Wien. Die erste Studie war schon 1995. Man macht Studien, Studien, Studien und Sie sagen, seriöse Diskussion. Ob das seriös oder unseriös diskutiert worden ist, weiß ich nicht, es hat sich nur nichts geändert.

Also was sollte sich aufgrund dieser vielen Studien, die in Wien schon gemacht wurden und die nichts geändert haben, in Linz aufgrund einer Studie, die wir machen, an der Wohnsituation wirklich ändern. Diese mediale Diskussion über die Wohnungsnot ist eine ganz perfide. Da heißt es: 11.000 Wohnungssuchende alleine in Linz.

Ist das eine Wohnungsnot? Das kann man so oder so sehen. Wenn gleichzeitig in einer Anfragebeantwortung kommt, dass es in ganz Oberösterreich im ganzen Jahr 2013 nicht einmal knapp 5000 Obdachlose gegeben hat, ist die Wohnungsnot eine relative Not. Das heißt, es sind hauptsächlich Menschen, die woanders hin wollen, die aufgrund ihrer geänderten Familienverhältnisse eine größere oder eine kleinere Wohnung wollen. Aber es steht hoffentlich, Gott sei Dank keiner dieser Wohnungssuchenden auf der Straße. Also ich würde den Begriff Not nicht unbedingt so überstrapazieren.

Im Zuge dieser Diskussion ist mir noch aufgefallen - leider, ich wollte es nicht erwähnen, aber die Medien haben es gemacht -, dass Kollege Huber sagt, dass die Stadt Linz viel zu wenig Landeswohnbaumittel erhält. Ich würde ihn bitten, doch bitte einmal an Herrn Faymann heranzutreten, wo die 10.000 Wohnungen sind, die im Wahlkampf versprochen wurden. Die Landeswohnbauförderung würde sich über diese 10.000 Wohnungen freuen und sicher einige davon in Linz errichten.

Wenn man sich die Ergebnisse dieser vielen Wiener Studien angeschaut hat, merkt man, dass leerstehend nicht unbedingt auf dem Markt zur Verfügung stehend heißt. Einige Wohnungen im privaten Bereich sind wegen Sanierungsvorhaben nicht benutzt. Dann gibt es welche, die werden von den Hauseigentümern ganz rechtlich legitim wegen Eigenbedarf zurückgehalten.

Wir haben aber keine Enteignung und das wollen wir nicht. Wir sind sicher nicht dafür zu haben, dass jemand seine Wohnung zwangsvermieten muss, wenn er sie nicht vermieten will.

Wenn er sich das leisten kann, ist das sein gutes Recht. Mir scheint, das ist so ein bisschen eine Eigentumsdebatte. Es gibt nicht nur Vermieter, die Wohnungen nicht frei machen, es gibt auch die Mieterseite.

Da gibt es Leute, die einen Zweitwohnsitz haben und den nur phasenweise nutzen. Es gibt Ferienwohnungen, die nicht genutzt werden. Und es gibt Familien, die gerade eine Beziehung bilden oder nicht, wo sich beide die Optionen offenlassen wollen. Auch das sind alles Wohnungen, die vielleicht nicht dauerhaft bewohnt werden, aber trotzdem dem Markt nicht zur Verfügung stehen. Es hat sicher jeder seinen Grund, warum er das leerstehen lässt, weil er sich das leisten kann oder weil er es braucht. Das hat, glaube ich, einen Staat nichts anzugehen.

Aus all diesen Gründen werden auch wir uns diesem Antrag enthalten.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeister Mag. Baier:

„Ich versuche den zweiten Vermittlungsversuch am heutigen Tage, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Zwischenruf) Zum Antrag selbst kann man sagen, dass die Frage, wie viele Leerstände es im genossenschaftlichen Bereich, das heißt, im geförderten Wohnbau und im privaten Bereich gibt, zweifelsfrei berechtigt ist. Kollege Kühn hat das aus meiner Sicht völlig richtig angesprochen, es wäre wünschenswert, wenn wir das wüssten. Nur die Frage ist, wie wir an diese Informationen und Daten kommen. Da stoßen wir schon auf das erste Problem.

Bei den Genossenschaften ist es zwar nicht das Problem, dass wir die Informationen nicht bekommen, nur wir wissen, dass es dort sehr wenig Wohnungsleerstand gibt. Dort haben wir eher eine gegenteilige Situation, dass wir eine relativ lange durchschnittliche Wartezeit bei den Wohnungsgenossenschaften haben - zwischen drei bis vier Jahren bzw. drei bis fünf Jahren, je nach Wohnungsgenossenschaft. Das heißt, wir haben da wenig Leerstände. Im privaten Bereich können wir nur darüber mutmaßen, wie die Situation ist, denn Informationen stehen uns nicht zur Verfügung.

Die zweite Frage ist, was wären die Gründe dafür, das wäre nämlich dahinterliegend. Das heißt, wir müssten nicht nur klären, wo eine Wohnung frei steht oder wem die leerstehende Wohnung gehört, sondern, was sind die Gründe dafür, dass die Wohnung leer steht.

Ein paar Gründe sind schon angeführt worden. Wenn jemand sagt, okay, ich habe in einiger Zeit, in absehbarer Zukunft einen Eigenbedarf oder weil er vielleicht aus anderen Gründen nicht bereit ist, die Wohnung zu vermieten, weil er sagt, ich lasse die Wohnung leerstehen.

Auch das Mietrechtsgesetz ist ein Thema - eine Novelle des Mietrechtsgesetzes wird gerade auf Bundesebene diskutiert. Es würde uns nicht genügen, dass wir nur das Mengengerüst erheben, sondern wir müssten in die Motivlage vordringen und da wird es noch einmal diffiziler und sehr kostspielig. Ich verstehe daher das Ansinnen, nur glaube ich, dass uns eine Studie über Zahlen nicht wirklich weiterbringt. Daher glaube ich, dass man diesem Antrag, so wie er vorliegt, nicht zustimmen kann.

Zur Kollegin Neubauer sei nur ein Wort gesagt. Wohnungsnot heißt nicht nur Obdachlosigkeit, das möchte ich schon bitte in diesem Zusammenhang ein bisschen zurechtrücken. Natürlich gibt es Wohnungssuchende, die einen Wohnungsbedarf aus unterschiedlichen Gründen haben. Vielleicht, weil sie im Begriff sind, eine Familie zu gründen oder weil ein zusätzlicher Zuwachs oder mehrere Kinder kommen, oder weil man andere geänderte Lebensumstände hat. Das heißt, wir haben in Linz schon einen Wohnungsbedarf und daher ist es wichtig - nur

dass da kein falscher Eindruck entsteht -, dass wir in Zukunft einen adäquaten Anteil an der Wohnbauförderung am Neubau in Oberösterreich bekommen.

In den letzten Jahren ist uns das im Durchschnitt gelungen. Da haben Sie Recht, das soll man jetzt nicht durcheinanderwirbeln, da gibt es keine Schieflage. Im Gegenteil, wir liegen im Durchschnitt in etwa über dem Bevölkerungsschnitt, über dem Bevölkerungsanteil gesamtösterreichisch gesehen, aber wir brauchen das auch in Zukunft.

Und wenn wir darüber hinaus noch größere Projekte vorhaben, wie wir sie im Bereich Ebelsberg diskutieren, werden wir mit Sicherheit darüber diskutieren müssen, nicht nur, wie wir das aus dem jährlichen Programm schaffen können, sondern ob es dafür möglicherweise ein Sonderwohnbauprogramm geben könnte. Vorausgesetzt wir können das in Ebelsberg so realisieren, wie wir uns das dem Grunde nach quer durch die Fraktionen vornehmen.

Das heißt unter dem Strich, gibt es eine große Nachfrage nach Wohnungen in Linz, auch im Neubau. Das heißt, wir brauchen in Zukunft unseren Kuchen an der Wohnbauförderung.

Das Zweite ist, was den Antrag anbelangt ist, dass uns der Datenschutz entgegensteht. Vor diesem Hintergrund empfehle ich meiner Fraktion sich der Stimme zu enthalten.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Schmied, M.A.:

„Ich bedanke mich für die Wortmeldungen. Das zeigt, dass dieses Thema ein wichtiges ist. Zwar wird es verschieden angegangen, aber es ist ein wichtiges Thema, das hat niemand abgestritten.

Kollege Kühn, es heißt nicht, dass man eine Studie, die Geld kostet, gleich ablehnen soll. Auch der Wohnbau kostet, darauf werde ich noch einmal eingehen. Wohnbau, der umsonst gebaut wird, weil etwas sowieso leer wäre, kostet ebenfalls. Es gibt übrigens die Studien nicht nur in Wien, sondern auch bei zwei Kleingemeinden in Österreich. Und dass ich das mit den Stromzählern vorgeschlagen habe, war ein Vorschlag. Im Antrag selbst steht das nicht drinnen.

Frau Gemeinderätin Neubauer, jetzt kann man darüber diskutieren, ob ich zur Unterstellung, dass ich oder wir Grünen einen Starrkrampf haben oder ob wir faul sind, Bezug nehmen soll. Ich habe beschlossen, dass ich es nicht tue.

Ich frage nur, wie viele Anträge zum Alkoholverbot haben Sie mit nahezu dem gleichen Wortlaut gestellt?

Zwischenruf **Gemeinderätin Neubauer:**

„Wir haben ihn wenigstens umgeschrieben!“ (Unruhe)

Gemeinderätin Schmied, M.A. weiter:

Und wenn Sie ihn das siebente Mal stellen, wird er wahrscheinlich genauso ähnlich klingen. Gut, dann lassen wir jetzt diese Alkoholstudien, die Sie immer wieder haben wollen.

Herr Vizebürgermeister Baier hat es schon erwähnt, Obdachlose und Menschen die Wohnungen suchen, weil sie geänderte Familienverhältnisse haben, in einen Topf zu schmeißen, ist schlicht und ergreifend nicht in Ordnung. Sagen wir einmal so.

Frau Gemeinderätin Neubauer, woher wissen Sie, welche Privatwohnungen aus welchem Grund leerstehen? (Zwischenruf) Auf Grund welcher Studie wissen Sie denn das? Das täte mich wirklich interessieren. Aber Sie werden Ihre Studie gemacht haben und sie wird kein Geld gekostet haben, danke dafür. (Unruhe)

Lieber Bernhard, wie man an Infos kommen soll, ist schwierig. Ich habe im Antrag geschrieben: ‚unter Wahrung des Datenschutzes.‘ Das ist ganz wichtig. Wenn wir nicht wissen, was leersteht, können wir den Rest gar nicht diskutieren, dann erübrigt sich jede Diskussion. Es gibt andere Gründe, nicht zu vermieten, das ist mir schon klar, aber es gibt die Gründe für Wohnraumverknappung. Da werden dann die Mieten erhöht. Diese Gründe gibt es nämlich auch.

Ein Sonderwohnbauprogramm ist schön, aber wenn ich vorher einmal die leerstehenden Wohnungen unter allen berechtigten Eigenbedarfsbenutzungen vergeben kann, kann man das noch einmal in Betracht ziehen. Das heißt, es gibt nach wie vor eine Nachfrage nach großen Wohnungen, das hat niemand hier abgestritten, der Zugang ist ein anderer.

Ich stelle fest, dass der Antrag keine Mehrheit bekommen wird. Ich möchte aber noch sagen, jammert das aber dann bitte einmal hochwirksam in den öffentlichen Medien, dass Linz zu wenig Wohnungen hat. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25), ÖVP (17) und FPÖ (9) sowie Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

J 12 Ausweisung des Schiltenbergwaldes in Linz Ebelsberg als Landschaftsschutzgebiet oder als geschützter Landschaftsteil – Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, der Schiltenbergwald ist das größte zusammenhängende Waldgebiet im Süden von Linz, ein wichtiges und beliebtes Naherholungsgebiet für die Linzerinnen und Linzer und für viele Ruhe- und Erholungssuchende aus der Region. Der naturbelassene Wald weist außerdem gefährdete und geschützte Pflanzen und Tiere in beträchtlichem Ausmaß auf.

In der Biotopkartierung Linz-Süd ist der breitblättrige oder grüne Ständelwurz, *Epipactis helleborine* im Schiltenbergwald beheimatet und als geschützte Pflanze in Oberösterreich ausgewiesen. (Unruhe) Der Waldbestand weist in weiten Teilen eine naturnahe Baumartenzusammensetzung mit Bergahorn, Winterlinde, Silberpappel, Esche, Rotbuche, Hainbuche und Stilleiche auf und beherbergt einige als regional gefährdet eingestufte Pflanzenarten, wie z. B. Wiesensalbei, Großblütige Braunelle, Hügel-Vergissmeinnicht, Genfer Günsel, Hain-Wachtelweizen, Weichhaariger Hohlzahn.

Große Bedeutung kommt dem Schiltenbergwald aus Sicht des Landschaftsschutzes zu, da er im Nahbereich zum verbauten Gebiet von Ebelsberg, Ennsfeld und Pichling einen naturnahen Kontrast zum Siedlungsgebiet darstellt. Auch aus lufthygienischer und stadtklimatologischer

Sicht kommt ihm eine außerordentlich große Bedeutung als Feinstaub- und Schadstofffilter bzw. Frischluftproduzent zu.

Es sind noch folgende Brutvogelarten, die zu den geschützten Tierarten in Österreich gehören, im Schiltenbergwald beheimatet: Drossel, Fitis, Goldammer, Kleiber, Kernbeisser, Mönchsgrasmücke, Sommergoldhähnchen, Tannenhäher, Sumpfmeise, Waldbaumläufer, Waldlaubsänger, Zilpzalp. (Unruhe) Für folgende schützenswerte Insekten ist der Schiltenbergwald wichtiger Lebensraum: Die 1991 untersuchte Käferfauna weist mit 92 Arten den größten Individuenreichtum von allen bis dahin in Linz untersuchten Gebieten auf, was die besondere Schutzwürdigkeit dieses Gebietes unterstreicht. Bei den Schmetterlingen wurden unter anderem der Kleine Eisvogel, das Waldbrettspiel und der Kleine Schillerfalter, der in Oberösterreich geschützt ist, gesichtet.

Als in Oberösterreich geschützte nachgewiesene Amphibien leben im Schiltenbergwald unter anderem Erdkröte, Laubfrosch, Springfrosch, Grasfrosch und Feuersalamander. Bei den Reptilien konnten Blindschleiche, Ringelnatter, Schlingnatter und Zauneidechse nachgewiesen werden. Weiters haben Fledermäuse, die eine geschützte Tierart darstellen, im Bereich Schiltenberg/Ennsfeld ihre Heimat.

Um die aufgezählten und bedrohten Tier- und Pflanzenarten entsprechend nachhaltig zu schützen und die Erholungsfunktion Landschaftsschutz, Lufthygiene und Stadtklimafunktion des Waldes für die BewohnerInnen der angrenzenden Siedlungen und auch für alle Linzerinnen und Linzer sowie die gesamte Region zu erhalten, sollte das gesamte Gebiet des Schiltenbergwaldes als Landschaftsschutzgebiet oder als geschützter Landschaftsteil gemäß § 11 bzw. § 12 des Oö. Naturschutz- und Landschaftsschutzgesetzes ausgewiesen werden. Dies deckt sich zudem mit der aktuellen Forderung der EU, dass Oberösterreich mehr in den Naturschutz investieren muss. Wir stellen daher den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution**:

„Das für Natur- und Landschaftsschutz zuständige Mitglied der Oö. Landesregierung wird aus oben angeführten Gründen ersucht, die Ausweisung des Schiltenbergwaldes als Landschaftsschutzgebiet oder als geschützten Landschaftsteil gemäß § 11 bzw. § 12 des Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetzes zu veranlassen und der Oö. Landesregierung zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Ich denke, es wäre wirklich ganz wichtig, dieses wertvolle Naturjuwel für die Zukunft zu schützen und ersuche dringend um Annahme.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Neubauer:

„Liebe Gerda Lenger, es ist völlig korrekt, es gibt im Schiltenbergwald gefährdete und geschützte Pflanzen und Tiere. Was das beträchtliche Ausmaß angeht, gibt es schon wieder abweichende Meinungen, aber es stimmt, sie sind gefährdet und geschützt. Genau deswegen sind jene gefährdeten und geschützten Pflanzen und Tiere bereits von den Bestimmungen des Oö. Natur- und Landschaftsschutzgesetzes und von der Oberösterreichischen Artenschutzverordnung geschützt. Das heißt, um den naturschutzrechtlichen Ansprüchen gerecht zu werden, brauchen wir kein zusätzliches Landschaftsschutzgebiet oder einen geschützten Landschaftsteil, denn es würde dadurch kein weiterer zusätzlicher Schutz entstehen.“

Und damit kommen wir auf den Punkt. Das ist leider schon wieder ein Umwegenantrag. Wenn wir ganz ehrlich sind, geht es nicht darum, einen zusätzlichen Schutz dieser Tierlein und der Pflanzen zu erreichen, sondern das ist eigentlich, wenn man es ganz ehrlich aussprechen möchte, nur eine weitere verzweifelte Maßnahme, die Ostumfahrung zu verhindern. Ich würde mir schon erwarten, dass man den Mut hat, das direkt anzusprechen, was man wirklich will. Wir haben die Position und sind der Meinung, dass der Schiltbergwald und die Traun-Donau-Auen geschont werden müssen. Die Bewohner von Ebelsberg dürfen in ihrer Lebensqualität mit dem Naherholungsgebiet nicht leiden.

Im Gegensatz zu den Grünen stehen wir aber trotzdem zu einer Ostumfahrung. Wir sind der Meinung, das gehört entsprechend diskutiert. Wir schieben nicht irgendwelche Beantragungen von Landschaftsschutzgebieten für Dinge vor, die ohnehin geschützt sind und wo es Stellungnahmen gibt. Das ist zwar nett, aber in der Priorität nicht ganz vorne, weil diese massenhaften Vorkommen dann auch nicht so vorliegen. Da gibt es prioritäre Gebiete. Diese Beurteilung ist nicht neu und nicht an Naturschützer gegangen, sondern die ist an Bürgerinitiativen gegen die Ostumfahrung adressiert worden und darum finde ich das definitiv unseriös.

Wir sind aber gerne bereit, diese Diskussion fortzusetzen. Mir wurde avisiert, dass eine Zuweisung im Raum steht. Damit sind wir einverstanden und dem werden wir zustimmen, um das in den entsprechenden Ausschüssen noch weiter zu diskutieren. Danke.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeisterin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, die avisierte Idee in Richtung einer Zuweisung kommt jetzt. Ich möchte darauf hinweisen, dass natürlich auf Grund der jetzt diskutierten möglichen Streckenführung der Ostumfahrung gerade der Schiltbergwald, aber auch viele andere Linzer Stadtgebiete in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt sind. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der Stellungnahme zur Regionskonferenz der Stadt Linz ganz explizit auf diese Themenstellungen eingegangen sind. Natürlich muss neben dem Naherholungsgebiet und dem Schiltbergwald die dortige Flora und Fauna besonders betrachtet werden.

Wir haben uns als Linzer SPÖ explizit gegen die geplante oberirdische Trassenführung in diesem Bereich - wie gesagt, es geht um eine Trassierung – ausgesprochen. Ich schlage vor, den Antrag zur eingehenden Beratung dem Umweltausschuss und dem Raumplanungsausschuss zuzuweisen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass bei Projektierungen gerade Naturschutz und Landschaftsschutz immer ein Thema sind und bei Rodungen das Gesetz jetzt schon schützen wird. Ich ersuche um Annahme“. (Beifall SPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Ich bin natürlich mit dem Vorschlag, dass wir das in diesen Ausschüssen besprechen, einverstanden. Ich schlage vor, dass wir hier eine gemeinsame Sitzung machen, damit das Ganze effizienter abgewickelt werden kann. Ich freue mich schon sehr auf die eingehende Diskussion über die Winterlinde, die Silberpappel und die Tierchen, die dort alle sind. Ich bedaure ein bisschen, dass wir dort die gemeine Schnirkelschnecke nicht haben, das ist eines meiner Lieblingstiere. Ich freue mich, wie gesagt, auf eine eingehende Diskussion im Ausschuss und hoffe, dass es möglich ist, dass wir das in einer gemeinsamen Sitzung abwickeln.

Zur Frau Gemeinderätin Neubauer möchte ich noch sagen, dass die Argumentation, dass es ohnehin ein Naturschutzgesetz und eine Artenschutzverordnung gibt und man daher eine zusätzliche Unterschutzstellung nicht bräuchte, für mich nicht ganz nachvollziehbar

ist, das gelte dann für alle anderen Bereiche auch. Das würde bedeuten, es würde diese Unterschutzstellung grundsätzlich nicht brauchen, weil ohnehin alles durch andere Varianten, wie das Naturschutzgesetz oder die Artenschutzverordnung geschützt wird.

Ich bin mit der Zuweisung einverstanden und hoffe, das in einer gemeinsamen Sitzung abwickeln zu können und freue mich darauf.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Lenger:

„Ich bin natürlich mit der Zuweisung zu den Ausschüssen einverstanden, obwohl ich der Meinung bin, dass man den Antrag so beschließen hätte können. Dass das hier geschützte Arten sind, ist in der Biotopkartierung manifestiert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier in diesem Gemeinderat jemand sitzt, der für eine Autobahn wertvollste Natur zerstören möchte.

Ich gehe davon aus, dass dieser Schiltensbergwald so oder so erhalten bleiben muss und dass das quasi für die anderen Fraktionen hier genauso klar ist, dass für die Lebensqualität in Linz der Erhalt der seltenen Tiere und Pflanzen notwendig ist. Das ist Naherholungsgebiet für die Menschen, die dort wohnen. Man plant am Kasernenareal Wohnungen und ich kann mir nicht vorstellen, dass man dann das Naherholungsgebiet zerstören möchte. Das wäre ein Signal, jawohl wir stehen dazu, wir wollen dieses Grünland erhalten, das ist ein Naturschutzgebiet. Damit würde das noch einmal vor einer Bedrohung faktisch bewahren. (Unruhe, Klingel)

Nachdem der Naturschutzlandesrat überall plakatiert, dass andere zögern und er anpackt, hätte ich mir eigentlich erwartet, dass er hier schon lange angepackt hätte und dieses Gebiet unter Naturschutz gestellt hätte. Aber wie gesagt, ich freue mich auf eine Diskussion im gemeinsamen Ausschuss und hoffe, dass dann die Resolution an das Land geht.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Ausschuss für Frauen, Umwelt, Naturschutz und Bildung und dem Verfassungs-, Raumplanungs- und Baurechtsausschuss zugewiesen.**

Gemeinderat Hackl berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend Sicherheitskonzept für lokale Brennpunkte in Linz

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, dieser Dringlichkeitsantrag bezieht sich auf ein Sicherheitskonzept für lokale Brennpunkte in Linz.

„Ein Lokalgast hat Montagnachmittag in der Linzer Altstadt den Kellner einer benachbarten Bar mit einem Glas am Hals schwer verletzt. Nach der Attacke rannte der Verdächtige davon, er wurde aber wenig später auf der nahegelegenen Oberen Donaulände gefasst. Das 27-jährige Opfer wurde am Abend im AKh notoperiert, über seinen Zustand war vorerst nichts bekannt. Gegen 16.30 Uhr hatten mehrere Männer vor dem Lokal gelärmt. Der Kellner ersuchte sie, leise zu sein. Plötzlich eskalierte die Situation und der Gast ging auf den 27-Jährigen los. Das Landeskriminalamt nahm Ermittlungen auf.“ Das sind die Kernpassagen einer Aussendung der Presseagentur vom 6. Oktober 2014.

Mittlerweile wurden zahlreiche weitere Medienberichte zu dieser Bluttat bzw. Attacke und deren Folgen veröffentlicht, unter anderem in den Medienausgaben vom 15. Oktober. In diesen Berichten wird mitgeteilt, dass am 14. Oktober im Beisein von Bürgermeister Luger eine Besprechung von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Polizei, Gewerbe, Tourismus und Sozialarbeit stattgefunden hat, um zu beraten, wie man diesem Problem Herr werden könnte.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass aus der Linzer Bürgerumfrage von 2011 etliche Stadtgebiete hervorgehen, in denen das Unsicherheitsgefühl höher ausgeprägt ist, als im Stadtdurchschnitt. Während nämlich im Stadtdurchschnitt 13,8 Prozent der Bevölkerung angeben, sich in ihrem Wohngebiet eher unsicher oder sehr unsicher zu fühlen, ergeben sich in folgenden Stadtregionen höhere Quoten an Verunsicherung. Diese Stadtteile sind: Neue Heimat, Scharlinz, Kleinmünchen, Auwiesen, Wegscheid, Andreas-Hofer-Viertel, Markatviertel, Wankmüllerhofviertel, Ebelsberg, Franckviertel, Hafenviertel, Volksgartenviertel und Neustadtviertel.

Aufbauend auf dem Zusammentreffen zwischen Bürgermeister und den Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Polizei, Gewerbe, Tourismus, Sozialarbeit stellen die unterzeichneten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Im Sinne der vorbeugenden Stadtteilarbeit und der zu ziehenden Lehren aus der brutalen Attacke in der Linzer Altstadt, muss unter Einbindung der erwähnten Partnerinnen und Partner und aller Gemeinderatsfraktionen ein flächendeckendes Sicherheitskonzept erarbeitet werden, das insbesondere Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage und des Sicherheitsgefühls in jenen Stadtregionen beinhaltet, in denen laut Bürgerbefragung das Unsicherheitsgefühl höher ausgeprägt ist, als im Durchschnitt der Stadt Linz. Dabei ist insbesondere auf die lokalen Sicherheits- und Ordnungsbrennpunkte in diesen Stadtregionen (z.B. auf Lokalmeilen, Grünanlagen, große Wohnanlagen, Unterführungen etc.) mit konkreten Maßnahmen einzugehen.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, lieber Josef, wer es mit diesem Antrag ... Zwischenrufe, Heiterkeit ... Nein, da steht hier Josef Hackl. Man muss das schwarz auf weiß hier Abgefasste auch ernst nehmen. Das gebietet der politische Respekt, der hier diesem Haus und seinen Mandatarinnen und Mandataren geschuldet ist.

Also noch einmal, sehr geehrter Gemeinderat Hackl, lieber Josef, vulgo Joe - auf Zuruf von links -, wer es mit diesem Antrag nicht so gut meint, könnte ihm unterstellen, womöglich eine Art populistische Showinszenierung zu sein, die nur dem medialen Echo oder der Öffentlichkeitsarbeit geschuldet ist. Da wir aber die Sache beurteilen sollten und nicht gegenseitig an sich gut gemeinte oder gute Vorschläge herabmachen oder kritisieren sollten, könnte ich einem solchen Vorstoß überhaupt nichts abgewinnen. Ich finde es sehr gut, dass weitere Ideen und Vorschläge für mehr Sicherheit eingebracht und vorgebracht werden. Ich denke, dass man sich hier nicht im Sinn der richtigen Sache matchen oder irgendwelche Bonmots austauschen sollte, sondern ganz im Gegenteil, dass an einem Strang gezogen werden soll, wenn es um die Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt und um die Gesetzmäßigkeit geht. Deshalb bin ich gerne bereit, diesen Antrag von Gemeinderat Hackl aufzunehmen.

Ich würde mich freuen, den Antrag im zuständigen Sicherheits- und Ordnungsausschuss behandeln zu können und beantrage die Zuweisung zu diesem Ausschuss.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Eilmsteiner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, es ist schon traurig, dass die ÖVP die Stadt Linz und besonders diese aufgelisteten Viertel wieder schlechtreden will. So ist es auch wieder nicht. Laut Statistiken liegen bei manchen Vierteln solche Delikte gar nicht auf.

Um das Sicherheitsgefühl zu steigern, braucht es mehr Kontrollen bzw. mehr Streifen, mehr Präsenz durch die Polizei. Aber leider geht das nicht, da die Polizei zu wenig Polizistinnen und Polizisten hat. In Linz fehlen auf den Polizeiinspektionen ca. 100 Polizistinnen und Polizisten.

Lieber Kollege, auch wenn du schon in Pension bist, weißt du das am besten. Es nützt uns das beste Sicherheitskonzept nichts, wenn man es nicht umsetzen kann und wenn man nicht mehr Präsenz durch Polizistinnen und Polizisten auf die Straße bringt. Darum wird sich die SPÖ diesem Antrag enthalten.“ (Beifall SPÖ)

Gemeinderat Mag. Pühringer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde auf der Galerie, das subjektive Sicherheitsgefühl ist in diesem Haus schon einige Male diskutiert worden.

Wir von den Grünen betonen immer, dass das in erster Linie durch soziale Maßnahmen zu gewährleisten ist und dazu gibt es entsprechende Studien. Dort, wo Menschen sich sozial unsicher fühlen, weil sie von Armut oder Arbeitslosigkeit betroffen sind, fühlen sie sich tendenziell unsicherer. Das heißt, der wesentliche Zugang, um das Sicherheitsgefühl zu heben, müsste vor allem ein Kampf für mehr soziale Sicherheit sein. Das sei einmal so dargestellt.

Grundsätzlich glauben wir, dass man dort, wo sich Menschen unsicher fühlen, dem eher mit sozialarbeiterischen Maßnahmen und weniger mit ordnungspolitischen Maßnahmen begegnen sollte. Dieser Zugang ist uns sehr viel sympathischer. Da passiert auch einiges in der Stadt. Da könnten wir vielleicht überlegen, ob wir das eine oder das andere noch weiter verstärken.

Für die Ordnungspolitik halten wir grundsätzlich die Polizei zuständig. Wir haben großes Vertrauen in die Polizei, dass die sich schon sehr gut überlegen - da gibt es regelmäßige Kontakte zur Polizei, die wir im Ausschuss immer wieder pflegen -, in welchen Bezirken, in welchen Stadtteilen sie ihr Personal einsetzt. Das müsste der Antragsteller selbst aus seiner langjährigen Tätigkeit ganz gut wissen. Die Polizei hat eine sehr große Expertise. Wir werden uns bei diesem Antrag deshalb der Stimme enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeister Mag. Baier:

„Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates, gestatten Sie mir dazu ein paar Bemerkungen. Wir haben durch den Vorfall in der Altstadt nicht einmal, sondern mehrmals als Politik den Vorwurf gehört, warum immer zuerst etwas passieren muss, bis die Politik reagiert. Ich bin mir sicher, nicht nur ich habe diesen Satz öfter gehört oder gelesen, sondern mit Sicherheit waren Sie, nicht alle, aber einige mit diesem Vorwurf konfrontiert.

Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Vorwurf oder diese Meinung in der Bevölkerung der Hintergrund für diesen Antrag ist. Der Herr Sicherheitsstadtrat hat völlig Recht bei seiner

Mutmaßung, dass nicht andere Gründe dahinter stehen, sondern dass das der Grund ist. Wir haben uns daher entschlossen, dass wir vor diesem Hintergrund nicht nur eine Diskussion über die Sicherheit in der Hofgasse führen und wie die Sicherheit in der Hofgasse verbessert werden kann, sondern dass wir darüber reden, wo denn darüber hinaus im Stadtgebiet noch Brennpunkte sind, wo man nicht wegschauen sollte und wo man nicht darauf warten sollte, dass wieder etwas passiert, unabhängig von den Rahmenbedingungen. Es kann sein, dass man in der Analyse, in der Bestandsaufnahme und dann im Entschluss handeln will und dass aber auch eine Ressourcenfrage auftaucht. Da gebe ich Ihnen völlig Recht. Wir brauchen z.B. mehr Exekutive. Aber dass man von vornherein sagt, weil uns Polizistinnen oder Polizisten fehlen, analysieren wir gar nicht und schauen weg, das sollte es unserer Meinung nach nicht sein.

Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel, wo ich so einen nächsten Brennpunkt orte - den Hessenpark. Es ist mit Sicherheit nicht nur an mich, sondern auch an Sie, weil Sie genauso politisch aktive Menschen in der Stadt sind, öfter das Leid, das Klagelied über den Hessenpark herangebracht worden. Ich frage Sie ganz einfach, was tun wir mit der Situation im Hessenpark?

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder wir warten darauf, dass wieder etwas passiert, dann wird das wieder medial entsprechend hochgezogen, keine Frage. Dann werden wir wieder sagen, okay, schnell eine Runde zusammenrufen, mit oder ohne Beteiligung der anderen politischen Fraktionen – diese Bemerkung sei mir gestattet. Dann werden wir sagen, da müssen wir dieses oder jenes unternehmen. Dann ist die Polizei da, dann gibt es wieder ein Großaufgebot etc. Aber ich frage mich, ist das die Lösung oder gibt es einen anderen Weg, wie wir diese Situation angehen können und mit welchen Mitteln wir sie gemeinsam lösen können. Das ist der Hintergrund dieses Antrages.

Ich kann mir gut vorstellen, das im Ausschuss weiterzudiskutieren. Ich glaube nicht, dass man das heute im Gemeinderat ausdiskutieren kann. Ich würde daher dringend empfehlen, das nicht abzulehnen, weil sonst berechtigterweise wieder der Vorwurf an die Politik kommt, muss denn immer zuerst etwas passieren, bis die Politik handelt.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Luger:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, so können die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeister Baier nicht stehen bleiben. Zum ersten ist es mir wichtig festzuhalten, dass sich nach allen zur Verfügung stehenden Daten und Analysen der Bundespolizeidirektion und des Landespolizeikommandos die Situation so darstellt, dass in Linz - und das ist positiv - die Kriminalitätsrate insgesamt sinkt. Und wer sich mit Sicherheitsthemen seriös, korrekt und nicht unter allzu dramatischen ideologischen Voraussetzungen auseinandersetzt weiß, dass sich die Problemzonen, die es in einer Stadt wie Linz mit 200.000 Einwohnern gibt - das ist völlig unwidersprochen -, permanent verändern und entwickeln.“

Ich glaube, wenn es darum geht, was wir als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker tun können, sollten wir klar sagen, wo die Aufgabenteilung in dieser Gesellschaft liegt. Für öffentliche Ordnung und für Sicherheit ist die Polizei zuständig und sonst niemand. Wir werden die Polizei dort wo es notwendig ist, unterstützen und werden dort, wo es sinnvoll ist, Beiträge seitens der Stadt ermöglichen. Zum Beispiel in der Altstadt, wo wir über unsere Behörden mitarbeiten werden, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Im Hessenpark, wo wir eine Obdachlosenszene haben, leisten wir unseren Beitrag in Zusammenarbeit mit Streetworkern und mit Sozialarbeitern. Ich wäre durchaus für eine Verfassungsänderung, dass wir die Möglichkeit hätten, über die Bezirksbehörden Polizeiaufgaben zu haben. Aber die haben wir nun einmal nicht. Das ist in Österreich verfassungsrechtlich getrennt. Deswegen sollten wir mit solchen Anträgen sehr sensibel umgehen, um nicht Erwartungen zu erwecken, die ein Gemeinderat bzw. eine Stadtregierung letztlich nicht erfüllen kann.

Darüber, dass sich meine Fraktion bei diesem Antrag nach längerer Diskussion der Stimme enthalten wird, bin ich froh. Der Grund liegt darin, dass - und das unterstelle ich dem Antragsteller nicht - Anträge dieser Art, wo man Stadtteile bzw. Gebiete fokussiert, analysiert, alle möglichen Daten in die Öffentlichkeit zerrt, die oftmals nicht einmal stimmen, dazu geeignet sind, Unsicherheitsgefühle zu erzeugen. Und sie sind mitunter dazu geeignet, Gebiete zu stigmatisieren.

Wenn Sie an das Neustadtviertel denken. Hätten wir vor vielen Jahren dort - so wie Sie das in dem Antrag fordern - den Fokus gehabt, dass das ein Problembezirk sei - in meinen Augen war er das nie in dieser Form -, hätten wir sicherlich nicht diese positive Entwicklung in diesem Stadtteil. Wir haben das nämlich nicht mit Angst vor Kriminalität, sondern mit guten Projekten, mit positiven Beispielen und in Kombination mit Verkehrspolitik gemacht. Das kann die Stadt tun. Wir brauchen aber keine Sicherheitsstudie bzw. keinen Sicherheitsatlas machen.

Ich bin der tiefsten Überzeugung, wenn es solche Brennpunkte in der Stadt in auffallendem Maße gibt, Herr Kollege Hackl, dass deine früheren Kolleginnen und Kollegen der Polizei das wissen. Sie benötigen uns dafür nicht. Sie haben vor allem die Handhabe, etwas zu tun, um die Bevölkerung zu schützen.“ (Beifall SPÖ)

Vizebürgermeister Mag. Baier:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde diese Diskussion heute sehr wichtig und wertvoll, weil sie von einer großen Sachlichkeit getragen ist. Aber gewisse Dinge müssen nun einmal angesprochen werden.

Ich möchte schon noch einmal betonen und sagen, es geht hier überhaupt nicht darum, eine Situation, die Stadt oder das Sicherheitsgefühl insgesamt schlecht zu reden. Es geht darum, uns bewusst zu machen, wo es Problemzonen gibt. Diese Bewusstmachung ist wichtig. Das soll man in einem Zuständigkeitsbereich der Gemeinde, der Stadt, Gemeinderat, Stadtsenat, Bürgermeister wissen und nicht den Blick davor verschließen - ich formuliere es so -, um nicht Gefahr zu laufen, die Situation falsch einzuschätzen.

Ich betone das deshalb, weil es vor dem Hintergrund der Situation in der Hofgasse vor zwei bis drei Wochen einen Termin mit der Politik gegeben hat, wo der Verein Altstadt darauf hingewiesen hat, dass wir in der Hofgasse eine schwierige Situation haben. Die Situation ist in den letzten Monaten deutlich schlechter geworden. Bei diesem Termin, wo bis dahin noch nichts passiert war, ist das eher abgekanzelt worden.

Zwischenruf **Bürgermeister Luger:**

„Ich war dabei!“

Vizebürgermeister Mag. Baier weiter:

Ich habe nicht Sie damit gemeint, Herr Bürgermeister, sondern da waren auch andere Gesprächspartner. Ich weiß, das wurde mir authentisch von mehreren Seiten bestätigt, dass die Polizei beispielsweise dort gesagt hätte, wir haben in der Altstadt kein Sicherheitsproblem und auch nicht in der Hofgasse, wir kontrollieren ohnehin und so weiter. Genau darum geht es, dass viele den Eindruck gewinnen, dass immer zuerst einmal etwas passieren muss, bis man sozusagen handelt. Das muss wirklich ganz klar gesagt werden.

Es ist mir schon klar, dass nicht alles und jede Lösung in die Kompetenz des Gemeinderates fällt, das ist völlig richtig und vollkommen korrekt. Aber wie wir in der Hofgasse sehen, wenn Gefahr in Verzug ist, ist doch vieles möglich. Plötzlich reden wir darüber, dass Problemlokale,

die schon länger bekannt sind, angegangen werden. Plötzlich reden wir darüber, dass ein größerer Polizeieinsatz und verstärkte Kontrollen möglich werden. Plötzlich reden wir darüber, dass gewerbebehördliche Maßnahmen ergriffen werden. Ob sie letztlich zum Ziel führen oder nicht, werden wir erst sehen, völlig richtig. Aber man kann der Politik nicht mehr vorwerfen, dass sie nicht handeln würde. Wenn die gesetzlichen Möglichkeiten und die Ressourcen nicht ausreichen, da noch mehr notwendig ist, kann man das in weiterer Folge formulieren. Und genau darum geht es bei diesem Antrag, dass wir nicht nur über die Hofgasse reden, sondern über andere wenige Brennpunkte, die uns jetzt schon klar sind und wo wir wissen, dass wir Handlungsbedarf haben. Es geht um nicht mehr und nicht weniger. Es soll eine sachliche Auseinandersetzung über Sicherheitsschwierigkeiten innerhalb der Stadt sein, ohne dass man eine Panikmache betreibt. Das ist vollkommen richtig. Aber das, was in der Hofgasse möglich ist, sollte auch woanders möglich werden.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Luger:

„Selbst auf die Gefahr hin, dass das jetzt zu einem Dialog wird, eine Klarstellung: Bei dem von Herrn Vizebürgermeister Baier angeführten Treffen von Teilen der Stadtregierung mit dem Verein Altstadt neu, Vertretern der Behörde und der Polizei, wo Sie, Herr Kollege Baier, Frau Stadträtin Wegscheider in Vertretung entsandt haben, haben weder die Behörde, noch die Vertreter der Polizei nur in irgendeiner Form etwas nicht ernst genommen. Im Gegenteil, es ist sogar damals vom stellvertretenden Landespolizeidirektor zugestanden worden, dass neben den ohnedies erfolgenden Kontrollen der Suchtgiftabteilung noch verstärkt damals untertags Kontrollen durchgeführt werden müssten. Damals - das ist von den VereinsvertreterInnen so artikuliert worden - am Ende dieser Besprechung waren sie zufrieden, dass diese Initiativen fortgesetzt bzw. zum Teil verstärkt werden. Das ist mir schon wichtig klarzustellen. Dass diese Attacke auf diese Art und Weise geschehen ist, wird leider auch mit der stärksten Polizeipräsenz, wie man sieht und auch mit Videoüberwachung leider alleine nicht lösbar sein. Das ist leider der Fall, das wissen wir von anderen Fällen auch.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Hackl:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, ich erwarte nicht von unseren Grünen, dass sie uns unterstützen, weil sie uns weder bei der Videoüberwachung, noch bei anderen Dingen, wie z.B. die Ausrüstung der Stadtwache mit Tränengas unterstützt haben. Von euch erwarte ich mir gar nichts.“

Aber Herr Bürgermeister, du weißt, dass ich schon Jahrzehnte im Gemeinderat bin und immer wieder Sicherheitsthemen, wie vermehrte Sicherheit und Videoüberwachung in der Altstadt und in den öffentlichen Verkehrsmitteln eingebracht habe. Ich habe immer wieder Sicherheitsthemen, wie z.B. die Übergriffe der Punks am Hauptplatz, die sich einmal gehäuft haben, oder die vermehrte Sicherheit in den Stadtvierteln und die Gründung des Sicherheitsbeirates eingebracht.

Momentan habe ich das persönliche Gefühl, dass bei dir ein Umdenken stattfindet, was Sicherheit anbelangt. Wir hatten am 2. Juli 2009 einen Antrag bezüglich Sicherheitsbeirat eingebracht. Da warst du einst der Meinung, ich zitiere: ‚Ich sage, das ist der zahnloseste Tiger, den es gibt, das ist auch Sand in die Augen der Bevölkerung streuen, das ist das nicht Ernstnehmen der wirklichen Ängste, sondern das ist das rein parteipolitische Herumjonglieren, das ist der parteipolitische Missbrauch mit einer objektiv zunehmend steigenden Verunsicherung der Bevölkerung. (...) Also was haben wir in dieser Stadt? Keine wirkliche Bedrohung von Leib und Leben, eine der geringsten Mordraten, eine der geringsten Straßenraubraten, eine der geringsten Überfallraten. (...) Ich kann nur sagen, das wird man

nicht mit einem Arbeitskreis, der aus Mitgliedern des Stadtsenates und anderen kompetenten Personen besetzt ist, ändern ...‘ Das war damals 2009 deine Aussage.

Jetzt, wo du sogar die Leute zusammengeholt hast, sehe ich doch ein Umdenken, dass dir das mitunter ein Herzensanliegen ist. Ich glaube das, weil als Bürgermeister der Stadt Linz bist du einer der ersten Polizisten – das kann man so sagen - oder der Bezirkshauptmann, das ist deine Aufgabe. (Heiterkeit) Es kann nicht so sein, dass ich als Bürgermeister die Probleme in der Altstadt, wo auch Morde geschehen sind, negiere. Es ist ein ernstes Thema, das mit viel Leid verbunden ist, zu ernst, um das zu negieren. Ich ersuche dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dies zu beachten und natürlich dementsprechend zu unterstützen.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages an den Sicherheits- und Ordnungsausschuss und anschließend über den Antrag abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (25), FPÖ (9) und Die Grünen (7) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, und Gemeinderat Reiman, MBA, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Lenger berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten

DRINGLICHKEITSANTRAG

betreffend Sanierung des Radweges über die Eisenbahnbrücke

und führt aus:

„Besten Dank, es ist immer schön, das letzte Wort zu haben. (Heiterkeit) Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es geht auch bei diesem Antrag um die Sicherheit, nämlich um die Sicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrern. Es geht um den Radweg über die Eisenbahnbrücke, der seit 29. Juli dieses Jahres desolat ist, weil ein Großteil der Gitterroste verbogen und beschädigt wurde. Es ist seither sehr gefährlich, diese Brücke mit dem Fahrrad zu queren. Es sind schon etliche Radfahrerinnen und Radfahrer gestürzt. Bis jetzt, Gott sei Dank, sind sie nur mit Abschürfungen, Prellungen und blauen Flecken davongekommen. Ich glaube, hier ist es gut und wichtig zu handeln, bevor etwas Größeres passiert. Gerade wenn es rutschig und nass ist, ist es besonders gefährlich, diesen Weg zu benutzen.

Ich möchte daran erinnern, es gibt derzeit in Linz keine sichere Radwegüberquerung über die Donau. Die Nibelungenbrücke ist ein Dauerthema, hier sind schon etliche sehr schwere Unfälle passiert. Wer einmal über die Autobahnbrücke gefahren ist weiß, dass hier Gefahr besteht, dass man direkt neben der Autobahn fährt, nur durch ein filigranes Gitter geschützt. Die Abfahrt zur Hafestraße ist alles andere als sicher. In der Dunkelheit sieht man nicht einmal die Schlaglöcher. Es gibt derzeit im Sinne der Verkehrssicherheit wirklich nur unsichere Radwegübergänge über die Donau in Linz. Umso wichtiger ist es, diesen Radweg über die Donau schnell zu sanieren. Es wurden bisher fünf Gitterroste ausgewechselt. Die vielen anderen verbogenen Gitterroste sind leider noch nicht gewechselt und darum stellen wir den folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Linzer Gemeinderat ersucht das für Verkehr zuständige Stadtsenatsmitglied, Frau Vizebürgermeisterin Karin Hörzing, im Sinne der Sicherheit für RadfahrerInnen die dringend notwendige, umfassende Sanierung des gesamten schwer beschädigten Radweges über die Eisenbahnbrücke umgehend und ohne jegliche Verzögerung in die Wege zu leiten.

Die Bedeckung anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Rahmen des Budgets erfolgen bzw. soll im kommenden Voranschlag berücksichtigt werden.‘

Ich hoffe auf Annahme und auf rasche Umsetzung.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Walcher:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir Freiheitlichen werden dem Antrag zustimmen, da wir für eine umfassende Sanierung der gesamten Eisenbahnbrücke sind.

Es ist doch etwas verwunderlich, dass Die Grünen für eine notwendige, rasche und umfassende Sanierung des beschädigten Radweges eintreten, aber die Brücke schleifen wollen. Also ich stelle mir das dann so vor, es wird am Ende wahrscheinlich der Radweg über die Donau erhalten bleiben und die Brücke in der Mitte wird fehlen. (Heiterkeit)

Wir wollen das nicht, wir wollen eine Gesamtsanierung und wir beginnen einmal mit dem Radweg. Danke schön.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Dipl.-Ing. Hutter:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gerda Lenger, du bist eine unerbittliche Kämpferin für die Radfahrer, das muss man dir zugutehalten. In dieser Sache unterstützen wir dich gerne, weil du vollkommen Recht hast. Das, was du hier schilderst und was man auf deinen Fotos gut sieht, ist das, was meinen persönlichen Eindruck untermauert, dass nämlich die ganze Eisenbahnbrücke nicht mehr sehr liebevoll behandelt wird. Viele Leute sprechen mich darauf an, dass der Rost so etwas von demonstrativ hergezeigt wird, dass es schon fast lächerlich ist.

Am liebsten würden wir einen Zusatzantrag machen, die gesamte Eisenbahnbrücke zu erhalten, wir lassen es aber gut sein. Wenn die Brücke weg sein wird - - wie heute von der Verkehrsreferentin aufgezeigt wurde - wird sich das schon alles von selber regeln. Man kann das schon einmal bei den Radfahrern sehen, wie du das so schön geschildert hast. Über die Voest-Brücke kann man fast nicht fahren, die wird dann noch verbreitert werden, aber das wird auch nicht gehen, die Eisenbahnbrücke wird nicht da sein. Den Donausteg gibt es für die Radfahrer auch nicht, der wurde auch damals kunstvoll umgebracht. Also, es wird dann nur mehr die Nibelungenbrücke geben, so schauen wir heute aus.

Wir laden dich ein, Gerda, arbeiten wir doch zusammen. Du kämpfst für die Radfahrer auf der Eisenbahnbrücke und wir kämpfen dort für die Radfahrer, für die öffentlichen Verkehrsmittel und auch für den Individualverkehr. Auf jeden Fall stimmen wir dem Antrag aber zu. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Vizebürgermeisterin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, für diejenigen, die die Situation am Radweg der Eisenbahnbrücke nicht so genau kennen, darf ich es ein bisschen schildern. Der Radweg ist mit Gitterrosten ausgelegt, die in dreifacher Ausführung vorhanden

sind. Die Probleme beim Radweg sind wasserseitig. Das heißt, auf der linken Seite, bei der Fahrbahnseite und in der Mitte des Radweges gibt es keine Probleme, sondern die Eindrückungen sind nur auf der Wasserseite.

Ich möchte festhalten, dass wir natürlich, sobald die Beschädigung bekannt war, seitens des Tiefbaus Linz die entsprechenden Maßnahmen gesetzt haben. Es wurde das Gefahrenzeichen Achtung ‚Querrinne‘ und ‚Aufwölbung‘ aufgestellt. Wir haben seitens des Tiefbaus Linz Sofortmaßnahmen eingeleitet, wo die Eindrückungen waren, Stabilitätserhöhungen und den Ausgleich der vorhandenen Höhenunterschiede an den Stößen vorgenommen und die einzelnen Gitterroste punktuell verschweißt und die Halteklammern nachgezogen.

Ich möchte aber festhalten, dass diese Thematik ein Versicherungsfall ist. Das heißt, wir haben dort, wo es besondere Eindrückungen gibt, in Eigenregie die entsprechenden Gitterroste angeschafft und sind jetzt dabei, das mit Sachverständigen und mit der Versicherung zu klären – die dementsprechenden Kontakte laufen –, dass das dahingehend geprüft wird. Es wurde zusätzlich die Zustimmung des Eigentümers seitens der Sachverständigen und der Versicherung gefordert. Das sind die ‚Verzögerungen‘, warum wir noch nicht gesamt ausgewechselt haben. Ich darf aber versichern, dass neben dem Austausch, der schon stattgefunden hat, natürlich alle sämtlichen Teile, die beeinträchtigt sind, ausgetauscht werden – so bald wie irgendwie möglich. Das sind Sonderanfertigungen, die müssen dementsprechend vom Hersteller erzeugt werden. Auch der wurde gebeten, die Bestellung prioritär zu behandeln, damit wir das möglichst rasch machen können.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich eine Stellungnahme seitens der Polizei habe. Die Situation wurde mehrfach von uns vor Ort begutachtet. Es ist seitens des Radfahrbeauftragten und der Polizei attestiert worden, dass grundsätzlich dann, wenn kein Gegenverkehr ist, natürlich die Mitte des Radweges benutzt werden kann, der ist unproblematisch.

Mit der nötigen Aufmerksamkeit und mit der dementsprechenden Geschwindigkeit ist der Radweg heute gefahrlos zu queren. In dem Sinne kann die Querung wirklich stattfinden und diese Unebenheiten, die da sind, bedeuten zwar einen Komfortverlust, sind aber keineswegs vergleichbar mit Gleisanlagen, die ich auf der Landstraße vorfinde. Diese Unebenheiten werden als keine signifikanten Gefahren gesehen. Die Gefahrenzeichen sind ohnehin aufgestellt.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass zwei Drittel des Radweges unproblematisch benutzbar sind und der Radweg bei einem Drittel mit deutlicher Aufmerksamkeit und witterungsabhängiger Geschwindigkeit, wenn sie eingehalten wird und wenn man auf den Gegenverkehr Rücksicht nimmt, problemlos gequert werden kann. Insofern sage ich, wir sind dabei, das auf dem schnellsten Weg zu sanieren und insofern ist der Antrag eigentlich obsolet. Wir werden ihn aber trotzdem annehmen.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Lenger:

„Ich bedanke mich für die angekündigte Zustimmung. Ich möchte nur ganz kurz auf die Wortmeldungen eingehen.

Frau Kollegin Walcher, erstens einmal danke, dass Sie zustimmen. Sie finden das irgendwie befremdlich, dass wir nicht für die Sanierung der gesamten Brücke sind, sondern den Radweg jetzt einmal vorläufig saniert haben wollen. Das mit der gesamten Brücke haben wir schon oft abgehandelt. Auch wenn das Herz noch so dranhängt und wenn man die Eisenbahnbrücke als Denkmal erhalten möchte, muss man zur Kenntnis nehmen, dass sie verrostet ist und

ohne Gefährdung der Sicherheit nicht mehr lange benutzbar sein wird und nicht sanierbar ist. Solange der Individualverkehr über diese Brücke rollen kann – da hat man sogar kürzlich erst wieder die Fahrbahn ein bisschen provisorisch asphaltiert, damit der Individualverkehr nicht behindert wird -, glaube ich, ist es wirklich angemessen, dass die RadfahrerInnen ohne Gefährdung drüberfahren können und dass man ihnen eine gefahrlose Querung über die Brücke ermöglicht.

Zum Kollegen Hutter, ich habe das jetzt fast ein bisschen lustig gefunden, dass du gesagt hast, man zeigt demonstrativ den Rost her. Der ist einfach da, das ist nur der Beweis, dass die Brücke desolat ist. Dass der Donausteg umgebracht wurde, finde ich dann schon wieder ein bisschen lustig, wenn es nicht so traurig wäre. Jürgen Himmelbauer, der damalige grüne Mobilitätsstadtrat, war immer visionär. Wenn wir heute diese Brücke hätten, könnten wir uns glücklich schätzen. Umgebracht hat die Brücke unter anderem, wenn man das Wort schon verwendet, die ÖVP gemeinsam mit der SPÖ. Wenn wir die Nibelungenbrücke schon saniert hätten - über das haben wir heute schon gesprochen - gäbe es bereits eine sichere Radwegquerung, zumindest eine über die Donau.

Für die angekündigte baldige Sanierung bedanke ich mich im Namen aller RadfahrerInnen. Ich möchte aber schon anmerken, es ist nicht problemlos möglich. Bitte, bitte Eile, bevor etwas Schlimmeres passiert.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Die Tagesordnung der 48. Sitzung des Gemeinderates ist damit erledigt.

Bürgermeister Luger dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 18.57 Uhr

Postentgelt bar bezahlt

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Petra Amesberger, Präsidium, Personal und Organisation, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1137; Leiter: Präsidialdirektor Dr. Ernst Inquart; Medienhersteller: Magistrat Linz; Bezugspreis: Einzelnummer € 1,30, im Abonnement € 1,10 pro Nummer.